WirtschaftsFörderungs
Gesellschaft
Werra-Meißner-Kreis mbH

Werra-Meißner-Kreis

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2016

Erlebnisland Werra-Meißner

Naturpark
Meißner-Kaufunger Wald

Jugend, Freizeit
Einrichtungen des Werra-Meißner-Kreises

GesundheitsHolding
Werra-Meißner
Für Ihre Gesundheit
stark im Verbund

Klinikum
Werra-Meißner
Akademisches Lehrkrankenhaus der
Georg-August-Universität Göttingen

I Inhaltsverzeichnis

I Inhaltsverzeichnis 2

II Vorwort 4

III Allgemeines 6

III.I Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes 6
III.II Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung 7
III.III Beteiligungsbegriff 10
III.IV Rechts- und Organisationsformen 10
III.V Kennzahlen und Erläuterungen 11

1 Gesellschaften des privaten Rechts mit maßgeblicher Beteiligung 13

1.1 Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH 13
1.2 Klinikum Werra-Meißner GmbH 23
1.3 GHS Werra-Meißner Gesundheitsservice GmbH 33
1.4 Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner mbH 40
1.5 PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge GmbH 48
1.6 EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH 55
1.7 Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH 60
1.8 Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH 67
1.9 Breitband Nordhessen GmbH 72
1.10 Nahverkehr Werra-Meißner Kommunale Organisationsgesellschaft mbH 82
1.11 Werratal Tourismus Marketing GmbH 91

2 Eigenbetriebe 100

2.1 Eigenbetrieb „Volkshochschule, Jugend, Freizeit Werra-Meißner" 100

3 Zweckverbände 109

3.1 Zweckverband Naturpark Meißner - Kaufunger Wald 109
3.2 Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord 117
3.3 Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Sontra - Herleshausen - Nentershausen 120
3.4 Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis 122
3.5 ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (KGRZ) 128

4 Stiftungen 130

4.1 Naturparkstiftung des Werra-Meißner-Kreises 130
4.2 Sozial- und Familienstiftung des Werra-Meißner-Kreises 133

5 Sonstige Beteiligungen 136

5.1 NVV Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH 136
5.2 Regionalmanagement Nordhessen GmbH 139
5.3 Hessische Landgesellschaft mbH 142
5.4 Sparkasse Werra-Meißner 145

6 Gewährte Bürgschaften des Werra-Meißner-Kreises 148

6.1 EAM GmbH & Co. KG 148
6.2 Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH 148
6.3 Klinikum Werra-Meißner GmbH 149
6.4 Regionalbahn Kassel GmbH 152

Anlagen:

1 Grafische Übersicht der mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises

2 Übersicht der mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises für den Bereich der Gesundheitsversorgung

II Vorwort

Der Werra-Meißner-Kreis bedient sich zur Erfüllung seiner sozialen, gesundheitlichen, schulischen und weiteren vielfältigen Aufgaben der „Daseinsvorsorge“ (z.B. auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs und der Abfallbeseitigung) Einrichtungen des privaten und öffentlichen Rechts, an denen der Landkreis als „Gesellschafter“ in unterschiedlicher Höhe unmittelbar und mittelbar beteiligt ist. Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2016 legt die Kreisverwaltung eine fortgeschriebene Momentaufnahme über alle wesentlichen Beteiligungen des Landkreises vor.

Der Beteiligungsbericht soll sowohl den Mitgliedern der Kreisgremien als auch den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises einen umfassenden Überblick über die Beteiligungen des Kreises bieten. Unter dem Aspekt einer verstetigten Transparenz der kreiseigenen Beteiligungen und zur Verbesserung der Steuerung sowie Kontrolle der wirtschaftlichen Betätigung erfüllt der vorliegende Bericht in vollem Umfang die gesetzlichen Verpflichtungen nach § 123a Hessische Gemeindeordnung.

Im Berichtsjahr 2016 wurden die folgenden Veränderungen an der Beteiligungsstruktur vorgenommen:

Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH beschloss am 30. Juni 2016 die Einstellung der Geschäftsaktivitäten der Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH zum 30.9.2016 und die Auflösung der Gesellschaft zum 31.12.2016.

Der Werra-Meißner-Kreis übernahm am 9.12.2016 die Anteile von 14 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie der Gemeinde Nentershausen an der Werratal Tourismus Marketing GmbH. Durch diese Transaktion wurde der Werra-Meißner-Kreis zum Alleingesellschafter der GmbH.

Beide Veränderungen sind das Ergebnis von Beratungen im Gesellschafterkreis der beiden GmbHs. Sie haben das Ziel, die Wirtschaft- und Tourismusförderung im Kreis effizienter aufzustellen.

Weitere Änderungen der Beteiligungsstruktur haben sich im Vergleich zum Vorjahr 2015 nicht ergeben. Der vorliegende Beteiligungsbericht stellt unter Berücksichtigung der Kontinuität der Vorjahre entscheidungsrelevante Daten zur Verfügung. Hierzu gehören insbesondere Informationen über:

- den zu erfüllenden öffentlichen Zweck (Gegenstand des Unternehmens),
- die organisatorische Struktur der Unternehmen,
- die Besetzung der Organe durch den Werra-Meißner-Kreis,

- die wirtschaftliche Lage der einzelnen Beteiligungen (Vermögens- und Ertragslage),
- die haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises,
- die Entwicklung der Beteiligung anhand der Lageberichte
- sowie über weitere bestehende Beteiligungen dieser Unternehmen (mittelbare Unternehmen).

Grundlage der wirtschaftlichen und rechtlichen Daten bilden die erstellten und geprüften Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2016. Der vorliegende Bericht wird auf www.werra-meissner-kreis.de unter dem Button – „Hier finden Sie alle Dienstleistungen und Ansprechpartner des Werra-Meißner-Kreises“ – Beteiligungsmanagement – kostenlos zum Abruf zur Verfügung gestellt.

Sofern sie weiteren Informationsbedarf haben, steht ihnen der Stab Verwaltungsleitung und - steuerung, Fachdienst Beteiligungsmanagement gerne für Auskünfte zur Verfügung.

Eschwege, 25. September 2017

gez. Reuß

Stefan G. Reuß
Landrat

III Allgemeines

III.I Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht für den Werra-Meißner-Kreis dient in erster Linie dazu, den politischen Gremien, den Mitarbeitern in der Kreisverwaltung, aber auch der Öffentlichkeit Informationen über die Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises zu geben.

Eine Zusammenstellung aller Beteiligungen wurde erstmals auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 21.05.2002 im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan 2002 für das Berichtsjahr 2003 vorgenommen.

Nach der Bekanntmachung des Gesetzes zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung vom 31. Januar 2005 (GVOBl. I S. 54) - Kommunalrechtsnovelle 2005 -, zuletzt geändert durch Artikel 1 zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze vom 16. Dezember 2011 (GVBL. I S. 486) wurde mit Wirkung vom 01. April 2005 eine gesetzliche Regelung zur Erstellung eines Beteiligungsberichts und deren Offenlegung eingefügt. Im Rahmen der letzten gesetzlichen Änderung wurde die Vorschrift zur Erstellung des Beteiligungsberichts wie folgt gefasst:

„§ 123 a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,

2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,

3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,

4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.“

Die Verwaltung ist seit dem Jahr 2005 verpflichtet, einen jährlichen Beteiligungsbericht zu erstellen. Mit diesem Bericht soll nach dem Willen des Landesgesetzgebers die Aufgabenerfüllung der Kreisverwaltung in Privatrechtsform transparenter werden.

Die Erstellung des Beteiligungsberichts erfolgt in analoger Form der vergangenen Berichtsjahre.

Zusätzlich zur Druckversion wird der Beteiligungsbericht als PDF-Datei im Internet unter www.werra-meissner-kreis.de unter dem Button – „Hier finden Sie alle Dienstleistungen und Ansprechpartner des Werra-Meißner-Kreises“ – Beteiligungsmanagement – veröffentlicht.

Der Beteiligungsbericht ist in acht Kapitel gegliedert.

In **Kapitel III** „Allgemeines“ sind neben diesen Ausführungen noch die kommunalrechtlichen Voraussetzungen einer Beteiligung, der Beteiligungsbegriff und die einzelnen Beteiligungsformen erläutert. Daneben wird auf die Darstellung von Kennzahlen und deren Definition bei wesentlichen Beteiligungen eingegangen.

In **Kapitel 1** dieses Berichtes werden die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen zum 31.12.2016 dargestellt. Hierbei werden die Beteiligungen in einer Rechtsform des Privatrechts mit einer Quote von mindestens 20 % aufgeführt, über die aufgrund der gesetzlichen Vorgaben mindestens berichtet werden muss.

Zu der Darstellung gehören neben den allgemeinen Informationen zu den Gesellschaften auch die wesentlichen Daten aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2016. Zu Vergleichszwecken sind auch die Daten aus den jeweiligen beiden Vorjahren angegeben. Daneben werden die jeweiligen Auswirkungen der Beteiligungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises dargestellt. Zur Verdeutlichung der betriebswirtschaftlichen Situation der jeweiligen Gesellschaft werden Kennzahlen aufgeführt (siehe Kapitel III.V).

In den **Kapiteln 2 bis 5** des Beteiligungsberichtes sind in Abhängigkeit der Rechtsform und der Beteiligungsquote die weiteren Beteiligungen aufgeführt. Hierbei handelt es sich um Beteiligungen in den Rechtsformen Eigenbetriebe, Zweckverbände und Stiftungen. Bei Beteiligung mit einem beherrschenden Einfluss des Landkreises erfolgen die Angaben in analoger Form zu Kapitel 1 des Berichts. Abschließend werden die sonstigen Beteiligungen in der Rechtsform des Privatrechts aufgeführt, bei denen der Landkreis mit weniger als 20 v. H. beteiligt ist. In dieser Aufstellung ist auch die Beteiligung Sparkasse Werra-Meißner enthalten. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Daten können in verkürzter Form abgebildet werden.

In **Kapitel 6** werden die gewährten Bürgschaften des Werra-Meißner-Kreises, die zum 31.12.2016 bestehen, aufgeführt.

Allgemeine Hinweise:

Die in diesem Bericht zusammengestellten Daten der Beteiligungen stammen aus den zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes vorliegenden Jahresabschlüssen per 31.12.2016 und/oder beruhen auf Mitteilungen der Gesellschaften, Verbände und sonstigen Institutionen für den Berichtszeitraum des Jahres 2016.

Eine Zusammenfassung aller wesentlichen mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises kann der grafische Übersicht **Anlage 1** sowie für den Bereich der Gesundheitsversorgung der **Anlage 2** entnommen werden.

Im Berichtsjahr 2016 wurden die folgenden Veränderungen an der Beteiligungsstruktur vorgenommen:

Die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH beschloss am 30. Juni 2016 die Einstellung der Geschäftsaktivitäten der Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH zum 30.9.2016 und die Auflösung der Gesellschaft zum 31.12.2016.

Der Werra-Meißner-Kreis übernahm am 9.12.2016 die Anteile von 14 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie der Gemeinde Nentershausen an der Werratal Tourismus Marketing GmbH. Durch diese Transaktion wurde der Werra-Meißner-Kreis zum Alleingesellschafter der GmbH.

In Einzelfällen sind die Angaben für die Jahresabschlüsse zum Berichtsjahr 2016 und Vorjahre nicht vollständig abgebildet, weil die entsprechenden Abschlüsse bzw. Jahresrechnungen zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts noch nicht abschließend erstellt oder geprüft waren.

III.II Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG) garantiert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener

Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (sog. Territorialprinzip). Diese verfassungsmäßig normierte Selbstverwaltungsgarantie räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein, d. h. das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung der Aufgaben zu geschehen hat.

Nach § 52 Abs. 1 Hessische Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 Abs. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) darf nach der Änderung der HGO - Kommunalrechtsnovelle 2005 - ein Landkreis wirtschaftliche Unternehmen errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

> *„1. der **öffentliche Zweck das Unternehmen** rechtfertigt,*
>
> *2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der**Leistungsfähigkeit** des Landkreises und zum **voraussichtlichen Bedarf** steht und*
>
> *3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen **privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann**“1.*

Im Rahmen der kommunalwirtschaftlichen Novellierung durch Artikel 1 zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung vom 18. Juli 2014 wurde die Vorschrift des § 121 Abs. 1a HGO wie folgt geändert:

> *„Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 [HGO] dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.“*

Im Rahmen der kommunalwirtschaftlichen Novellierung durch Artikel 1 zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze vom 16. Dezember 2011 wurde die Vorschrift des § 121 GHO um die den folgenden Absatz ergänzt:

> *„(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 [HGO] bleiben hiervon unberührt.“*

Als wirtschaftliche Betätigung gelten hierbei nicht Tätigkeiten

- zu denen der Landkreis gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Die Art und der Umfang der zulässigen wirtschaftlichen Betätigung wird nach § 121 Abs. 3 ff. HGO (z. B. Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets) festgelegt. Hierbei muss der Landkreis u. a. mindestens einmal in der Wahlzeit prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die eben genannten Voraussetzungen erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

Darüber hinaus wird in § 122 HGO festgelegt, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen

[1] Soweit Tätigkeiten vor dem 01. 04. 2004 ausgeübt wurden, ist diese Einschränkung für die Frage der wirtschaftlichen Betätigung nicht zu berücksichtigen. Hervorhebung vom Verfasser.

Unternehmens gerichtet ist, gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Neben den Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO muss danach

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,

  Erläuterungen: Damit ist die Beteiligung an einer Offenen Handelsgesellschaft (OHG) und an einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) sowie die Rolle eines Komplementäres bei einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) grundsätzlich unzulässig, da der Landkreis in diesen Fällen für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft unbegrenzt zu haften hätte. Eine Beschränkung der Haftung genießt der Landkreis nur als Gesellschafter einer Aktiengesellschaft (AG) oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), als Kommanditist einer Kommanditgesellschaft (KG) bzw. einer Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) und – sofern die Haftung durch Vertrag bzw. Statut beschränkt ist – als stiller Gesellschafter und als Mitglied einer eingetragenen Genossenschaft. Nur diese Formen der Beteiligung sind also für Kommunen vom Grundsatz her zulässig. Die Aufsichtsbehörde kann allerdings Ausnahmen zulassen.

- der Landkreis einen **angemessenen Einfluss**, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhalten

  Erläuterungen: Hierdurch soll der Landkreis insbesondere die Möglichkeit haben, auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks hinzuwirken, der das Eingehen der Beteiligung veranlasst und begründet hat. Der angemessene Einfluss bedeutet nicht nur einen den gesellschaftsrechtlichen Anteilsverhältnissen entsprechenden Stimmenanteil in der Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung. Die Vorschrift bezieht sich ausdrücklich auch auf den Aufsichtsrat bzw. ein entsprechendes Überwachungsorgan. Hierauf ist auch im Rahmen der Einräumung von Mitbestimmungsrechten zu achten.

  und gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Alle genannten Beteiligungsvoraussetzungen geltend entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der die Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (vgl. § 122 Abs. 5 HGO).

Nach der bisherigen Regelung des § 127a HGO sind wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Im Rahmen der Änderung der HGO vom 31. Januar 2005 wurde diese Vorschrift aufgehoben; diese Regelung wurde weitgehend in die neue Vorschrift des § 121 Abs. 8 HGO aufgenommen. Die alten §§ 127b - Anzeige - und § 127c - Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung - sind entsprechend aufgerückt.

Ist die Gesellschaft nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet, darf der Landkreis die Gesellschaft (§ 122 Abs.2 HGO) nur dann gründen oder sich an ihr beteiligen, wenn

- die Voraussetzungen des § 122 HGO vorliegen und
- ein wichtiges Interesse des Landkreises an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

Der Kreistag hat die Prüfung zur wirtschaftlichen Betätigung gem. § 52 HKO i. V. mit § 121 Abs.7 HGO für die Wahlperiode 2011 – 2016 letztmalig durch die Beschlussfassung vom 2.3.2015 zur Kenntnis genommen. Eine weitergehende Übertragung von wirtschaftlichen Betätigungen auf private Dritte muss hiernach nicht vorgenommen werden.

III.III Beteiligungsbegriff

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsbücher definiert als Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob die Anteile in Wertpapieren verbrieft sind oder nicht. Als Beteiligung gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Ob Anteile an einem Unternehmen eine Beteiligung darstellen, ist grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens. Eine Ausnahme stellt lediglich die eingetragene Genossenschaft dar.

Die Mitgliedschaft in einer solchen ist nach § 271 Abs. 1 HGB keine Beteiligung im Sinne der Vorschriften über die Handelsbücher.

Ein etwas umfassenderer Beteiligungsbegriff liegt offensichtlich den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechtes zugrunde. So lässt sich aus der Zuordnung der Vorschrift des § 122 Abs. 5 HGO zu den Vorschriften über die „Beteiligung an Gesellschaften“ schließen, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Genossenschaft als Beteiligung verstanden hat. In § 126 HGO ist zudem geregelt, dass bestimmte Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften auch für die „Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“ gelten. Dies kann zum Beispiel ein eingetragener Verein sein. Insofern setzt die Verwendung des Begriffs „Beteiligung“ offenbar nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsobjekt um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB oder des § 121 HGO handelt.

Auch in diesem Beteiligungsbericht wird der umfassendere Beteiligungsbegriff zugrunde gelegt. Als Beteiligungen gelten im Folgenden alle Anteile an organisatorisch oder rechtlich nicht zur Kreisverwaltung des Werra-Meißner-Kreises gehörenden Unternehmen und Einrichtungen sowie die Mitgliedschaften in Vereinen, wobei auf die Ausführungen unter den allgemeinen Hinweisen (vgl. Kapitel III.I) hingewiesen wird.

Im Einzelfall kommen als Beteiligungsobjekte also in Frage:

- Eigenbetriebe,
- privatrechtliche Gesellschaften (wie GmbH, Aktiengesellschaft),
- öffentlich-rechtliche Körperschaften,
- rechtsfähige Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rechts,
- öffentlich-rechtliche und privat-rechtliche Stiftungen,
- Vereine.

Gemeinsames Merkmal dieser Beteiligungsobjekte ist, dass sie über eine eigenständige Buchhaltung verfügen. Dies kann in der Praxis auch als Abgrenzungskriterium für den Beteiligungsbegriff herangezogen werden.

III.IV Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über die Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises gegeben werden:

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) verfügen über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile zerlegte Stammkapital beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Die Organe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist nach dem Gesellschaftsrecht freigestellt, für Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung im Hinblick auf § 122 Abs.1 Nr. 3 HGO aber durchaus üblich.

Diese Rechtsform kommt bei kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen sehr häufig vor, da das GmbH-Recht den Gesellschaften große Gestaltungsspielräume (z. B. durch entsprechende Ausgestaltung des Gesellschaftervertrages) gibt.

Eigenbetriebe

Eigenbetrieb ist ein Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, das über organisatorische Selbständigkeit und eine eigene Wirtschaftsführung (Planung, Buchführung und Rechnungslegung) verfügt. Finanzwirtschaftlich gilt der Eigenbetrieb als Sondervermögen des Kreises. Spezifische Organe des Eigenbetriebes sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission. Die Vorschriften des hessischen Eigenbetriebsgesetzes vom 09.06.1989 (GVBl. I S. 151) zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786) sind zu beachten.

Zweckverbände

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe des Zweckverbandes sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) in der jeweils gültigen Fassung.

Stiftungen

Stiftungen sind Organisationen, die einen vom jeweiligen Stifter festgelegten Zweck verfolgen. Das hierfür benötigte Stiftungsvermögen soll dabei dauerhaft erhalten bleiben. Die meisten Stiftungen sind privatrechtlicher Natur und gemeinnützig.

Eine Stiftung erlangt ihre Rechtsfähigkeit durch behördliche Anerkennung. Als Organ von privatrechtlichen Stiftungen ist mindestens ein Vorstand erforderlich, der die Stiftung nach außen vertritt.

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

Rechtlich selbständige Anstalten können durch die Kommunen grundsätzlich nur aufgrund eines speziellen Gesetzes gebildet werden. Diese Rechtsform beschränkte sich bis zur Änderung der HGO im Jahre 2011 in der kommunalen Praxis auf die nicht als privatrechtliche Gesellschaften organisierten Kreditinstitute, z. B. die Sparkassen.

Im Rahmen der kommunalwirtschaftlichen Novellierung durch Artikel 1 zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze vom 16. Dezember 2011 wurde der § 126a HGO - Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts - eingefügt. Hiernach kann der Landkreis Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe auf dem Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln.

III.V Kennzahlen und Erläuterungen

Die ausgewiesenen Kennzahlen im Beteiligungsbericht geben über die betriebswirtschaftliche Situation der einzelnen Beteiligung Auskunft und sollen Urteile über wichtige Sachverhalte und Zusammenhänge ermöglichen. Die Sachverhalte und Zusammenhänge müssen hierbei quantifizierbar sein, um präzise Aussagen zu ermöglichen. Komplizierte Strukturen und Situationen werden auf einfache Art und Weise dargestellt, um den Adressaten der Informationen einen möglichst transparenten und umfassenden Überblick geben zu können.

Die Kennzahlen des Beteiligungsberichts sollen im Hinblick auf den Adressatenkreis eine **grobe Beurteilung der Entwicklung** der jeweiligen Beteiligung im Verlauf der letzten drei Jahre geben. Sie beziehen sich ausschließlich auf allgemeingültige Sachverhalte. Hierzu zählt z.B. die Eigenkapitalquote, die auf der Grundlage des handelsrechtlichen Jahresabschlusses als Kennzahl ermittelt wird.

Ein betriebsübergreifender Vergleich wird mit den Informationen zum Beteiligungsbericht nicht angestrebt. In diesem Zusammenhang bitten wir, die von den Unternehmen angegebenen Kennzahlenwerte als reine Informationen über die Entwicklung der Jahresabschlüsse der jeweiligen Beteiligung zu nutzen.

Neben den Finanzkennzahlen, die sich unmittelbar aus den Jahresabschlüssen der jeweiligen Beteiligungen ergeben, wurden die folgenden Werte ermittelt:

Anlagenintensität

Die Anlagenintensität gibt das Verhältnis des Anlagevermögens am Gesamtvermögen wieder (Prozentwert). Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven Betrieb des Unternehmens mit hohen Fixkosten. Häufig sind die Anlagen auch ortsgebunden und die Unternehmung daher räumlich unflexibel.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote gibt Auskunft darüber, wie viel Prozent der Bilanzsumme durch Eigenkapital gedeckt sind. Hieraus lässt sich eine Aussage zur Verschuldungssituation des Unternehmens ableiten. Je stärker die Eigenkapitaldecke, desto geringer ist das Überschuldungsrisiko.

Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad gibt das Verhältnis von Fremdkapital zu Eigenkapital wieder. Diese Kennzahl dient in erster Linie dazu, die Veränderung des Verhältnisses vom Fremdkapital zum Eigenkapital über einen Berichtszeitraum aufzuzeigen. Steigt der Verschuldungskoeffizient, so ist die Verschuldung größer geworden. Umgekehrt hat sie abgenommen. Je niedriger der Wert ist, desto geringer ist auch die Risikosituation für das Unternehmen.

1 Gesellschaften des privaten Rechts mit maßgeblicher Beteiligung

1.1 Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH

Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH
Luisenstraße 23, 23b+c
37269 Eschwege
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-Mail: mail@gh-wm.de
Internet: www.klinikum-werra-meissner.de

GesundheitsHolding Werra-Meißner
Für Ihre Gesundheit stark im Verbund

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Funktion einer geschäftsleitenden Holdinggesellschaft für Unternehmen und Einrichtungen privaten Rechts im Gesundheits- und Sozialbereich. Mit dem Unternehmen soll eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen und pflegerischen Leistungen unter kommunaler Trägerschaft sichergestellt werden.

Die Funktion der geschäftsleitenden Holdinggesellschaft betraf im Berichtsjahr die folgenden Gesellschaften:

- Klinikum Werra-Meißner GmbH,
- GHS Gesundheitsservice Werra-Meißner GmbH,
- PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge mbH und
- Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner mbH.

Die Holdinggesellschaft nimmt über die aufgeführten Beteiligungen - Töchter - im Rahmen des Krankenhausplanes des Landes Hessen an der patienten- und bedarfsgerechten stationären Krankenversorgung der Bevölkerung teil. Sie beteiligen sich außerdem im zugelassenen Umfang an der ambulanten Krankenhausversorgung.

Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/ -versammlung:

Vertreter des Werra-Meißner-Kreises (86,67 %):

- Landrat Stefan G. Reuß
- Erster Kreisbeigeordneter Dr. Rainer Wallmann
- Anita Krüger (bis 24.05.2016)
- Peter Schill
- Ulrich Biehler (bis 24.05.2016)
- Helga Först
- Ekkehard Götting (ab 20.09.2016)
- Dorothea Henkelmann (ab 20.09.2016)

Aufsichtsrat:	Vertreter der Stadt Witzenhausen (13,33 %): • Bürgermeisterin Angela Fischer • Harald Geyer • Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender) • Heide Orth (Stellvertretende Vorsitzende) • Bürgermeisterin Angela Fischer • Jürgen Zick • Ilse von Scharfenberg (bis 24.05.2016) • Wilhelm Holzhauer (bis 24.05.2016) • Ilona Rohde-Erfurth • Harald Geyer • Ulrich Biehler (bis 24.05.2016) • Lena Arnoldt (ab 20.09.2016) • Martina Oehl (ab 20.09.2016) • Erster Kreisbeigeordneter Dr. Rainer Wallmann (ab 20.09.2016) • Peter Wennemuth • Katja Volkmer • Matthias Vollmer
Geschäftsführer:	Dr. med. Claudia Fremder Dipl. Verw. wiss. Christoph R. Maier

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	13.05.2004
Stammkapital:	600.000 €
Beteiligungen:	• Klinikum Werra-Meißner GmbH (94 %) • Gesundheitsservice Werra-Meißner GmbH (100 %), • PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge mbH (51 %), • Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner mbH (94 % - über Klinikum Werra-Meißner GmbH – dort 100%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 20.04.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Vergütungen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung

Für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats der Gesellschaft erhielten die Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 1,8 Tsd. €.

Die Geschäftsführer erhielten im Berichtsjahr keine Bezüge von der Gesellschaft. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird von der beauftragten Beratungs- und Betriebsführungsgesellschaft (AGAPLESION Management- und Beratungsgesellschaft mbH) im Rahmen eines Managementvertrags wahrgenommen, diese Leistung wird der beauftragten Gesellschaft vergütet.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Zu den Einzelheiten der Bürgschaften wird auf Kapitel 6.2 dieses Berichts verwiesen.

Sonstige Hinweise

Die folgende Darstellung bezieht sich ausschließlich auf den geprüften Einzelabschluss der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH.

Bilanz

Aktiva	**2016**	**2015**	**2014**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	17.525.583	17.631.755	17.717.580
Umlaufvermögen	590.469	630.481	261.343
Rechnungsabgrenzungsposten	119.401	90.210	97.263
Bilanzsumme	**18.235.453**	**18.352.446**	**18.076.186**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	600.000	600.000	600.000
Kapitalrücklage	8.242.088	8.242.088	8.242.088
Gewinnrücklage	8.984.850	8.970.009	8.958.403
Jahresüberschuss (+) / - fehlbetrag (-)	10.491	14.841	11.606
	17.837.429	17.826.938	17.812.097
Rückstellungen	302.821	277.019	114.596
Verbindlichkeiten	95.203	248.489	149.493
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**18.235.453**	**18.352.446**	**18.076.186**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	3.745.651	3.856.958	3.599.979
Sonstige betriebliche Erträge	25.802	9.261	2.650
Materialaufwand	72.238	76.861	82.658
Personalaufwand	2.084.219	2.032.265	1.999.649
Abschreibungen	115.032	122.625	142.175
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.478.836	1.611.766	1.359.459
Zinsergebnis	-1.831	-124	-1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**19.297**	**22.577**	**18.685**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	8.806	7.737	7.079
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**10.491**	**14.841**	**11.606**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Vollkräfte	33	33	33
Anlagenintensität in %	96,11%	96,07%	98,02%
Eigenkapitalquote in %	97,82%	97,14%	98,54%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,02	0,03	0,01

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage

Die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH erbringt als Holdinggesellschaft Dienstleistungen in den Bereichen Geschäftsführung, Personalwesen, Rechnungswesen, Qualitätsmanagement, Controlling, EDV und Revision für die Klinikum Werra-Meißner GmbH, die GHS Werra-Meißner GmbH, die PRN Werra-Meißner GmbH sowie die MVZ Werra-Meißner GmbH. Ferner betreibt sie das Institut für Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung IfGK am Standort Witzenhausen.

Die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH ist zu 94% Gesellschafter der Klinikum Werra-Meißner GmbH, zu 100% Gesellschafter der GHS Werra-Meißner Gesundheitsservice GmbH und zu 51% Gesellschafter der PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge mbH.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist nicht aktiv mit ihren Dienstleistungen am Markt gegenüber Dritten tätig.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Trotz der außenwirtschaftlichen Unruhen wie das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich sowie der Präsidentschaftswahlen in Amerika, hat sich die Konjunktur in Deutschland, bis auf eine Schwächephase im dritten Quartal, positiv entwickelt. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2016 um 1,9 % gewachsen (Vorjahr 1,7%). Die positive Entwicklung ist vor allem auf eine verstärkte Binnennachfrage zurückzuführen. Staatliche und private Konsumausgaben sowie Bauinvestitionen legten im Vergleich zum Vorjahr kräftig zu. Der private Konsum verzeichnete im Wirtschaftsjahr 2016 preisbereinigt ein Plus von 2,0%.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich ebenso weiterhin positiv. So lag im November 2016 die Zahl der Erwerbstätigen bei 43,8 Mio. und somit 0,7% über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosigkeit sank saisonbereinigt im Dezember 2016 um 17.000 Personen auf 2,57 Mio. arbeitslos gemeldete Personen. Die Prognose für den Arbeitsmarkt in 2017 ist weiterhin positiv.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser war auch in 2016 weiterhin angespannt und hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verbessert. Gerade bei Krankenhäusern, die seit 2013 Mehrleistungen vereinbaren konnten, wurde der Erlös aus dem Versorgungszuschlag durch die Dreijährigkeit des jeweiligen Mehrleistungsabschlages i. H. v. 25% in der Regel negativ überkompensiert. Die Intention des Gesetzgebers, der Schaffung einer „Aufkommensneutralität“ zwischen Versorgungszuschlag und Mehrleistungsabschlag, wurde somit zu Lasten der leistungsfähigen Krankenhäuser verfehlt.

Im November 2015 wurde die von der Politik angekündigte große Reform der Krankenhausfinanzierung mit dem ab 01.01.2016 geltenden Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verabschiedet. Dieses sieht grundlegende Veränderungen bei dem ordnungspolitischen Rahmen und der Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser vor.

Wie bereits Ende 2015 angekündigt, wurde der Schwerpunkt auf das Thema Qualität gelegt und diese zukünftig mit monetären Elementen verknüpft. Mit dem Pflegezuschlag, den Zuschlägen für Mehrkosten von G-BA Richtlinien, der Tarifrate und dem Förderprogramm für Pflegestellen und Hygiene sollen die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betriebskosten verbessert werden.

Allerdings wird der mit dem ab 2017 bei vereinbarten Mehrleistungen gesetzlich zum Tragen kommende dreijährige Fixkostendegressionsabschlag die wirtschaftliche Belastung für Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung erheblich verstärken. Die Höhe des Fixkostendegressionsabschlags wurde für die Jahre 2017 und 2018 mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) bundeseinheitlich mit 35% festgelegt. Für zusätzliche Leistungen mit einer höheren Fixkostendegression, oder für Leistungen, bei denen in erhöhtem Maße wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen zu erwarten sind, kann eine längere Abschlagsdauer sowie ein höherer Fixkostendegressionsabschlag bis zur gesetzlich normierten Grenze von 50% vereinbart werden.

Durch das KHSG kam es darüber hinaus zu wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Landesbasisfallwerte. Der Bundesbasisfallwertkorridor verengte sich, indem die untere Grenze von -1,25% auf -1,02% angehoben wurde, wobei die Kappung für Landesbasisfallwerte oberhalb der oberen Korridorgrenze aufgehoben wurde. Die Landesbasisfallwerte unterhalb des Bundesbasisfallwertkorridors werden auf die Untergrenze angehoben. Die Landesbasisfallwerte oberhalb des Korridors sind in sechs Schritten bis zum Jahr 2021 an die obere Korridorgrenze anzugleichen. Ferner dürfen Leistungsveränderungen, die ohnehin auf örtlicher Ebene mit einem Mehrleistungsabschlag versehen werden, bei den Verhandlungen auf Landesebene nicht mehr absenkend berücksichtigt werden.

Weiterhin ungelöst bleibt die unzureichende Investitionsfinanzierung durch die Länder, die im Rahmen der Krankenhausreform erneut nicht aufgegriffen wurde. Damit ist es auch weiterhin

erforderlich in erheblichem Umfang Eigenmittel für Investitionen aufzuwenden um entsprechend investieren zu können.

2. Geschäftsverlauf - Geschäftsjahr im Überblick

Der Umsatz (Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge) der Gesellschaft verringerte sich im Geschäftsjahr 2016 von T€ 3.866,2 auf T€ 3.771,1, der Jahresüberschuss verringerte sich von T€ 14,8 auf T€ 10,5.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr entspricht damit im Wesentlichen der im Lagebericht zum Geschäftsjahr 2015 abgegebenen Prognose.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Die Gesellschaft erbringt zu einem großen Teil Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist damit in ihrer Entwicklung und ihrem Leistungsvolumen von den zukünftigen Entwicklungen der Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitswesens im Werra-Meißner Kreis abhängig.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Die Umsatzerlöse einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 2,5 % von T€ 3.866,2 in 2015 auf 3.771,1 in 2016. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den verringerten Kostenumlagen für die erbrachten Leistungen durch die Reduzierung der Kosten für die externe Geschäftsführung bei gleichzeitig erhöhten Personalaufwendungen.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten) ist von 52,6 % in 2015 um 2,7 % auf 55,3 % der Gesamtleistung gestiegen. Dabei sind die durchschnittlichen Aufwendungen pro Vollkraft gegenüber dem Vorjahr um ca. 1,6 % aufgrund von Tariferhöhungen gestiegen.

Die Quote für den Materialaufwand beträgt 1,9 % und ist somit gegenüber dem Vorjahr mit 2,0 % um 0,1 % gesunken. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt in 2016 T€ 20,8 (2015: T€ 22,4). Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) beträgt T€ 135,9 im Vergleich zu T€ 145,0 in 2015. Der Jahresüberschuss sank von T€ 14,8 in 2015 auf T€ 10,5 in 2016.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 18.235,5 (2015: T€ 18.352,4), davon entfallen auf das Sachanlagevermögen und Software 0,6 % (2015: 1,1 %), auf Finanzanlagen 95,6% (2015 95,0 %), auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 3,1% (2015: 3,4%).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 97,8% gegenüber 97,1% im Vorjahr.

Das Eigenkapital deckt das langfristig gebundene Anlagevermögen vollständig.

6. Finanzlage - Liquidität

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr um T€ 30,4 auf T€ 8,2 aufgrund der Zunahme der Rückstellungen bei gleichzeitiger Abnahme der Verbindlichkeiten verringert. Unter Einbeziehung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit von T€ -8,9 (Vorjahr:
T€ -36,9) und des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit von T€ 0,0 (Vorjahr: T€ 0,0) hat sich der Finanzmittelbestand um T€ 0,7 auf T€ 7,4 verringert. Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich aus Eigenmitteln.

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von T€ 8,9 (Vorjahr T€ 36,9) getätigt.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

7. Investitionen und deren Finanzierungen

Die Gesellschaft investierte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen in die Weiterentwicklung der EDV, wie Software und EDV-Ausstattung, ausschließlich durch die Verwendung von Eigenmitteln.

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt in Vollkräften) hat sich im Jahr 2016 von 32,75 auf 32,96 um 0,21 erhöht.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch in der Patientenbehandlung erfüllen zu können.

9. Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Für die unter die Anwendung des TVöD (VKA) fallenden Beschäftigten im Konzern Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH wurde ein Zukunftssicherungstarifvertrag zwischen den Tarifvertragsparteien abgeschlossen. Dieser sieht bei einer Laufzeit bis zum 31.12.2020 eine prozentuale Absenkung der Gehälter um 1,45% für die Dauer vom 1.1.2016 bis 30.06.2019 vor. Die Gesellschafterversammlung beschloss den Abschluss eines Management- und Dienstleistungsvertrags mit der Agaplesion Management- und Beratungsgesellschaft mbH zum 1. Februar 2017. Weiterhin wurde Herr André Koch zum Geschäftsführer ab 1. Februar 2017 für den zum 31. Januar 2017 ausscheidenden bisherigen Geschäftsführer Christoph R. Maier bestellt.

10. Entwicklung der Beteiligungen

Die Klinikum Werra-Meißner GmbH ist mit 94% Gesellschaftsanteil die wichtigste Beteiligung der Gesellschaft. Sie betreibt ein Krankenhaus an den beiden Betriebsstätten Witzenhausen und Eschwege. Das Klinikum konnte auch im Geschäftsjahr 2016 ein deutlich positives Jahresergebnis erreichen. Die Umsatzerlöse und die erbrachten Leistungen konnten gesteigert werden und die mit den Kostenträgern vereinbarten Leistungsmengen erreicht werden.

Der Neubau des Funktionstrakts in Eschwege wurde begonnen. Hierfür erhielt das Klinikum Werra-Meißner vom hessischen Sozialministerium aus dem Krankenhausbauprogramm 2015 eine anteilige Förderung in Höhe von 8,8 Mio. EUR. Bei einer Bilanzsumme von T€ 90.321,2 (i.V. T€ 82.535,3) sowie Gesamterlösen von T€ 69.332,2 (i.V. T€ 66.973,6) wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 830,3 (i.V. T€ 1.291,6) erwirtschaftet. Insofern konnte die Klinikum Werra-Meißner GmbH das bereits durch die Geschäftsführung prognostizierte positive Jahresergebnis erwirtschaften. Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die Geschäftsführung ebenfalls einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 837.

Die GHS Werra-Meißner GmbH erbringt für die Gruppe der Gesundheitsholding Werra-Meißner Serviceleistungen, wie z.B. Catering- Reinigungs- und Gebäudemanagementdienstleistungen. Diese Gesellschaft schloss im Geschäftsjahr 2016 mit einer Bilanzsumme von T€ 307,9 (i.V. T€ 233,9) sowie einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 10,3 (i.V. T€ 11,6). Damit entwickelte sich die GHS Werra-Meißner GmbH entsprechend der Planung positiv.

Die PRN Werra-Meißner GmbH, an der die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH mit 51% beteiligt ist, ist mit beratenden, betreuenden, medizinisch-therapeutischen und medizinisch-technischen Dienstleistungen auf den Gebieten der Gesundheitsprävention, der Rehabilitation und der Nachsorge tätig. Sie schloss im Geschäftsjahr 2016 mit einer Bilanzsumme von T€ 221,2 (i.V. T€ 189,6) sowie einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 25,3 (i.V. T€ 26,1). Auch diese Gesellschaft entwickelte sich erwartungsgemäß.

C. Risiko-, Chancen- und Prognoseberichterstattung

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die Risikoerkennung und -vermeidung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Risikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken vor dem Schadenseintritt zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden. Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencontrolling und eine Liquiditätsplanung. Ferner werden die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet. Des Weiteren befindet sich ein CIRS – Critical Incident Reporting System – im Einsatz. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems statt – in der Management- und Risikobewertung.

b) Kostenentwicklung

Überproportionale Kostensteigerungen sind auch weiterhin, insbesondere im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung), zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen, in den nächsten Jahren von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch kompensiert werden. Darüber hinaus besteht ein professioneller Energieeinkauf, der mittelfristig die Preise absichert.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Fachkräftemangel

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte im Gesundheitswesen hat sich in 2016 deutlich verschärft. Dies gilt sowohl für den ärztlichen Bereich als auch für den pflegerischen Sektor und medizinische Assistenzberufe. Standortfaktoren, die sich für die Arbeitgeberattraktivität in einem Sektor positiv auswirken, können für andere Sektoren negativ sein. So ist es in Ballungsräumen mit hoher Lebensqualität, aber sehr hohen Lebenshaltungskosten oft einfacher ärztliche Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden, aber schwieriger Krankenpflege- und z. B. MTA-Stellen zu besetzen. Im ländlichen Raum stellt sich diese Problematik oft genau umgekehrt dar.

Für alle Berufsgruppen gilt, dass Stellen nur dann erfolgreich und langfristig gut besetzt werden können, wenn neben einer angemessenen Vergütung, eine als angenehm empfundene Unternehmenskultur, flexible und vor allem verlässliche Arbeitszeitmodelle sowie patienten- und mitarbeitergerechte Versorgungsstrukturen angeboten werden können. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als hoch beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

d) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z.B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet. Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen rund um Bewohner und Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und der Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden. Durch die räumliche Zusammenlegung von Leistungsangeboten sollen vorhandene Ressourcen besser ausgelastet werden.

b) Spezialisierung

Durch Ausweitung von Leistungsangeboten und Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau der Gesellschaft gehalten bzw. weiter ausgebaut werden.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz und die Integrative Managementkultur gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitern umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens. Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen. Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und-pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z.B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

e) Gesamtaussage zur Riskoberichterstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

D. Prognose

Für das Jahr 2017 planen wir bei Umsatzerlösen von T€ 4.065,3 ein Ergebnis von T€ 10,1.

1.2 Klinikum Werra-Meißner GmbH

Klinikum Werra-Meißner GmbH
Elsa-Brändström-Straße 1
37269 Eschwege
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-Mail: mail@klinikum-wm.de
Internet: www.klinikum-werra-meissner.de

Klinikum Werra-Meißner
Akademisches Lehrkrankenhaus der Georg-August-Universität Göttingen

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck Unternehmenszweck

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Klinikums Werra-Meißner GmbH und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen. Hierzu gehören u. a. die Ausbildungseinrichtungen, die Nebeneinrichtungen und -betriebe sowie die Pflegeeinrichtungen nach dem SGB XI. Zweck der Gesellschaft ist die bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Hessen und eines ggf. mit den Krankenkassen zu vereinbarenden Versorgungsvertrages mit Krankenhausleistungen stationärer, teilstationärer und ambulanter Art sowie mit Pflegeleistungen gem. dem SGB XI.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH (94 %)
	Werra-Meißner-Kreis (5,2 %)
	Stadt Witzenhausen (0,8 %)
Geschäftsführer:	Dr. med. Claudia Fremder
	Dipl. Verw. wiss. Christoph R. Maier

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Verschmelzungsjahr:	2010
Stammkapital:	150.000 €
Beteiligungen:	Gesellschaft für medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner GmbH (100%)
geprüfter Jahresabschluss:	Vom 18.04.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr zahlte die Gesellschaft 29,7 Tsd. € für diverse Leistungen (zentrale Dienstleistungen, Rechnungsprüfungsamt, Baugenehmigungen, Gesundheitsamt) sowie 198,2 Tsd. € für Beihilfen und die Beamtenversorgungskasse an den Werra-Meißner-Kreis.

Im Berichtsjahr leistete der Werra-Meißner-Kreis die folgenden Zahlungen an die Gesellschaft:

- 26,1 Tsd. € (ambulante Behandlungen)
- 455,0 Tsd. € (stationäre Behandlung)
- 63,0 Tsd. € (Gestellung ärztliche Leitung Rettungsdienst)

Zu den Einzelheiten der Bürgschaften wird auf Kapitel 6.3 dieses Berichts verwiesen.

Vergütung der Geschäftsführung

Der Anhang des Jahresabschlusses 2016 enthält keine Angaben im Sinne des § 285 Nr. 9 HGB. Allgemeine Angaben zur Vergütung der Geschäftsführung der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH können Kapitel 1.1 entnommen werden.

Bilanz

Aktiva	**2016**	**2015**	**2014**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	64.090.979	64.836.140	64.496.893
Umlaufvermögen	22.548.988	14.013.521	14.340.269
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.589.096	3.586.745	3.584.395
Rechnungsabgrenzungsposten	92.089	98.907	106.845
Bilanzsumme	**90.321.153**	**82.535.314**	**82.528.402**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	150.000	150.000	150.000
Kapitalrücklage	7.700.492	7.700.492	7.700.492
Gewinnrücklage	7.270.795	5.979.221	4.703.726
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	830.261	1.291.575	1.275.495
	15.951.549	15.121.287	13.829.713
Sonderposten aus Zuwendungen	47.661.402	48.194.827	48.433.727
Rückstellungen	4.040.509	3.505.974	3.794.409
Verbindlichkeiten	22.667.692	15.713.224	16.470.553
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	1	1	1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**90.321.153**	**82.535.314**	**82.528.402**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	70.645.789	63.236.202	62.253.020
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	184.717	-118.586	-71.224
Sonstige betriebliche Erträge	965.251	8.175.192	5.784.435
Ergebnis aus Fördermitteln	3.561.366	3.480.391	3.232.473
Materialaufwand	17.476.907	17.272.145	16.802.216
Personalaufwand	38.990.830	37.248.396	36.988.097
Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	249.334	196.732	165.642
Abschreibungen	4.496.153	4.334.456	4.009.598
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.985.886	13.987.520	11.636.351
Zinsergebnis	-280.593	-286.703	-304.865
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**877.420**	**1.447.246**	**1.291.934**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	47.158	155.671	16.440
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**830.261**	**1.291.575**	**1.275.495**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Vollkräfte	544	538	540
Anlagenintensität in %	70,96%	78,56%	78,15%
Eigenkapitalquote in %	17,66%	18,32%	16,76%
Verschuldungsgrad (Faktor)	4,66	4,46	4,97

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage

Die Klinikum Werra-Meißner GmbH betreibt ein Krankenhaus mit insgesamt 496 Planbetten sowie 40 tagesklinischen Plätzen an den beiden Krankenhausstandorten Eschwege und Witzenhausen. Das Krankenhaus ist mit rechtskräftigem Bescheid in den Krankenhausplan des Landes Hessen auf Dauer aufgenommen und verfügt über die Fachabteilungen Anästhesie, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Innere Medizin, Klinische Geriatrie, Neurologie, HNO, Urologie sowie Psychiatrie und Psychotherapie.

Die Klinikum Werra-Meißner GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Gesellschaft für medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner (MVZ Werra-Meißner) GmbH. Diese Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2016 ihren originären Geschäftsbetrieb unterjährig zum 1. April aufgenommen und betreibt ein medizinisches Versorgungszentrum in Eschwege mit den Fachrichtungen Innere Medizin, Gynäkologie und Geburtshilfe.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Trotz der außenwirtschaftlichen Unruhen wie das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich sowie der Präsidentschaftswahlen in Amerika, hat sich die Konjunktur in Deutschland, bis auf eine Schwächephase im dritten Quartal, positiv entwickelt. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2016 um 1,9 % gewachsen (Vorjahr 1,7 %). Die positive Entwicklung ist vor allem auf eine verstärkte Binnennachfrage zurückzuführen. Staatliche und private Konsumausgaben sowie Bauinvestitionen legten im Vergleich zum Vorjahr kräftig zu. Der private Konsum verzeichnete im Wirtschaftsjahr 2016 preisbereinigt ein Plus von 2,0 %.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich ebenso weiterhin positiv. So lag im November 2016 die Zahl der Erwerbstätigen bei 43,8 Mio. und somit 0,7 % über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosigkeit sank saisonbereinigt im Dezember 2016 um 17.000 Personen auf 2,57 Mio. arbeitslos gemeldete Personen. Die Prognose für den Arbeitsmarkt in 2017 ist weiterhin positiv.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser war auch in 2016 weiterhin angespannt und hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verbessert. Gerade bei Krankenhäusern, die seit 2013 Mehrleistungen vereinbaren konnten, wurde der Erlös aus dem Versorgungszuschlag durch die Dreijährigkeit des jeweiligen Mehrleistungsabschlages i. H. v. 25 % in der Regel negativ überkompensiert. Die Intention des Gesetzgebers, der Schaffung einer „Aufkommensneutralität“ zwischen Versorgungszuschlag und Mehrleistungsabschlag, wurde somit zu Lasten der leistungsfähigen Krankenhäuser verfehlt.

Im November 2015 wurde die von der Politik angekündigte große Reform der Krankenhausfinanzierung mit dem ab 01.01.2016 geltenden Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verabschiedet. Dieses sieht grundlegende Veränderungen bei dem ordnungspolitischen Rahmen und der Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser vor.

Wie bereits Ende 2015 angekündigt, wurde der Schwerpunkt auf das Thema Qualität gelegt und diese zukünftig mit monetären Elementen verknüpft. Mit dem Pflegezuschlag, den Zuschlägen für Mehrkosten von G-BA Richtlinien, der Tarifrate und dem Förderprogramm für Pflegestellen und Hygiene sollen die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betriebskosten verbessert werden.

Allerdings wird der mit dem ab 2017 bei vereinbarten Mehrleistungen gesetzlich zum Tragen kommende dreijährige Fixkostendegressionsabschlag die wirtschaftliche Belastung für Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung erheblich verstärken. Die Höhe des Fixkostendegressionsabschlags wurde für die Jahre 2017 und 2018 mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) bundeseinheitlich mit 35 % festgelegt. Für zusätzliche Leistungen mit einer höheren Fixkostendegression oder für Leistungen, bei denen in erhöhtem Maße wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen zu erwarten sind, kann eine längere Abschlagsdauer sowie ein höherer Fixkostendegressionsabschlag, bis zur gesetzlich normierten Grenze von 50 %, vereinbart werden.

Durch das KHSG kam es darüber hinaus zu wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Landesbasisfallwerte. Der Bundesbasisfallwertkorridor verengte sich, indem die untere Grenze von -1,25 % auf -1,02 % angehoben wurde, wobei die Kappung für Landesbasisfallwerte oberhalb der oberen Korridorgrenze aufgehoben wurde. Die Landesbasisfallwerte unterhalb des

Bundesbasisfallwertkorridors werden auf die Untergrenze angehoben. Die Landesbasisfallwerte oberhalb des Korridors sind in sechs Schritten bis zum Jahr 2021 an die obere Korridorgrenze anzugleichen. Ferner dürfen Leistungsveränderungen, die ohnehin auf örtlicher Ebene mit einem Mehrleistungsabschlag versehen werden, bei den Verhandlungen auf Landesebene nicht mehr absenkend berücksichtigt werden.

Weiterhin ungelöst bleibt die unzureichende Investitionsfinanzierung durch die Länder, die im Rahmen der Krankenhausreform erneut nicht aufgegriffen wurde. Damit ist es auch weiterhin erforderlich in erheblichem Umfang Eigenmittel für Investitionen aufzuwenden um entsprechend investieren zu können.

2. Geschäftsverlauf - Geschäftsjahr im Überblick

Im Geschäftsjahr 2016 konnten im Krankenhaus 17.004 somatische Fälle (2015: 16729 Fälle) mit einem Case-Mix von 14.552 (2015: 14.617) behandelt werden. Dies entspricht einer Fallzahlsteigerung von 1,64 %. Insofern konnten die mit den Kostenträgern vereinbarten Leistungsmengen nahezu punktgenau erreicht werden.

Die Gesamtleistung (die Gesamterlöse bereinigt um neutrale Effekte) konnte von T€ 66.973,6 auf T€ 69.332,2 gesteigert werden, der Jahresüberschuss verringerte sich um T€ 461,3 auf T€ 830,3, dies vorrangig bedingt durch die Reduzierung der Mitarbeiterbeteiligung von 3,5 % auf 1,45 %. Aufgrund der höheren Landesbasisfallwerte sowie Leistungssteigerungen stieg die Gesamtleistung um 3,5 % stärker an als erwartet (geplante Steigerung = 2,5 %).

Der Jahresüberschuss beträgt T€ 830,3 (Vorjahr T€ 1.291,6). Das im Wirtschaftsplan 2016 prognostizierte Jahresergebnis von T€ 499,2 wurde damit um T€ 331,1 übertroffen.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Die Fallzahl von 18.720 Patienten im stationären und teilstationären Bereich lag in 2016 mit 407 Fällen bzw. 2,3 % über der des Vorjahres.

Der Schweregrad der Fälle (Case-Mix-Index) liegt mit 0,856 um 0,018 bzw. 2,1 % unter dem Vorjahreswert von 0,874.

Die durchschnittliche Verweildauer der stationären Behandlung sank von 6,06 auf 5,98 Tage in 2016.

Im Rahmen des ambulanten Operierens im Krankenhaus konnten 1.795 Patienten (2015: 2.020) ambulant behandelt werden.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen erhöhten sich um 2,9 % von T€ 58.842,4 im Jahr 2015 auf T€ 60.551,8 im Jahr 2016.

Die Umsatzsteigerung im Bereich der Krankenhausleistungen ist im Wesentlichen auf den erhöhten Landesbasisfallwert in 2016 (€ 3.264,35) gegenüber 2015 (€ 3.176,96) zurückzuführen.

Für das Jahr 2016 konnte das Budget mit den Krankenkassen für das Klinikum nicht prospektiv verhandelt werden. Jedoch konnten die Verhandlungen in 2016 zum Abschluss gebracht werden. Die Vereinbarung ist noch nicht genehmigt.

Die Erlöse aus der Abrechnung von ambulanten Leistungen des Krankenhauses liegen im Geschäftsjahr 2016 mit T€ 2.667,3 um 8,5 % unter denen des Vorjahres (2015: T€ 2.915,3).

Die Gesamtleistung des Jahres (T€ 69.332,2) ist damit insgesamt um 3,5 % gegenüber dem Vorjahr (T€ 66.973,6) gestiegen.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten) ist von 55,6 % im Jahr 2015 um 0,6 % auf 56,2 %

gestiegen. Dabei sind die Bruttolöhne/-gehälter gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Tariferhöhungen um 3,7 % pro Vollkraft gestiegen.

Die Quote für den Materialaufwand lag in 2016 bei 25,2 %, im Vorjahr bei 25,8 %.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt in 2016 T€ 1.158,0 (2015: T€ 1.734,0). Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und nicht geförderter Abschreibungen (EBITDA) beträgt T€ 2.335,4 im Vergleich zu T€ 2.782,3 in 2015. Der Jahresüberschuss verringerte sich von T€ 1.291,6 in 2015 auf T€ 830,3 in 2016.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 90.321,1 (2015: T€ 82.535,3), davon entfallen auf das Anlagevermögen 70,9 % (2015: 78,6 %), auf Vorräte 1,5 % (2015: 1,4 %), auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 20,9 % (2015: 13,1 %) sowie liquide Mittel mit 2,5 % (2015: 2,4 %).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 17,7 % gegenüber 18,3 % im Vorjahr. Unter Einbeziehung der Sonderposten (Eigenkapitalcharakter) ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 70,5 % (2015: 76,7 %).

Eigenkapital, Sonderposten und langfristig verfügbares Fremdkapital decken das langfristig gebundene Anlagevermögen zu 127,4 % (2015: 113,2 %).

Das Vermögen ist fristenkongruent finanziert.

Der Bilanzgewinn verringerte sich von T€ 1.291,6 in 2015 auf T€ 830,3 in 2016.

6. Finanzlage - Liquidität

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr um T€ 1.461,5 auf T€ 1.415,6 aufgrund der Zunahme der Rückstellungen (T€ 534,5, Vorjahr Abnahme um T€ 288,4) sowie Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (T€ 6.943,1, Vorjahr T€ -0,9) verringert. Unter Einbeziehung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit von T€ -3.868,7 (Vorjahr: T€ -4.096,7) und des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit von T€ 2.749,2 (Vorjahr: T€ 6.893,0) hat sich der Finanzmittelbestand um T€ 296,1 auf T€ 2.289,6 verbessert. Die Gesellschaft finanziert sich mit € 9,4 Mio. über Darlehen von Banken.

Die Finanzierung der Investitionen im Geschäftsjahr in Höhe von T€ 3.906,6 erfolgte mit T€ 795,1 zu 20,4 % aus Eigenmitteln, der Rest durch Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungs-gesetz (KHG).

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

7. Investitionen und deren Finanzierungen

Die Gesellschaft investierte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen in die bauliche Weiterentwicklung an beiden Krankenhausstandorten (T€ 1.944,9), in technische Anlagen (T€ 160,7) sowie Einrichtung und Ausstattungen und Software (T€ 1.701,0).

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) hat sich im Jahr 2016 von 537,86 auf 544,26 um 6,40 erhöht.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch in der Patientenbehandlung erfüllen zu können.

9. Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Für die unter die Anwendung des TVöD (VKA) fallenden Beschäftigten im Konzern Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH wurde ein Zukunftssicherungstarifvertrag zwischen den Tarifvertragsparteien abgeschlossen. Dieser sieht bei einer Laufzeit bis zum 31.12.2020 eine prozentuale Absenkung der Gehälter um 1,45 % für die Dauer vom 1.01.2016 bis 30.06.2019 vor. Die Gesellschafterversammlung beschloss den Abschluss eines Management- und Dienstleistungsvertrags mit der Agaplesion Management- und Beratungsgesellschaft mbH zum 1. Februar 2017. Weiterhin wurde Herr André Koch zum Geschäftsführer ab 1. Februar 2017 für den zum 31. Januar 2017 ausscheidenden bisherigen Geschäftsführer Christoph R. Maier bestellt.

Der Neubau des Funktionstrakts in Eschwege wurde begonnen. Hierfür erhielt das Klinikum Werra-Meißner vom Hessischen Sozialministerium aus dem Krankenhausbauprogramm 2015 eine anteilige Förderung in Höhe von 8,8 Mio. EUR.

10. Entwicklung der Beteiligungen

Die MVZ Werra-Meißner GmbH erhielt zum 01.04.2016 die Zulassung zum Betrieb eines MVZ, welches unter dem Praxisnamen MVZ Luisenstraße seit April 2016 in Eschwege mit den Fachrichtungen Innere Medizin, Gynäkologie und Geburtshilfe tätig ist. Bei Umsatzerlösen von T€ 299,0 wurde ein Jahresfehlbetrag von T€ 44,0 erwirtschaftet. Dennoch bewerten wir das Geschäftsjahr 2016 positiv, da sich insgesamt die MVZ-Praxis gut etabliert hat, die Leistungszahlen sich zum Jahresende gefestigt haben und für den Bereich Kardiologie die ärztliche Besetzung sichergestellt werden konnte.

C. Risiko-, Chancen- und Prognoseberichterstattung

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die Risikoerkennung und -vermeidung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Risikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken vor dem Schadenseintritt zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden. Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencontrolling und eine Liquiditätsplanung. Ferner werden die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet. Des Weiteren befindet sich ein CIRS – Critical Incident Reporting System – im Einsatz. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems statt – in der Management- und Risikobewertung.

b) Krankenhausfinanzierung

Auch für das Jahr 2016 kommt gesetzlich ein dreijähriger Mehrleistungsabschlag in Höhe von 25 % zum Tragen. Damit werden weiterhin die durch den demographischen Wandel und den medizinischen Fortschritt verursachten Leistungsausweitungen auf die Leistungserbringer verlagert. Eine Stabilisierung oder Verbesserung der Erlössituation ist dadurch nicht möglich.

Gemäß den Vorjahren wurde in den Landesbasisfallwerten mit einem geringeren Lohnsteigerungsfaktor gerechnet, als der Tarifabschluss letztendlich ergeben hat. Des Weiteren deckelt

der Orientierungswert in Verbindung mit der Veränderungsrate zukünftige größere Steigerungen der Landesbasisfallwerte. In 2016 kommt ein Veränderungswert von 2,95 % zum Tragen, der im Rahmen der Landesbasisfallwertverhandlungen regelhaft nicht in Gänze erhöhend vereinbart werden konnte. Diese einzelnen Sachverhalte führen letztlich dazu, dass die Lohnsteigerungen, insbesondere von qualifizierten Mitarbeitern, nicht mehr ausschließlich über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes refinanziert werden können. Besonders zu erwähnen sind die Landesbasisfallwerte 2015 von Hessen und Baden-Württemberg, da deren Einigungen auf Landesebene auch absenkende Auswirkungen auf den Landesbasisfallwert 2016 beinhalten. Der auf Landesebene 2015 vereinbarte Ausgleichsbetrag für Fehlschätzungen der vereinbarten Gesamtleistung des jeweiligen Landes war betragsmäßig so hoch, dass man eine halbierte Berücksichtigung des Absenkungsbetrages im Jahr 2016 vereinbart hat.

Die rückläufige Finanzierung der Krankenhäuser durch die öffentliche Hand kann weiterhin als Risiko angesehen werden, da diese Thematik keinerlei Eingang in die neue Gesetzgebung des KHSG gefunden hat. Soweit die Länder nicht der Pflicht zur Finanzierung der Krankenhäuser in den folgenden Jahren nachkommen, können sich auch hier Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft ergeben.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Kostenentwicklung

Überproportionale Kostensteigerungen sind auch weiterhin insbesondere im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung) zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen auch in den nächsten Jahren, von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch weiterhin steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch sowie Investitionen in den Bereichen Kraft-Wärme-Kopplung, Hocheffizienztechnik und Brennwerttechnik kompensiert werden.

Das Jahresergebnis 2016 ist durch die Auswirkungen des Zukunftssicherungstarifvertrags positiv beeinflusst. Der Gehaltsverzicht der vom Tarifvertrag erfassten Beschäftigten endet gemäß Vertrag zum 30.06.2019. Zur Aufrechterhaltung von vergleichbaren Jahresergebnissen sind daher mittelfristig geeignete Maßnahmen zur Kostensenkung und Erlösoptimierung erforderlich.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Fachkräftemangel

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte im Gesundheitswesen hat sich in 2016 deutlich verschärft. Dies gilt sowohl für den ärztlichen Bereich als auch für den pflegerischen Sektor und medizinische Assistenzberufe. Standortfaktoren, die sich für die Arbeitgeberattraktivität in einem Sektor positiv auswirken, können für andere Sektoren negativ sein. So ist es in Ballungsräumen mit hoher Lebensqualität, aber sehr hohen Lebenshaltungskosten oft einfacher ärztliche Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden, aber schwieriger Krankenpflege- und z. B. MTA-Stellen zu besetzen. Im ländlichen Raum stellt sich diese Problematik oft genau umgekehrt dar.

Für alle Berufsgruppen gilt, dass Stellen nur dann erfolgreich und langfristig gut besetzt werden können, wenn neben einer angemessenen Vergütung, eine als angenehm empfundene Unternehmenskultur, flexible und vor allem verlässliche Arbeitszeitmodelle sowie patienten- und mitarbeitergerechte Versorgungsstrukturen angeboten werden können. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

Des Weiteren stehen viele Einrichtungen durch tarifliche und gesetzliche Vorgaben bezüglich Mindestbesetzungen im Pflegebereich zukünftig weiter erheblich im Wettbewerb um qualifiziertes Pflegepersonal.

d) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z. B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen rund um Bewohner und Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und der Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden. Durch die räumliche Zusammenlegung von Leistungsangeboten sollen vorhandene Ressourcen besser ausgelastet werden.

b) Spezialisierung

Durch Ausweitung von Leistungsangeboten und Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau der Gesellschaft gehalten bzw. weiter ausgebaut werden.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitern umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens. Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen.

Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und-pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen

unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z.B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

e) Gesamtaussage zur Risikoberichtserstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

D. Prognose

Für das Jahr 2017 streben wir trotz der dargestellten Risiken eine moderate Leistungssteigerung der Case-Mix Punkte an. Im Bereich der Umsatzerlöse erwarten wir eine leichte Steigerung durch die Erhöhung des Landesbasisfallwerts. Für das Jahr 2017 planen wir bei Umsatzerlösen von T€ 66.346,1 ein Ergebnis von T€ 837,0.

1.3 GHS Werra-Meißner Gesundheitsservice GmbH

GHS Werra-Meißner Gesundheitsservice GmbH
Steinstraße 18 – 26
37213 Witzenhausen
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-Mail: mail@gh-wm.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Serviceleistungen aller Art (z. B. Catering, Reinigung, Facility-Management etc.) an der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH sowie an die mit ihr verbundenen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH (100,0 %)
Geschäftsführer:	Dr. med. Claudia Fremder
	Dipl. Verw. wiss. Christoph R. Maier

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	15.02.2005
Stammkapital:	25.000 €
Beteiligungen:	Keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 18.04.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Vergütung der Geschäftsführung

Der Anhang des Jahresabschlusses 2016 enthält keine Angaben im Sinne des § 285 Nr. 9 HGB. Allgemeine Angaben zur Vergütung der Geschäftsführung der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH können Kapitel 1.1 entnommen werden.

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	0	0	9
Umlaufvermögen	307.911	233.872	189.727
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**307.911**	**233.872**	**189.736**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	25.000	25.000	25.000
Gewinnvortrag	58.028	46.457	32.157
Jahresüberschuss (+) / - fehlbetrag (-)	10.268	11.572	14.300
	93.296	83.028	71.457
Rückstellungen	187.070	127.572	95.910
Verbindlichkeiten	27.544	23.272	22.370
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**307.911**	**233.872**	**189.736**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	3.994.008	3.840.307	3.628.007
Sonstige betriebliche Erträge	15.383	27.236	18.146
Materialaufwand	142.219	107.562	16.145
Personalaufwand	3.544.759	3.459.817	3.326.035
Abschreibungen	0	0	140
Sonstige betriebliche Aufwendungen	307.199	285.452	289.534
Zinsergebnis	-560	-2	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**14.655**	**14.710**	**14.300**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	4.387	3.138	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**10.268**	**11.572**	**14.300**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Vollkräfte	97	97	95
Anlagenintensität in %	0,00%	0,00%	0,00%
Eigenkapitalquote in %	30,30%	35,50%	37,66%
Verschuldungsgrad (Faktor)	2,30	1,82	1,66

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage und Marktpositionierung

Die GHS Werra-Meißner GmbH erbringt für die Gruppe der Gesundheitsholding Werra-Meißner Serviceleistungen, wie z. B. Catering-,Reinigungs- und Gebäudemanagementdienstleistungen.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist nur in geringem Umfang aktiv mit ihren Dienstleistungen am Markt gegenüber Dritten tätig.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Trotz der außenwirtschaftlichen Unruhen wie das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich sowie der Präsidentschaftswahlen in Amerika, hat sich die Konjunktur in Deutschland, bis auf eine Schwächephase im dritten Quartal, positiv entwickelt. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2016 um 1,9 % gewachsen (Vorjahr 1,7 %). Die positive Entwicklung ist vor allem auf eine verstärkte Binnennachfrage zurückzuführen. Staatliche und private Konsumausgaben sowie Bauinvestitionen legten im Vergleich zum Vorjahr kräftig zu. Der private Konsum verzeichnete im Wirtschaftsjahr 2016 preisbereinigt ein Plus von 2,0 %.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich ebenso weiterhin positiv. So lag im November 2016 die Zahl der Erwerbstätigen bei 43,8 Mio. und somit 0,7 % über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosigkeit sank saisonbereinigt im Dezember 2016 um 17.000 Personen auf 2,57 Mio. arbeitslos gemeldete Personen. Die Prognose für den Arbeitsmarkt in 2017 ist weiterhin positiv.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser war auch in 2016 weiterhin angespannt und hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verbessert. Gerade bei Krankenhäusern, die seit 2013 Mehrleistungen vereinbaren konnten, wurde der Erlös aus dem Versorgungszuschlag durch die Dreijährigkeit des jeweiligen Mehrleistungsabschlages i. H. v. 25 % in der Regel negativ überkompensiert. Die Intention des Gesetzgebers, der Schaffung einer „Aufkommensneutralität“ zwischen Versorgungszuschlag und Mehrleistungsabschlag, wurde somit zu Lasten der leistungsfähigen Krankenhäuser verfehlt.

Im November 2015 wurde die von der Politik angekündigte große Reform der Krankenhausfinanzierung mit dem ab 01.01.2016 geltenden Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verabschiedet. Dieses sieht grundlegende Veränderungen bei dem ordnungspolitischen Rahmen und der Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser vor.

Wie bereits Ende 2015 angekündigt, wurde der Schwerpunkt auf das Thema Qualität gelegt und diese zukünftig mit monetären Elementen verknüpft. Mit dem Pflegezuschlag, den Zuschlägen für Mehrkosten von G-BA Richtlinien, der Tarifrate und dem Förderprogramm für Pflegestellen und Hygiene sollen die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betriebskosten verbessert werden.

Allerdings wird der mit dem ab 2017 bei vereinbarten Mehrleistungen gesetzlich zum Tragen kommende dreijährige Fixkostendegressionsabschlag die wirtschaftliche Belastung für Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung erheblich verstärken. Die Höhe des Fixkostendegressionsabschlags wurde für die Jahre 2017 und 2018 mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) bundeseinheitlich mit 35% festgelegt. Für zusätzliche Leistungen mit einer höheren Fixkostendegression, oder für Leistungen, bei denen in erhöhtem Maße wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen zu erwarten sind, kann eine längere Abschlagsdauer sowie ein höherer Fixkostendegressionsabschlag bis zur gesetzlich normierten Grenze von 50 % vereinbart werden.

Durch das KHSG kam es darüber hinaus zu wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Landesbasisfallwerte. Der Bundesbasisfallwertkorridor verengte sich, indem die untere Grenze von -1,25 % auf -1,02 % angehoben wurde, wobei die Kappung für Landesbasisfallwerte oberhalb der oberen Korridorgrenze aufgehoben wurde. Die Landesbasisfallwerte unterhalb des Bundesbasisfallwertkorridors werden auf die Untergrenze angehoben. Die Landesbasisfallwerte oberhalb des Korridors sind in sechs Schritten bis zum Jahr 2021 an die obere Korridorgrenze anzugleichen. Ferner dürfen Leistungsveränderungen, die ohnehin auf örtlicher Ebene mit einem Mehrleistungsabschlag versehen werden, bei den Verhandlungen auf Landesebene nicht mehr absenkend berücksichtigt werden.

Weiterhin ungelöst bleibt die unzureichende Investitionsfinanzierung durch die Länder, die im Rahmen der Krankenhausreform erneut nicht aufgegriffen wurde. Damit ist es auch weiterhin erforderlich in erheblichem Umfang Eigenmittel für Investitionen aufzuwenden um entsprechend investieren zu können.

2. Geschäftsverlauf – Prognose-Ist-Vergleich

Die Gesamtleistung der Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2016 von T€ 3.862,0 auf T€ 4.008,6 gesteigert werden, der Jahresüberschuss verringerte sich leicht von T€ 11,6 auf T€ 10,2.

Mit dem Jahresüberschuss von T€ 10,2 erreichte die Gesellschaft das prognostizierte und auch im Wirtschaftsplan 2016 geplante Jahresergebnis von T€ 10,2.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Die Gesellschaft erbringt zu einem großen Teil Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist damit in ihrer Entwicklung und ihrem Leistungsvolumen von den zukünftigen Entwicklungen der Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitswesens im Werra-Meißner Kreis abhängig.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Die Umsatzerlöse einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 3,8 % von T€ 3.862,0 in 2015 auf 4.008,6 in 2016. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den aufgrund der gestiegenen Personal- und Sachkosten erhöhten Weiterberechnungen für erbrachte Leistungen.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten) ist von 89,6 % in 2015 um 1,5 % auf 88,4 % der Gesamtleistung gesunken. Dabei sind die Bruttolöhne / -gehälter gegenüber dem Vorjahr um ca. 3,0 % pro Vollkraft gestiegen.

Die Quote für den Materialaufwand erhöhte sich in 2016 um 0,8 % von 2,8 % in 2015 auf nunmehr 3,6 %.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt in 2016 T€ 14,6 (2015: T€ 14,7). Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) beträgt T€ 14,6 im Vergleich zu T€ 14,7 in 2015. Der Jahresüberschuss sank leicht von T€ 11,6 in 2015 auf T€ 10,2 in 2016.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 307,9 (2015: T€ 233,9), davon entfallen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 94,6 % (2015: 85,9 %) sowie liquide Mittel 5,4 % (2015: 14,1 %).

In der Gesellschaft ist kein langfristig gebundenes Anlagevermögen vorhanden.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 30,3 % gegenüber 35,5 % im Vorjahr.

6. Finanzlage - Liquidität

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr um T€ 27,9 auf T€ - 16,3 reduziert, im Wesentlichen auf den Mittelabfluss aufgrund der Veränderung des Working Capital (Umlaufvermögen abzüglich Verbindlichkeiten) zurückzuführen. Der Finanzmittelbestand hat sich zum Bilanzstichtag um T€ 16,3 auf T€ 16,7 verringert. Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich aus Eigenmitteln.

Im Berichtsjahr wurden keine Investitionen in das Anlagevermögen getätigt.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

7. Investitionen und deren Finanzierungen

Die Gesellschaft tätigte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 keine Investitionen.

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt) hat sich im Jahr 2016 von 97,39 auf 96,84 um 0,55 verringert.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch in der Patientenbehandlung erfüllen zu können.

9. Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Für die unter die Anwendung des TVöD (VKA) fallenden Beschäftigten im Konzern Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH wurde ein Zukunftssicherungstarifvertrag zwischen den Tarifvertragsparteien abgeschlossen. Dieser sieht bei einer Laufzeit bis zum 31.12.2020 eine prozentuale Absenkung der Gehälter um 1,45 % für die Dauer vom 1.1.2016 bis 30.06.2019 vor.

C. Risiko-, Chancen- und Prognoseberichterstattung

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die Risikoerkennung und -vermeidung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Ri-

sikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken vor dem Schadenseintritt zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden. Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencontrolling und eine Liquiditätsplanung. Ferner werden die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet. Des Weiteren befindet sich ein CIRS – Critical Incident Reporting System – im Einsatz. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems statt – in der Management- und Risikobewertung.

b) Kostenentwicklung

Überproportionale Kostensteigerungen sind auch weiterhin, insbesondere im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung), zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen, in den nächsten Jahren von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch kompensiert werden. Darüber hinaus besteht ein professioneller Energieeinkauf, der mittelfristig die Preise absichert.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Fachkräftemangel

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte im Gesundheitswesen hat sich in 2016 deutlich verschärft. Dies gilt sowohl für den ärztlichen Bereich als auch für den pflegerischen Sektor und medizinische Assistenzberufe. Standortfaktoren, die sich für die Arbeitgeberattraktivität in einem Sektor positiv auswirken, können für andere Sektoren negativ sein. So ist es in Ballungsräumen mit hoher Lebensqualität, aber sehr hohen Lebenshaltungskosten oft einfacher ärztliche Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden, aber schwieriger Krankenpflege- und z. B. MTA-Stellen zu besetzen. Im ländlichen Raum stellt sich diese Problematik oft genau umgekehrt dar.

Für alle Berufsgruppen gilt, dass Stellen nur dann erfolgreich und langfristig gut besetzt werden können, wenn neben einer angemessenen Vergütung, eine als angenehm empfundene Unternehmenskultur, flexible und vor allem verlässliche Arbeitszeitmodelle sowie patienten- und mitarbeitergerechte Versorgungsstrukturen angeboten werden können. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als hoch beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

d) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z.B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen rund um Bewohner und Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und der Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden. Durch die räumliche Zusammenlegung von Leistungsangeboten sollen vorhandene Ressourcen besser ausgelastet werden.

b) Spezialisierung

Durch Ausweitung von Leistungsangeboten und Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau der Gesellschaft gehalten bzw. weiter ausgebaut werden.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz und die Integrative Managementkultur gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitern umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens. Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen.

Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und-pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z.B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

e) Gesamtaussage zur Risikoberichtserstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

3. Prognose

Für das Jahr 2017 streben wir trotz der dargestellten Risiken eine Leistungsmenge analog des Vorjahres an. Bei Umsatzerlösen von T€ 4.083,0 planen wir ein Ergebnis von T€ 10,2.

1.4 Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner mbH

Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren
Werra-Meißner mbH
Steinstraße 18 – 26
37213 Witzenhausen
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-mail: mail@gh-wm.de

MVZ Werra-Meißner
Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Gesundheitsversorgung im Rahmen einer möglichst optimalen ambulanten Versorgung der Bevölkerung im Werra-Meißner-Kreis. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung vertrags- und privatärztlicher Leistungen unter ärztlicher Leitung im Werra-Meißner-Kreis

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Klinikum Werra-Meißner GmbH (100 %)
Geschäftsführer:	Dipl. Verw. wiss. Christoph R. Maier Dr. med. Claudia Fremder

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	2005
Stammkapital:	25.200 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 18.04.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Vergütung der Geschäftsführung

Der Anhang des Jahresabschlusses 2016 enthält keine Angaben im Sinne des § 285 Nr. 9 HGB. Allgemeine Angaben zur Vergütung der Geschäftsführung der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH können Kapitel 1.1 entnommen werden.

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	210.728	4.335	0
Umlaufvermögen	80.452	24.097	7.737
Rechnungsabgrenzungsposten	306	0	0
Bilanzsumme	**291.487**	**28.431**	**7.737**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	25.200	25.200	25.200
Kapitalrücklage	110.000	35.000	10.000
Verlustvortrag	43.730	31.902	26.818
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-44.008	-11.828	-5.084
	47.462	16.470	3.298
Rückstellungen	24.578	3.425	3.550
Verbindlichkeiten	219.446	8.536	890
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**291.487**	**28.431**	**7.737**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	298.953	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	3.446	614	11
Materialaufwand	16.230	0	0
Personalaufwand	240.133	0	0
Abschreibungen	26.835	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	62.073	12.442	5.095
Zinsergebnis	-1.134	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-44.008**	**-11.828**	**-5.084**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**-44.008**	**-11.828**	**-5.084**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Vollkräfte	4	-	-
Anlagenintensität in %	72,29%	15,25%	0,00%
Eigenkapitalquote in %	16,28%	57,93%	42,62%
Verschuldungsgrad (Faktor)	5,14	0,73	1,35

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage

Die MVZ Werra-Meißner GmbH hat im Geschäftsjahr 2016 zum 1. April 2016 ihren operativen Geschäftsbetrieb aufgenommen und betreibt in Eschwege eine MVZ-Praxis mit den Fachrichtungen Innere Medizin und Gynäkologie. Die Gesellschaft gehört zum Konzern der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH, Eschwege (GHWM). Ziel der Gesellschaft ist es die ambulante Gesundheitsversorgung in der Werra-Meißner Region aufrechtzuerhalten bzw. zu fördern. Dies soll durch die Errichtung und den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren erreicht werden.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Trotz der außenwirtschaftlichen Unruhen wie das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich sowie der Präsidentschaftswahlen in Amerika, hat sich die Konjunktur in Deutschland, bis auf eine Schwächephase im dritten Quartal, positiv entwickelt. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2016 um 1,9 % gewachsen (Vorjahr 1,7%). Die positive Entwicklung ist vor allem auf eine verstärkte Binnennachfrage zurückzuführen. Staatliche und private Konsumausgaben sowie Bauinvestitionen legten im Vergleich zum Vorjahr kräftig zu. Der private Konsum verzeichnete im Wirtschaftsjahr 2016 preisbereinigt ein Plus von 2,0%.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich ebenso weiterhin positiv. So lag im November 2016 die Zahl der Erwerbstätigen bei 43,8 Mio. und somit 0,7% über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosigkeit sank saisonbereinigt im Dezember 2016 um 17.000 Personen auf 2,57 Mio. arbeitslos gemeldete Personen. Die Prognose für den Arbeitsmarkt in 2017 ist weiterhin positiv.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser war auch in 2016 weiterhin angespannt und hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verbessert. Gerade bei Krankenhäusern, die seit 2013 Mehrleistungen vereinbaren konnten, wurde der Erlös aus dem Versorgungszuschlag durch die Dreijährigkeit des jeweiligen Mehrleistungsabschlages i. H. v. 25% in der Regel negativ überkompensiert. Die Intention des Gesetzgebers, der Schaffung einer „Aufkommensneutralität“ zwischen Versorgungszuschlag und Mehrleistungsabschlag, wurde somit zu Lasten der leistungsfähigen Krankenhäuser verfehlt.

Im November 2015 wurde die von der Politik angekündigte große Reform der Krankenhausfinanzierung mit dem ab 01.01.2016 geltenden Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verabschiedet. Dieses sieht grundlegende Veränderungen bei dem ordnungspolitischen Rahmen und der Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser vor.

Wie bereits Ende 2015 angekündigt, wurde der Schwerpunkt auf das Thema Qualität gelegt und diese zukünftig mit monetären Elementen verknüpft. Mit dem Pflegezuschlag, den Zuschlägen für Mehrkosten von G-BA Richtlinien, der Tarifrate und dem Förderprogramm für

Pflegestellen und Hygiene sollen die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betriebskosten verbessert werden.

Allerdings wird der mit dem ab 2017 bei vereinbarten Mehrleistungen gesetzlich zum Tragen kommende dreijährige Fixkostendegressionsabschlag die wirtschaftliche Belastung für Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung erheblich verstärken. Die Höhe des Fixkostendegressionsabschlags wurde für die Jahre 2017 und 2018 mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) bundeseinheitlich mit 35% festgelegt. Für zusätzliche Leistungen mit einer höheren Fixkostendegression, oder für Leistungen, bei denen in erhöhtem Maße wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen zu erwarten sind, kann eine längere Abschlagsdauer sowie ein höherer Fixkostendegressionsabschlag bis zur gesetzlich normierten Grenze von 50% vereinbart werden.

Durch das KHSG kam es darüber hinaus zu wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Landesbasisfallwerte. Der Bundesbasisfallwertkorridor verengte sich, indem die untere Grenze von -1,25% auf -1,02% angehoben wurde, wobei die Kappung für Landesbasisfallwerte oberhalb der oberen Korridorgrenze aufgehoben wurde. Die Landesbasisfallwerte unterhalb des Bundesbasisfallwertkorridors werden auf die Untergrenze angehoben. Die Landesbasisfallwerte oberhalb des Korridors sind in sechs Schritten bis zum Jahr 2021 an die obere Korridorgrenze anzugleichen. Ferner dürfen Leistungsveränderungen, die ohnehin auf örtlicher Ebene mit einem Mehrleistungsabschlag versehen werden, bei den Verhandlungen auf Landesebene nicht mehr absenkend berücksichtigt werden.

Weiterhin ungelöst bleibt die unzureichende Investitionsfinanzierung durch die Länder, die im Rahmen der Krankenhausreform erneut nicht aufgegriffen wurde. Damit ist es auch weiterhin erforderlich in erheblichem Umfang Eigenmittel für Investitionen aufzuwenden um entsprechend investieren zu können.

2. Geschäftsverlauf – Prognose-Ist-Vergleich

Im Geschäftsjahr 2016 konnte die Gesellschaft erstmals durch die Aufnahme des originären Geschäftsbetriebs Umsatzerlöse generieren. Die Erlöse bewegen sich im Bereich der Gynäkologie im Rahmen der Prognoseplanung, auch konnten in der Inneren Medizin im Bereich der gesetzlich Krankenversicherten die geplanten Erlöse erreicht werden. Lediglich bei den Selbstzahlern und Privatpatienten wurde die angestrebte Prognose nicht vollständig erreicht.

Somit erreichten die Umsatzerlöse mit T€ 299,0 nicht die prognostizierten Erlöse von T€ 340,0.

Im Rahmen der Aufnahme des Geschäftsbetriebs sind zusätzliche Kosten in Höhe von T€ 5,0 entstanden. Damit ergibt sich für das Jahresergebnis ein Jahresfehlbetrag von T€ 44,0 gegenüber dem geplanten Jahresüberschuss für das Jahr 2016 von T€ 1,5. Dennoch bewerten wir das Geschäftsjahr 2016 positiv, da sich insgesamt die MVZ-Praxis gut etabliert hat ,die Leistungszahlen sich zum Jahresende gefestigt haben und für den Bereich Kardiologie die ärztliche Besetzung sichergestellt werden konnte.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Das MVZ Luisenstraße ist mit seinen Fachrichtungen Gynäkologie und Innere Medizin fester Bestandteil der fachärztlichen Versorgung im KV-Bezirk Werra-Meißner-Kreis geworden. Die Leistungszahlen bewegen sich im Rahmen der für die KV-Sitze zugrunde gelegten Regelleistungsvolumina.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2016 konnten durch die Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebs erstmals Umsatzerlöse in Höhe von T€ 299,0 sowie betriebliche Erträge in Höhe von T€ 0,7 erwirtschaftet werden.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten im Verhältnis zu den Umsatzerlösen GuV Pos. 1) beträgt 80,3%. Ein Vorjahresvergleich ist an dieser Stelle nicht möglich, da im Geschäftsjahr 2015 kein Personal beschäftigt wurde.

Die Quote für den Materialaufwand (Materialaufwand im Verhältnis zu den Umsatzerlösen) lag in 2016 bei 5,4%.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt in 2016 T€ -42,9 (Vorjahr T€ -11,8). Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) beträgt T€ -16,1 im Vergleich zu T€ -11,8 in 2015. Der Jahresfehlbetrag erhöhte sich von T€ 11,8 in 2015 auf T€ -44,0 in 2016.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 291,5 (Vorjahr T€ 28,4). Davon entfallen auf das Sachanlagevermögen 72,3% (Vorjahr 15,1%), auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie Rechnungsabgrenzungsposten 25,6 % (Vorjahr 0,0 %) sowie auf liquide Mittel 2,1% (Vorjahr 84,9%).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 16,3% gegenüber 58,1% im Vorjahr.

Eigenkapital und langfristig verfügbares Fremdkapital decken das langfristig verbundene gebundene Anlagevermögen zu 52,0% (Vorjahr 380,0%).

Der Bilanzverlust erhöhte sich von T€ 43,7 in 2015 auf T€ 87,7 in 2016.

6. Finanzlage - Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jeder Zeit gesichert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr um T€ 138,4 auf T€ 140,3 aufgrund der Aufnahme der Geschäftstätigkeit verändert. Unter Einbeziehung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit von T€ -233,2 (Vorjahr T€ -4,3) und des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit von T€ 75,0 (Vorjahr T€ 25,0) hat sich der Finanzmittelbestand um T€ -17,9 auf T€ 6,2 verändert. Die Gesellschaft finanziert sich mit T€ 25 über Gesellschafterdarlehen.

Der Finanzmittelfonds reichte im Jahr 2016 jederzeit aus, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu decken. Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist aufgrund der Konzerneinbindung ausreichend.

7. Investitionen und deren Finanzierung

Zur Sicherstellung der Patientenversorgung auf höchstem Niveau hat die Gesellschaft im Jahr 2016 erhebliche Investitionen in die medizintechnische Ausstattung des Krankenhauses vorgenommen. Die Gesellschaft ist nicht in die Investitionsfinanzierung durch die öffentliche Hand eingebunden. Die Finanzierung der eigenmittelfinanzierten Investitionen erfolgt durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie durch die Verwendung von flüssigen Mitteln aus Einzahlungen des Gesellschafters in die Kapitalrücklage und Gesellschafterdarlehen.

Im Geschäftsjahr 2016 investierte die Gesellschaft T€ 113,0 in medizintechnische Ausstattung.

Die Finanzierung der Investitionen im Geschäftsjahr in Höhe von T€ 233,2 erfolgte zu 48,5 % aus Eigenmitteln.

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt) hat sich im Jahr 2016 von 0 auf 8 um 8 erhöht. Dies entspricht einer Vollkräfteanzahl von 4,35 (Vorjahr 0). Es wurden 2 Ärzte, 5 Mitarbeiter im medizinisch-technischen Dienst und 1 sonstiges Personal beschäftigt.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch in der Patientenbehandlung erfüllen zu können.

9. Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Außer der bereits beschriebenen Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebs gab es im Geschäftsjahr 2016 keine Geschäftsvorfälle, die über den Rahmen des normalen Geschäftsbetriebes hinausgehen.

C. Risiko-, Chancen- und Prognoseberichterstattung

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die systematische Erfassung und Bewertung von Risiken (Risikofrüherkennung) sowie die Risikobewältigung und -steuerung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne und Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Risikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden. Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencontrolling und eine Liquiditätsplanung. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems statt – in der Management- und Risikobewertung. Hierbei werden auch die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet.

b) Kostenentwicklung

Überproportionale Kostensteigerungen sind auch weiterhin, insbesondere im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung), zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen, in den nächsten Jahren von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch kompensiert werden. Darüber hinaus besteht ein professioneller Energieeinkauf, der mittelfristig die Preise absichert.

c) Fachkräftemangel

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte im Gesundheitswesen hat sich in 2016 deutlich verschärft. Dies gilt sowohl für den ärztlichen Bereich als auch für den pflegerischen Sektor und medizinische Assistenzberufe. Standortfaktoren, die sich für die Arbeitgeberattraktivität in einem Sektor positiv auswirken, können für andere Sektoren negativ sein. So ist es in Ballungsräumen mit hoher Lebensqualität, aber sehr hohen Lebenshaltungskosten oft einfacher ärztliche Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden, aber schwieriger Krankenpflege- und z. B. MTA-Stellen zu besetzen. Im ländlichen Raum stellt sich diese Problematik oft genau umgekehrt dar.

Für alle Berufsgruppen gilt, dass Stellen nur dann erfolgreich und langfristig gut besetzt werden können, wenn neben einer angemessenen Vergütung, eine als angenehm empfundene Unternehmenskultur, flexible und vor allem verlässliche Arbeitszeitmodelle sowie patienten-

und mitarbeitergerechte Versorgungsstrukturen angeboten werden können. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als hoch beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

d) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z.B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen rund um Bewohner und Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und der Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden.

b) Spezialisierung

Aufgrund neuer Fachdisziplinen sowie weiterer Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau des Medizinischen Versorgungszentrums gehalten bzw. weiter ausgebaut werden. Insbesondere durch Medizinische Versorgungszentren wird eine engere Verzahnung zwischen ambulantem und stationärem Sektor erreicht und ein kontinuierlicher Patientenzustrom für die stationären Bereiche gewährleistet.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz und die Integrative Managementkultur gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitern umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens. Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen.

Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und-pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z.B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

e) Gesamtaussage zur Risikoberichtserstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

3. Prognose

Für das Jahr 2017 streben wir trotz der dargestellten Risiken eine moderate Leistungssteigerung an. Im Bereich der Umsatzerlöse erwarten wir eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr allein aufgrund des ganzjährigen Geschäftsbetriebs. Wir gehen für das Geschäftsjahr 2017 von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

1.5 PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge GmbH

PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge GmbH
Steinstraße 18 – 24
37213 Witzenhausen
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-mail: mail@gh-wm.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von beratenden, betreuenden, medizinisch-therapeutischen und medizinisch-technischen sowie pflegerischen Dienstleistungen auf den Gebieten der Gesundheitsprävention, der Rehabilitation und der Nachsorge sowie der Erbringung weiterer Leistungen auf diesen Gebieten im Werra-Meißner-Kreis.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH (51,0 %)
	Orthopädische Klinik Hessisch Lichtenau gGmbH (25,0 %)
	Herr Ekkehart Eymer, Lübeck (24,0 %)
Geschäftsführer:	Dipl. Verw. wiss. Christoph R. Maier
	Dr. med. Claudia Fremder

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	15.02.2005
Stammkapital:	25.000 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 18.04.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Vergütung der Geschäftsführung

Der Anhang des Jahresabschlusses 2016 enthält keine Angaben im Sinne des § 285 Nr. 9 HGB. Allgemeine Angaben zur Vergütung der Geschäftsführung der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH können Kapitel 1.1 entnommen werden.

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	12.543	1.405	1.097
Umlaufvermögen	208.618	188.233	207.059
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**221.161**	**189.638**	**208.156**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	25.000	25.000	25.000
Gewinnrücklagen	838	838	838
Gewinnvortrag	120.140	93.993	60.453
Jahresüberschuss (+) / - fehlbetrag (-)	25.285	26.147	33.540
	171.262	145.978	119.830
Rückstellungen	26.025	25.359	45.610
Verbindlichkeiten	23.874	18.301	42.716
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**221.161**	**189.638**	**208.156**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	758.838	696.289	516.949
Sonstige betriebliche Erträge	13.067	14.044	22.700
Materialaufwand	44.112	65.806	36.040
Personalaufwand	483.826	444.746	359.955
Abschreibungen	1.473	685	484
Sonstige betriebliche Aufwendungen	206.121	158.898	95.847
Zinsergebnis	-2	-258	-0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**36.371**	**39.940**	**47.323**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	11.086	13.793	13.783
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**25.285**	**26.147**	**33.540**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Vollkräfte	14	14	11
Anlagenintensität in %	5,67%	0,74%	0,53%
Eigenkapitalquote in %	77,44%	76,98%	57,57%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,29	0,30	0,74

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage

Die PRN Werra-Meißner GmbH erbringt Hygieneberatung sowie physio- und ergotherapeutische Leistungen für die verbundenen Unternehmen. Des Weiteren betreibt sie Praxen für physikalische Therapie in Eschwege und Witzenhausen sowie drei ergotherapeutische Praxen in Hessisch Lichtenau, Witzenhausen und Eschwege.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Trotz der außenwirtschaftlichen Unruhen wie das Brexit-Votum im Vereinigten Königreich sowie der Präsidentschaftswahlen in Amerika, hat sich die Konjunktur in Deutschland, bis auf eine Schwächephase im dritten Quartal, positiv entwickelt. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2016 um 1,9 % gewachsen (Vorjahr 1,7%). Die positive Entwicklung ist vor allem auf eine verstärkte Binnennachfrage zurückzuführen. Staatliche und private Konsumausgaben sowie Bauinvestitionen legten im Vergleich zum Vorjahr kräftig zu. Der private Konsum verzeichnete im Wirtschaftsjahr 2016 preisbereinigt ein Plus von 2,0%.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich ebenso weiterhin positiv. So lag im November 2016 die Zahl der Erwerbstätigen bei 43,8 Mio. und somit 0,7% über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosigkeit sank saisonbereinigt im Dezember 2016 um 17.000 Personen auf 2,57 Mio. arbeitslos gemeldete Personen. Die Prognose für den Arbeitsmarkt in 2017 ist weiterhin positiv.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser war auch in 2016 weiterhin angespannt und hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verbessert. Gerade bei Krankenhäusern, die seit 2013 Mehrleistungen vereinbaren konnten, wurde der Erlös aus dem Versorgungszuschlag durch die Dreijährigkeit des jeweiligen Mehrleistungsabschlages i. H. v. 25% in der Regel negativ überkompensiert. Die Intention des Gesetzgebers, der Schaffung einer „Aufkommensneutralität“ zwischen Versorgungszuschlag und Mehrleistungsabschlag, wurde somit zu Lasten der leistungsfähigen Krankenhäuser verfehlt.

Im November 2015 wurde die von der Politik angekündigte große Reform der Krankenhausfinanzierung mit dem ab 01.01.2016 geltenden Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verabschiedet. Dieses sieht grundlegende Veränderungen bei dem ordnungspolitischen Rahmen und der Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser vor.

Wie bereits Ende 2015 angekündigt, wurde der Schwerpunkt auf das Thema Qualität gelegt und diese zukünftig mit monetären Elementen verknüpft. Mit dem Pflegezuschlag, den Zuschlägen für Mehrkosten von G-BA Richtlinien, der Tarifrate und dem Förderprogramm für Pflegestellen und Hygiene sollen die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betriebskosten verbessert werden.

Allerdings wird der mit dem ab 2017 bei vereinbarten Mehrleistungen gesetzlich zum Tragen kommende dreijährige Fixkostendegressionsabschlag die wirtschaftliche Belastung für Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung erheblich verstärken. Die Höhe des Fixkostendegressionsabschlags wurde für die Jahre 2017 und 2018 mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) bundeseinheitlich mit 35% festgelegt. Für zusätzliche Leistungen mit einer höheren Fixkostendegression, oder für Leistungen, bei denen in erhöhtem Maße wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen zu erwarten sind, kann eine längere Abschlagsdauer sowie ein höherer Fixkostendegressionsabschlag bis zur gesetzlich normierten Grenze von 50% vereinbart werden.

Durch das KHSG kam es darüber hinaus zu wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Landesbasisfallwerte. Der Bundesbasisfallwertkorridor verengte sich, indem die untere Grenze von -1,25% auf -1,02% angehoben wurde, wobei die Kappung für Landesbasisfallwerte oberhalb der oberen Korridorgrenze aufgehoben wurde. Die Landesbasisfallwerte unterhalb des Bundesbasisfallwertkorridors werden auf die Untergrenze angehoben. Die Landesbasisfallwerte oberhalb des Korridors sind in sechs Schritten bis zum Jahr 2021 an die obere Korridorgrenze anzugleichen. Ferner dürfen Leistungsveränderungen, die ohnehin auf örtlicher Ebene mit einem Mehrleistungsabschlag versehen werden, bei den Verhandlungen auf Landesebene nicht mehr absenkend berücksichtigt werden.

Weiterhin ungelöst bleibt die unzureichende Investitionsfinanzierung durch die Länder, die im Rahmen der Krankenhausreform erneut nicht aufgegriffen wurde. Damit ist es auch weiterhin erforderlich in erheblichem Umfang Eigenmittel für Investitionen aufzuwenden um entsprechend investieren zu können.

2. Geschäftsverlauf – Prognose-Ist-Vergleich

Der Umsatz konnte aufgrund der Leistungsausweitung von T€ 696,3 auf T€ 758,8 gesteigert werden. Der Jahresüberschuss verringerte sich von T€ 26,1 auf T€ 25,3.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr entspricht damit im Wesentlichen der im Lagebericht zum Geschäftsjahr 2015 abgegebenen Prognose.

Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt günstig verlaufen.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Die Gesellschaft erbringt zu einem großen Teil Physio- und Ergotherapieleistungen gegenüber Dritten. Im Geschäftsjahr konnten die physiotherapeutischen Leistungen durch den ganzjährigen Betrieb am Standort Witzenhausen ausgeweitet werden. In einem geringen Teil erbringt die Gesellschaft Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist damit in ihrer Entwicklung und ihrem Leistungsvolumen von den zukünftigen Entwicklungen der Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitswesens im Werra-Meißner Kreis teilweise abhängig.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Die Umsatzerlöse einschließlich der betrieblichen Erträge stiegen um 9,3 % von T€ 705,7 in 2015 auf 771,4 in 2016. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den Auswirkungen des ganzjährigen Betriebs der Physiotherapiepraxis in Witzenhausen.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten) ist von 63,0 % in 2015 um 0,3 % auf 62,7 % der Gesamtleistung gesunken. Dabei sind die durchschnittlichen Bruttolöhne / -gehälter gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % pro Vollkraft gestiegen.

Die Quote für den Materialaufwand verringerte sich in 2016 um 3,6 % von 9,3 % in 2015 auf nunmehr 5,7 %.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt in 2016 T€ 36,3 (2015: T€ 39,9). Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) beträgt T€ 37,8 im Vergleich zu T€ 40,6 in 2015. Der Jahresüberschuss sank von T€ 26,1 in 2015 auf T€ 25,3 in 2016.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 221,2 (2015: T€ 189,6), davon entfallen auf das Sachanlagevermögen 5,6 % (2015: 0,7 %), auf Vorräte 0,4 % (2015: 0,7 %) auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 90,6 % (2015: 97,6 %) sowie liquide Mittel 3,4 % (2015: 1,0 %).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 77,4 % gegenüber 77,0 % im Vorjahr.

Das Eigenkapital deckt das langfristig gebundene Anlagevermögen vollständig.

Das Vermögen ist fristenkongruent finanziert.

6. Finanzlage - Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr um T€ 19,9 auf T€ 18,3 (Vorjahr: T€ -1,6) erhöht, da das Vorjahr im Wesentlichen durch Steuernachzahlungen für die Jahre 2013 und 2014 (Inanspruchnahme der Steuerrückstellung) belastet war. Unter Einbeziehung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit von T€ -12,6 (Vorjahr: T€ -1,0) hat sich der Finanzmittelbestand um T€ 5,7 auf T€ 7,6 erhöht.

7. Investitionen und deren Finanzierungen

Die Gesellschaft tätigte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung, hier vor allem in medizintechnische Ausstattung in Höhe von T€ 12,6.

Die Finanzierung der Investitionen im Geschäftsjahr erfolgte zu 100 % aus Eigenmitteln.

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten in Vollkräfte (Jahresdurchschnitt) hat sich im Jahr 2016 von 13,50 auf 14,49 um 0,99 erhöht.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch in der Patientenbehandlung erfüllen zu können.

C. Risiken und Chancen

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die systematische Erfassung und Bewertung von Risiken (Risikofrüherkennung) sowie die Risikobewältigung und -steuerung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne und Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Risikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden.

Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencontrolling und eine Liquiditätsplanung. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems statt – in der Management- und Risikobewertung. Hierbei werden auch die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet.

b) Kostenentwicklung

Überproportionale Kostensteigerungen sind auch weiterhin, insbesondere im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung), zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen, in den nächsten Jahren von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch kompensiert werden. Darüber hinaus besteht ein professioneller Energieeinkauf, der mittelfristig die Preise absichert.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Fachkräftemangel

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte im Gesundheitswesen hat sich in 2016 deutlich verschärft. Dies gilt sowohl für den ärztlichen Bereich als auch für den pflegerischen Sektor und medizinische Assistenzberufe. Standortfaktoren, die sich für die Arbeitgeberattraktivität in einem Sektor positiv auswirken, können für andere Sektoren negativ sein. So ist es in Ballungsräumen mit hoher Lebensqualität, aber sehr hohen Lebenshaltungskosten oft einfacher ärztliche Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden, aber schwieriger Krankenpflege- und z. B. MTA-Stellen zu besetzen. Im ländlichen Raum stellt sich diese Problematik oft genau umgekehrt dar.

Für alle Berufsgruppen gilt, dass Stellen nur dann erfolgreich und langfristig gut besetzt werden können, wenn neben einer angemessenen Vergütung, eine als angenehm empfundene Unternehmenskultur, flexible und vor allem verlässliche Arbeitszeitmodelle sowie patienten- und mitarbeitergerechte Versorgungsstrukturen angeboten werden können. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als hoch beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

d) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z.B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen rund um Bewohner und Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und der Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden. Durch die räumliche Zusammenlegung von Leistungsangeboten sollen vorhandene Ressourcen besser ausgelastet werden.

b) Spezialisierung

Durch Ausweitung von Leistungsangeboten und Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau der Gesellschaft gehalten bzw. weiter ausgebaut werden.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz und die Integrative Managementkultur gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitern umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens. Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen.

Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und-pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z.B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

e) Gesamtaussage zur Risikoberichtserstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

3. Prognose

Für das Jahr 2017 streben wir trotz der dargestellten Risiken eine Leistungsmenge im physio- und ergotherapeutischen Bereich analog des Vorjahres an. Bei Umsatzerlösen von T€ 623,0 planen wir ein Ergebnis von T€ 15,8. Der Rückgang der Umsatzerlöse ergibt sich aus dem Wegfall des Geschäftsbereichs Hygieneberatung zum 01. Januar 2017.

1.6 EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH

EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH
Monteverdistraße 2
34131 Kassel

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung einer Kommanditbeteiligung an der EAM GmbH & Co. KG sowie von Aktien an der E.ON Mitte AG. Die Gesellschaft dient der Bündelung und Gruppierung ihrer Gesellschafter als mittelbare Gesellschafter der Kommanditgesellschaft.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/ -versammlung:	• Kreisvolkshochschule Südniedersachsen gGmbH (47,17%) • Eigenbetrieb „Volkshochschule, Jugend, Freizeit Werra-Meißner“ (20,53%) • Sozial- und Sportstiftung im Landkreis Northeim (13,40%) • Eigenbetrieb „Jugend- und Freizeiteinrichtungen des Lahn-Dill-Kreises“ (9,87%) • Landkreis Northeim (5,59%) • Landkreis Waldeck-Frankenberg (3,44%)
Geschäftsführer:	Claudia Berger Simon Renziehausen

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	29.8.2013
Stammkapital:	25.000 €
Beteiligungen:	EAM GmbH & Co. KG (11,87%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 28.04.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Kassel

Vergütung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführer erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Anlagevermögen	58.912,5	53.205,1	53.407,1
Umlaufvermögen	5.594,4	9.549,5	5.937,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	**64.506,9**	**62.754,5**	**59.344,3**
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	25,0
Kapitalrücklage	54.176,0	54.176,0	54.176,0
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	9.347,3	7.092,6	5.074,7
	63.548,3	61.293,6	59.275,7
Rückstellungen	958,6	1.454,9	68,6
Verbindlichkeiten	0,0	6,0	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	**64.506,9**	**62.754,5**	**59.344,3**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Rohergebnis	6	685	1
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	28.516	27.915	346.902
Ergebnis aus Finanzanlagen	6.069.468	6.610.431	8.931.602
Zinsergebnis	146.123	0	50
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**6.187.080**	**6.583.201**	**8.584.752**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	1.684.124	2.317.002	1.256.260
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**4.502.956**	**4.266.199**	**7.328.491**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	-	-	-
Anlagenintensität in %	91,33%	84,78%	90,00%
Eigenkapitalquote in %	98,51%	97,67%	99,88%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,02	0,02	0,00

Lagebericht

I. Geschäftstätigkeit

Die EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH, Kassel (SVSG 3) ist als Kommanditistin beschränkt haftende Gesellschafterin der EAM GmbH & Co. KG (EAM), die ihren Sitz ebenfalls in Kassel hat. Geschäftszweck der SVSG 3 ist der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung einer Kommanditbeteiligung an der EAM. Die SVSG 3 dient der Bündelung und Gruppierung ihrer Gesellschafter als mittelbare Anteilseigner der EAM-Gruppe. Darüber hinaus übt sie keine Geschäftstätigkeit aus.

Die EAM steht seit 1929 für die Energieversorgung in Deutschlands Mitte und ist einer der bedeutendsten Regionalversorger der Bundesrepublik. Die EAM-Gruppe betreibt Strom-, Gas- und Wassernetze in weiten Teilen Hessens, Südniedersachsens sowie in Teilen von Ostwestfalen, Westthüringen und Rheinland-Pfalz. Sie versorgt rund 1,4 Mio. Menschen mit Energie, wobei die Versorgungssicherheit im Stromnetz einen Platz in der Spitzengruppe aller deutschen Netzbetreiber belegt. Innovativ treibt die EAM-Gruppe die Energiewende voran und liefert Strom aus zu 100 % regenerativen Quellen. Sie plant und errichtet Anlagen zur Nutzung von Biomasse, Sonnenenergie sowie von Wind- und Wasserkraft. Außerdem plant, errichtet und betreibt sie Einrichtungen in den Bereichen Wärme, Kraft, Kälte sowie Druckluft und erbringt Dienstleistungen in allen vorgenannten Gebieten.

Mittelbare Anteilseigner der EAM waren im Berichtsjahr zwölf Landkreise, 113 Städte und Gemeinden sowie ein Zweckverband. Sie alle sind nicht direkt, sondern über Sammel- und Vorschaltgesellschaften beteiligt, die jeweils eine Kommanditbeteiligung halten. Die Beteiligungsquote der SVSG 3 an der EAM beträgt rund 11,871 %. Da alle mittelbaren EAM-Anteile in den Händen von Kommunen und Landkreisen liegen, ist die EAM auf maximale Weise mit der Region verbunden. Für sie leistet die EAM-Gruppe hohe Wertbeiträge in Form von Gehältern, Aufträgen an lokale Firmen, Konzessions- und Zinszahlungen, der Gewinnverteilung an die Gesellschafter sowie durch die Gewerbesteuer. Als der Energie-Partner vor Ort bietet sie ihren Gesellschaftern zudem die Möglichkeit, die Energiewende selbst mitzugestalten.

II. Wirtschaftsbericht

1. Ertragslage

Die Beteiligungserträge der SVSG 3 werden aus der Kommanditbeteiligung an der EAM erzielt und lagen mit rund 6,1 Mio. € leicht unter dem Vorjahreswert von 6,6 Mio. €.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge beinhalten Zinserträge von 0,1 Mio. € (Vorjahr: -) aus einer Steuererstattung.

Der Steueraufwand von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €) betraf die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr wurde durch ein niedrigeres steuerlich zuzurechnendes Einkommen aus der EAM verursacht.

Der Jahresüberschuss ist der wesentliche finanzielle Leistungsindikator der SVSG 3. Das Geschäftsjahr 2016 schloss mit einem Jahresüberschuss von 4,5 Mio. € nach 4,3 Mio. € im Vorjahr ab. Der Jahresüberschuss 2016 lag damit im Rahmen der Prognose aus dem letzten Jahr und der Erwartungen.

2. Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen, welches ausschließlich aus Finanzanlagen besteht, stieg zum Bilanzstichtag um 5,7 Mio. € auf 58,9 Mio. € und betrug 91,3 % des Gesamtvermögens (Vorjahr: 84,8 %).

Das Umlaufvermögen von 5,6 Mio. € ist um 4,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert gesunken. Dies resultierte hauptsächlich aus deutlich niedrigeren Steuerforderungen.

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2016 belief sich damit auf 64,5 Mio. € und lag über dem Vorjahreswert von 62,8 Mio. €.

Das Eigenkapital betrug 63,5 Mio. € (Vorjahr: 61,3 Mio. €) und deckte zum Bilanzstichtag 98,5 % (Vorjahr: 97,7 %) der Bilanzsumme.

Die Rückstellungen verminderten sich um 0,5 Mio. € auf 1,0 Mio. € hauptsächlich aufgrund des Rückgangs der Steuerrückstellungen.

Die Liquidität war im Berichtsjahr stets gesichert. Voraussichtlich im zweiten Quartal des Jahres 2017 wird die SVSG 3 die Auszahlung des entnahmefähigen Gewinnanteils aus der EAM für das abgelaufene Geschäftsjahr erhalten, so dass wieder ausreichende Mittel für die geplante Gewinnausschüttung des Jahres 2017 an die Gesellschafter und alle anderen Zahlungsverpflichtungen bereitstehen werden.

III. Nachtragsbericht

In Folge des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) werden die Angaben zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres nun im Anhang des Jahresabschlusses gemacht.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Für das Geschäftsjahr 2017 wird ein Jahresüberschuss der SVSG 3 in etwa vergleichbarer Höhe wie im Geschäftsjahr 2016 erwartet. Im Übrigen ist für das Geschäftsjahr 2017 geplant, den satzungsmäßigen Beteiligungsertrag aus der EAM wieder phasengleich zu vereinnahmen.

Da das Ergebnis der SVSG 3 weitgehend von den Beteiligungserträgen aus der EAM beeinflusst wird, liegen hierin auch die wesentlichen Chancen und Risiken der Gesellschaft.

Diese sind somit bestimmt durch die Chancen und Risiken der EAM und damit der EAM-Gruppe. Dort ist ein konzernweites Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, über welches regelmäßig in den Aufsichtsräten berichtet wird, deren Mitglieder von den Gesellschaftern gestellt werden.

Für die SVSG 3 werden derzeit keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken gesehen.

Geschäftsentwicklung der EAM-Gruppe

Der EAM-Geschäftsbericht, der Informationen über die Geschäftsentwicklung der EAM GmbH & Co. KG und des EAM-Konzerns im Jahr 2016 enthält, kann unter https://www.eam.de/geschaeftsbericht/ eingesehen werden.

1.7 Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH
Niederhoner Straße 54
37269 Eschwege
Telefon: 05651/7449-0, Telefax: 05651/7449-20
E-Mail: info@wfg-werra-meissner.de
Internet: www.wfg-werra-meissner.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung und Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur des Werra-Meißner-Kreises durch hierzu geeignete Maßnahmen.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung (bis 28.9.2016):	Werra-Meißner-Kreis (26,09 %)
	Kreisangehörige Städte und Gemeinden (25,60%)
	IHK Kassel (19,32 %)
	Sparkasse Werra-Meißner (9,66 %)
	Volks- und Raiffeisenbank Werra-Meißner eG (9,66 %)
	Handwerkskammer Kassel (4,83 %)
	Kreishandwerkerschaft Werra-Meißner (4,83 %)
Gesellschafter/-versammlung (ab 29.9.2016):	Werra-Meißner-Kreis (26,32 %)
	Kreisangehörige Städte und Gemeinden (25,84%)
	IHK Kassel (19,14 %)
	Sparkasse Werra-Meißner (9,57 %)
	Volks- und Raiffeisenbank Werra-Meißner eG (9,57 %)
	Handwerkskammer Kassel (4,78 %)
	Kreishandwerkerschaft Werra-Meißner (4,78 %)
Aufsichtsrat:	Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender)
	Bürgermeister Thomas Eckhardt (Stellvertretender Vorsitzender)
	Bürgermeister Wilhelm Gebhard
	Kreistagsabgeordneter Karl-Heinz Schäfer
	Kreistagsabgeordneter Dirk Landau MdL.
	Hans-Jürgen Germerodt
	Hubertus Erner
	Frank Nickel
	Uwe Linnenkohl
Geschäftsführer:	Dipl.-Ök., Dipl.-Ing. Siegfried Rauer

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1989
Stammkapital:	54.340 € (53.820 € bis 28.9.2016)
Beteiligungen:	Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH (100 %)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 15.05.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Vergütungen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung

Für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats der Gesellschaft erhielten die Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 2.686,80 €.

Unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angaben der Geschäftsführervergütung zu verzichten.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Gemäß § 8 des Gesellschaftervertrages der „Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH“ werden die Betriebsmittel von den kommunalen Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Stammeinlagen zueinander getragen, soweit die sachlichen und personellen Kosten nicht durch Einnahmen der Gesellschaft und die Zuführungen Dritter gedeckt sind.

Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

In den vergangenen Jahren hat der Werra-Meißner-Kreis folgende Aufwendungen geleistet:

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	2013
Betriebsmittelabschläge für:				
- Wirtschaftsförderung	196.244 €	388.850 €	196.244 €	190.437 €
- Verein für Regionalentwicklung Werra Meißner e.V.	33.866 €	67.730 €	33.866 €	33.866 €
- Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH[2]	0 €	135.000 €	135.000 €	135.000 €

Im Berichtsjahr wurden dem Werra-Meißner-Kreis 236,90 € für Personal- und Sachkosten erstattet.

[2] Durchlaufender Posten bei der WFG

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	47.483	59.727	72.271
Umlaufvermögen	452.923	457.027	465.005
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**500.406**	**516.754**	**537.276**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	54.340	53.820	53.820
Gewinnvortrag	201	201	201
Jahresüberschuss (+) / - fehlbetrag (-)	0	0	0
	54.541	54.021	54.021
Rückstellungen	48.051	52.871	45.133
Verbindlichkeiten	397.814	409.862	438.122
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**500.406**	**516.754**	**537.276**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	68.470	112.366	121.267
Sonstige betriebliche Erträge	471.773	601.721	482.320
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	406.407	404.884	409.729
Abschreibungen	12.778	13.222	12.757
Sonstige betriebliche Aufwendungen	120.989	296.152	181.593
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
Zinsergebnis	174	414	540
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**244**	**242**	**47**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	244	242	47
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**0**	**0**	**0**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5
Anlagenintensität in %	9,49%	11,56%	13,45%
Eigenkapitalquote in %	10,90%	10,45%	10,05%
Verschuldungsgrad (Faktor)	8,17	8,57	8,95

Lagebericht

1. Allgemeine Angaben

Chancen aufzuzeigen, den Schritt nach vorne zu begleiten oder Hilfestellung in schwierigen Unternehmenssituationen zu geben, ist der Inhalt des Beratungsangebotes der WFG, die dies mit Partnern im Zentrum der Wirtschaft praktiziert. Dabei reicht das Spektrum von der Gründungsberatung über die Vermittlung leer stehender Gewerbeimmobilien bis hin zur Unternehmensvermittlung, Fördermittelberatung oder Begleitung von F+E-Vorhaben und Aktivitäten zur Erhaltung eines Unternehmens, um nur einige zu nennen.

Das Beratungs- und Service-Angebot der WFG wurde auch in diesem Geschäftsjahr bei 829 Beratungsgesprächen/-kontakten (Vorjahr 804) wieder sehr stark nachgefragt. Nach wie vor nimmt dabei das Thema Existenzgründung einen besonderen Stellenwert ein, wobei festzustellen war, das die Gründungsbereitschaft wie schon im Vorjahr auf niedrigem Niveau liegt.

Dieser Trend konnte bundesweit festgestellt werden und steht im Zusammenhang mit der guten Arbeitsmarktlage und einer relativ robusten Konjunktur. In zunehmendem Maße wird die WFG auch bei der Suche nach einem Unternehmens-Übernehmer kontaktiert, weshalb die WFG hierzu im Berichtsjahr weitere Aktivitäten realisiert hat. Insgesamt wurde das WFG-Beratungsangebot leicht über Vorjahresniveau im Werra-Meißner-Kreis nachgefragt. Neben den umfangreichen Beratungsleistungen gehören aber auch die Seminarangebote für Unternehmen und Gründungspersonen zum Aufgabenfeld der WFG.

Die Anzahl der Gespräche und Aktivitäten im Bereich Projekte sind im vergangenen Jahr mit 296 (297) ebenfalls auf Vorjahresniveau geblieben. Zwar sind einige Projekte ausgelaufen, wie z. B. die über die WFG betreute Qualifizierungsoffensive des Landes Hessen oder der Rückzug aus dem Projekt Bioregion, das seit 2015 vom Fachbereich acht des Werra-Meißner-Kreises betreut wird. Andere Projektaktivitäten, wie MORODigital, Land(auf)Schwung oder Marketingkampagne sind aber hinzugekommen. Insgesamt lag das WFG-Engagement im Projektbereich bei folgenden Themen:

- Hochleistungs-Breitbandversorgung (NGA) im Kreis als Teil des Nordhessen-Projektes
- Umsetzung der Marketingkampagne „in der Mitte von“
- Open-Flair-Aktion (Präsentation interessanter Ausbildungsstellen und Jobs namhafter Firmen der Region)
- Berufs- und Bildungsmesse PERSPEKTIVEN
- Einbindung in Marketingaktionen des Regionalmanagements Nordhessen
- PraxisPool
- Erstes regionales Kooperationsforum.

Insgesamt hat sich der Kreis 2016 positiv entwickelt. Die Unternehmen sind gut aufgestellt, die Auftragsbücher in Industrie und Handwerk haben sich im Jahresverlauf gut gefüllt. Auch sind wieder mehr Zuwanderungen als Abwanderungen zu verzeichnen, die Integrationsanstrengungen für Flüchtlinge verlaufen erfolgreich und auch sonst ist Positives zu verzeichnen, wie z. B.:

- Die SV-Beschäftigtenzahlen am Wohnort steigen nochmals um 630 Personen.
- Nach wie vor ein robuster Arbeitsmarkt, bei leicht gesunkenen Arbeitslosenzahlen, zuletzt 2.978 (Dez. 2016) und einer Arbeitslosenquote von 5,8 % (6,0 %).
- Das Bauhandwerk konnte, gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden, ebenfalls zufrieden sein. Im Gewerbe- und Industriebau ging es wieder aufwärts und auch die Sanierungsaufträge im Wohnungsbau zogen wieder an.

Erfreulich ist auch, dass von Bund und Land Hessen mit 69 (41) Mio. € wieder Förderdarlehen und 1,2 (2,9) Mio. € Investitionszuschüsse in den Kreis geflossen sind.

Zwar gehört auch die Fördermittelberatung zum Leistungsangebot der WFG, ist aber nur ein Teil des sehr breit aufgestellten Spektrums an Beratungsleistungen. Weitere wichtige Themen des Jahres - alle mit entsprechenden Aktivitäten untermauert - waren:

- Vermittlung von Objektleerstände
- Messebeteiligungen, Veranstaltungen, Seminare
- Ansiedlungsaktivitäten
- Existenzgründungs- und Unternehmensaufbauseminare,
- Berufs- und Bildungsmesse PERSPEKTIVEN
- Interkommunale und interregionale Zusammenarbeit

- Herausgabe von WFG-Infobriefen und Newslettern
- Fortlaufende Aktualisierung und Ergänzung der Internetplattformen
    - lebensraum-werra-meissner.de + mobile Seite,
    - wfg-werra-meissner.de,
    - of.lebensraum-werra-meissner.de
    - perspektiven-wm.de

2. Geschäftsverlauf

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich keine wesentlichen Änderungen im Geschäftsverlauf ergeben.

3. Lage der Gesellschaft

Die im Berichtsjahr getätigten Ausgaben konnten nicht vollständig durch Betriebsmittelzahlungen der kommunalen Gesellschafter sowie durch Umsatzerlöse und durch Fördermittel gedeckt werden. Die Betriebsmittelzahlungen für die WFG lagen wie im Vorjahr bei 388,8 T€.

Die darüber hinaus nach dem WFG-Verteilerschlüssel eingezogenen Finanzmittel in Höhe von 67,7 T€, sind Betriebsmittel für den Verein für Regionalentwicklung (VfR), die an diesen zur Deckung der Betriebskosten weitergereicht wurden. Da es sich bei diesen Finanzmitteln um einen durchlaufenden Posten handelt, der nicht originär der WFG zuzurechnen ist, sind diese Mittel nicht in den oben genannten Betriebsmittelzahlungen für die WFG enthalten.

Da im Berichtsjahr – wie oben bereits erwähnt - nicht alle Betriebskosten der WFG durch Umsatzerlöse, Fördermittel und kommunale Betriebsmittel gedeckt werden konnten, erfolgte eine Entnahme aus der „Kapitalrücklage“ in Höhe von 10,8 T€, wodurch sich die Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Gesellschaftern auf 379,7 T€ (390,6 T€) reduziert haben. Per Saldo konnte das Jahr 2016 mit einem Ergebnis von 0,0 T€, wie im Vorjahr, abgeschlossen werden.

Die Finanzlage der WFG ist geordnet, Zahlungsverpflichtungen können erfüllt werden. Per Jahresende konnte die WFG ein Finanzpolster von 442,9 T€ (442,7 T€) vorweisen. Das Bilanzvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr (516,7 T€) mit 500,4 T€ leicht gesunken. Das Anlagevermögen liegt mit 47,4 T€ abschreibungsbedingt unter dem Vorjahresvolumen (59,7 T€).

4. Chancen und Risiken

Im Jahr 2017 wird es keine gravierenden Veränderungen in den Geschäftsaktivitäten geben, die sich in finanzieller Hinsicht auswirken. Die Finanzierung der Gesellschaft ist durch die satzungsgemäße Verpflichtung der kommunalen Gesellschafter zur Deckung der Betriebskosten gesichert. Für das Jahr 2017 wird ebenfalls mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

In den vorangegangenen Workshops mit den Gesellschaftern wurden die Aufgabenfelder der WFG und anderer GmbH´s, an denen der Landkreis beteiligt ist, neu gewichtet. Dem entsprechend sind Anpassungen in der WFG vorgenommen worden.

5. Sonstige Angaben und Zusammenfassung

Die Vermögenssituation der WFG ist unverändert. Größere Investitionen wurden nicht getätigt. Die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel durch die kommunalen Gesellschafter für das Jahr 2016 ist erfolgt, so dass die entstandenen Betriebskosten der WFG gedeckt werden konnten.

Für die Tochtergesellschaft Werratal Energie und Umweltgesellschaft mbH (WEGE) wurde die Auflösung zum 31.12.2016 beschlossen und entsprechende formelle Maßnahmen eingeleitet. Die bisherigen Aufgaben wurden gestrafft und dem Landkreis und z. T. auch der WFG zugeordnet.

Neben der Bestellung eines neuen WFG-Geschäftsführers sind keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

Über ein Forderungsausfallrisiko hinausgehende Risiken bestehen aufgrund der besonderen Eigentümerstruktur und der spezifischen Betätigung nicht.

Die Vergütung des WFG-Personals erfolgt in Anlehnung an den TVöD in seiner jeweils gültigen Fassung

1.8 Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH

Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH
Niederhoner Straße 54
37269 Eschwege
Telefon: 05651/7449-70, Telefax: 05651/7449-75
E-Mail: info@wege-werra-meissner.de
Internet: www.energienetz-werra-meissner.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft war die Initiierung und Umsetzung von Maßnahmen, die die Energienutzung, den Klimaschutz und den Umweltschutz im Werra-Meißner-Kreis betreffen und die Durchführung von Maßnahmen, die der Kreisentwicklung dienen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wurde zum 30.9.2016 eingestellt und die Gesellschaft zum 1.1.2017 aufgelöst.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH (100 %)
Aufsichtsrat:	• Erster Kreisbeigeordneter Dr. Rainer Wallmann (Vorsitzender) • Kreisbeigeordneter Lothar Hellwig • Bürgermeister Reiner Adam • Bürgermeister Klaus Fissmann • Bürgermeister Alexander Heppe • Bürgermeister Friedel Lenze • Kreistagsabgeordneter Friedrich Arnoldt • Bürgermeister Wilhelm Gebhard • Kreistagsabgeordneter Erwin Knies • Kreistagsabgeordneter Michael Zimmermann • Bürgermeister Thomas Eckhardt • Kreistagsabgeordneter Armin Jung
Geschäftsführer:	Dipl.-Ök., Dipl.-Ing. Siegfried Rauer

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2011
Stammkapital:	25.000 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 04.04.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja

Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Vergütungen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung

Für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats der Gesellschaft erhielten die Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 863,35 €.

Unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angaben der Geschäftsführervergütung zu verzichten.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Gemäß § 15 des Gesellschaftervertrages erhält die Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH zur Finanzierung ihrer sachlichen und personellen Kosten finanzielle Mittel von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH, die allein durch deren Mitgesellschafter Werra-Meißner-Kreis aufgebracht werden.

Im Geschäftsjahr 2016 hat der Werra-Meißner-Kreis über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH (WFG) keine Kapitaleinlage geleistet. Darüber hinaus zahlte der Werra-Meißner-Kreis 18.683,00 € für das Projekt Integrierte energetische Quartierssanierung an die Gesellschaft.

Im Berichtsjahr wurden dem Werra-Meißner-Kreis 178,11 € für Personal- und Sachkosten erstattet.

Bilanz

Aktiva	**2016**	**2015**	**2014**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	8.850	17.578	20.412
Umlaufvermögen	69.963	171.861	197.226
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**78.813**	**189.438**	**217.638**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	25.000	25.000	25.000
Kapitalrücklage	46.248	154.299	185.470
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	0	0	0
	71.248	179.299	210.470
Rückstellungen	3.490	5.762	5.504
Verbindlichkeiten	4.074	4.377	1.664
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**78.813**	**189.438**	**217.638**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	19.582	19.332	9.550
Sonstige betriebliche Erträge	3.039	1.070	57.791
Materialaufwand	1.607	0	0
Personalaufwand	90.827	145.889	139.283
Abschreibungen	8.352	2.834	3.963
Sonstige betriebliche Aufwendungen	29.665	37.530	55.594
Zinsergebnis	32	212	283
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-107.797**	**-165.639**	**-131.216**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	254	532	624
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**-108.051**	**-166.170**	**-131.840**
Entnahme aus der Kapitalrücklage	108.051	166.170	131.840
Bilanzgewinn	**0**	**0**	**0**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	2	3	3
Anlagenintensität in %	11,23%	9,28%	9,38%
Eigenkapitalquote in %	90,40%	94,65%	96,71%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,11	0,06	0,03

Lagebericht

1. Allgemeine Angaben

Mit der Gründung der Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH (WEGE) als 100%-ige Tochtergesellschaft der WFG ist im Jahr 2011 eine Einrichtung im Werra-Meißner-Kreis geschaffen worden, die regionaler, zentraler und neutraler Ansprechpartner für die Themen Energie, Umwelt und Klima ist. Sie bündelt zugleich alle Aktivitäten innerhalb des Kreises in den genannten Bereichen und macht sie transparent.

In ihrer Funktion als Energie- und Umweltagentur im Werra-Meißner-Kreis beantwortet sie Fragen rund um die Themen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Energieeinsparung und Umwelt. Ihr Leistungsangebot umfasst kostenfreie Energieerstberatungen, die Beratung zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten, die Vermittlung qualifizierter Spezialisten, die Unterstützung beim Aufbau eines Energiemanagements, die Initiierung und Beteiligung an Aktionen,

Initiativen und Projekten und die Unterstützung bei der Umsetzung des kreisweiten Klimaschutzkonzeptes. Des Weiteren bietet sie ein breit gefächertes Vortragsangebot und vernetzt relevante (über-)regionale Akteure aus dem Bereich Energie und Klima. Die WEGE tritt dabei nicht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft oder bestehenden Einrichtungen, sondern will vielmehr mit diesen gemeinsam in enger Kooperation agieren.

Für das Berichtsjahr 2016 kann die WEGE 39 (Vorjahr 93) Ratsuchende aus Privathaushalten, Unternehmen und Kommunen vorweisen für die z. T. in mehreren Beratungsgesprächen Hilfeleistungen erbracht wurden. Dabei ging es u. a. um Wärme- und Gebäudedämmung, Energiesparmaßnahmen, Energieeffizienz, Heizungsaustausch, Fördermöglichkeiten, etc. Darüber hinaus ergänzte die WEGE ihren Informationsdienst durch Abendveranstaltungen zu Themen der Energieeinsparung, -effizienz und erneuerbaren Energien, die gemeinsam mit Kooperationspartnern (regionale Handwerksbetriebe und Planungsbüros) durchgeführt wurden. Aber auch eine Reihe von Initiativen und Aktionen gehörten im Berichtsjahr wieder zu den Aktivitäten der WEGE. Nachfolgend stichwortartig einiges aus dem Tätigkeitsumfang:

- Organisation und Durchführung von Ausstellungen gemeinsam mit der WFG sowie dem Werra-Meißner-Kreis;
- 6 Bürgerinformationsabende in den Quartierskommunen;
- 6 Themenworkshops ebenfalls in den beteiligten Quartierskommunen;
- Organisation von 2 Arbeitsgruppensitzungen sowie jeweils 1 Lenkungsgruppen- und 1 Beiratsitzung im Rahmen der Projektsteuerung für das Projekt des Werra-Meißner-Kreises „integrierte Energetische Quartierssanierung“

- Regionalpartnerschaft mit der Hessischen Energiespar-Aktion (HESA);
- Intensive Öffentlichkeitsarbeit, Energiespartipps, Anzeigen und Redaktionsbeiträge in der Tagespresse und in Sonderveröffentlichungen;
- Einrichtung und Versand des WEGE-Newsletters;
- Erstellung WEGE-Sonderseiten „energieWEGE“;
- Vorbereitung und Begleitung des „Tages der Erneuerbaren Energien“;
- Vorbereitung und Durchführung der Klimamesse an der Valentin-Traudt-Schule in Großalmerode.

Im Berichtsjahr wurde wieder eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben und über verschiedene Energiethemen berichtet, so u. a. zu den Themen Stromeinsparung im Haushalt, energetische Gebäudesanierung, etc. Dabei wurde auch immer auf die Informationsabende der WEGE hingewiesen. Eingebunden ist hierbei immer auch die Hessische Energiespar-Aktion (HESA), mit der die WEGE eine sehr gute Zusammenarbeit pflegt und im Jahr 2015 eine Regionalpartnerschaft eingegangen worden ist.

2. Geschäftsverlauf

Im Vergleich zum Vorjahr wurden auf den gesamten Berichtszeitraum bezogen, weniger Aktivitäten und Beratungsleistungen erbracht. Die Ursache liegt darin, dass im Zuge eines Neustrukturierungsprozesses der kommunal finanzierten Gesellschaften – so auch die WEGE – Aufgabenbereiche entfallen sind und andere auf bestehende Einrichtungen übertragen wurden. Ein Großteil der WEGE-Aufgaben sind in diesem Zusammenhang auf den Landkreis und auf die WFG übertragen worden. Der Grundstein für diesen Prozess wurde bereits im Jahr 2015 in drei Workshops mit den Gesellschaftern der betroffenen GmbH´s (Wirtschaftsförderung, Energie und Klimaschutz sowie Tourismus) gelegt. Er mündete für die WEGE, beginnend Mitte 2016 mit dem Ausscheiden des Personals, in der Aufgabe der Geschäftstätigkeit zum 30.09.2016 und der Auflösung der GmbH mit Ablauf des 31.12.2016.

3. Lage der Gesellschaft

Bisher wurden von der Muttergesellschaft jährlich 135 T€ zur Finanzierung der Betriebsmittel bereitgestellt, über die eine Kapitalrücklage gebildet wurde. Aufgrund des Volumens der steuerlichen Kapitalrücklage konnten die geringeren Betriebskosten als in den Vorjahren damit gedeckt werden. Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Insgesamt ist die Finanzlage der WEGE geordnet und Zahlungsverpflichtungen können erfüllt werden. Die Bilanzsumme ist mit 78,8 T€ im Vergleich zum Vorjahr (189,4 T€) erheblich gesunken, wobei die Kapitalrücklage sich auf 46,2 T€ (154,3 T€) reduziert hat. Das Anlagevermögen hat sich abschreibungsbedingt auf 8,8 T€ (17,6 T€) ebenfalls reduziert. Bedingt durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage sind die liquiden Mittel auf 69,8 T€ (171,9 T€) gesunken. Durch die Übernahme von Dienstleistungen im Rahmen einer Projektsteuerung und der Übernahme von Marketingaktivitäten für die HESA, konnten Umsätze in Höhe von 19,6 T€ generiert werden, was aber nicht originäres Ziel der WEGE ist.

4. Chancen und Risiken

Da die Gesellschaft mit Ablauf des 31.12.2016 aufgelöst ist, aber noch hinreichend Aktiva vorhanden sind und keine nennenswerte Verbindlichkeiten bzw. Verpflichtungen bestehen, ist eine ordnungsgemäße Liquidation sicher gestellt. Zum Liquidator wurde ab 01.01.2017 Herr Peter Döring, Wehretal bestellt.

5. Sonstige Angaben

In 2016 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen und eine Gesellschafterversammlung statt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, soweit sie nicht schon vorstehend angesprochen wurden, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Über ein Forderungsausfallrisiko hinausgehende Risiken bestehen aufgrund der besonderen Eigentümerstruktur und der spezifischen Betätigung nicht.

Der Geschäftsführer erhält kein Gehalt. Kosten für Personalleistungen der Muttergesellschaft werden von der WEGE erstattet. Die Aufsichtsratsmitglieder bekommen ihren Aufwand ebenfalls erstattet. Die Vergütung des WEGE-Personals erfolgt in Anlehnung an den TVöD in seiner jeweils gültigen Fassung.

1.9 Breitband Nordhessen GmbH

Breitband Nordhessen GmbH
Ständeplatz 13
34117 Kassel
Telefon: 0561/97062-14, Telefax: 0561/97062-22
E-Mail: info@breitband-nordhessen.de
Internet: www.breitband-nordhessen.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den gesamten Kreisgebieten der Gesellschafter mit Ausnahme der Stadt Kassel mit hochleistungsfähigen NGA-Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen passiven Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung an einen oder mehrere Vertragspartner, oder durch die Förderung von Breitbandausbaumaßnahmen anderer Unternehmen.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Landkreis Hersfeld-Rotenburg (20 %)
	Landkreis Kassel (20 %)
	Landkreis Waldeck-Frankenberg (20 %)
	Schwalm-Eder-Kreis (20 %)
	Werra-Meißner-Kreis (20 %)
Geschäftsführer:	Kathrin Laurier

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2014
Stammkapital:	25.000 €
Beteiligungen:	Keine
geprüfter Jahresabschluss:	Vom 28.04.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Vergütung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführerin Frau Kathrin Laurier erhielt im Berichtsjahr 2016 Bezüge in Höhe von 32.500,- €.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Der Werra-Meißner-Kreis hat der Gesellschaft im Berichtsjahr ein verzins- und rückzahlbares Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt in Höhe von 545.600,52 € zur Verfügung gestellt. Im

Gegenzug erhielt der Landkreis für Gesellschafterdarlehen im Dezember 2016 eine Zinszahlung in Höhe von 7.413,82 € von der Gesellschaft.

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	17.277.306	1	0
Umlaufvermögen	19.615.659	3.632.655	416.795
Rechnungsabgrenzungsposten	149	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.343.443	596.309	114.930
Bilanzsumme	**38.236.556**	**4.228.965**	**531.725**
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
Verlustvortrag	621.309	139.930	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-747.134	-481.379	-139.930
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.343.443	596.309	114.930
	0	0	0
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
Rückstellungen	19.210	5.450	5.000
Verbindlichkeiten	38.217.346	4.223.515	526.725
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**38.236.556**	**4.228.965**	**531.725**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	1.905	3.239	0
Sonstige betriebliche Erträge	614	402	0
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	83.555	9.198	0
Abschreibungen	1.973	286	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	565.946	458.402	138.461
Zinsergebnis	-98.064	-17.133	-1.469
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-747.019**	**-481.379**	**-139.930**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	115	0	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**-747.134**	**-481.379**	**-139.930**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	1	0	0
Anlagenintensität in %	45,19%	0,00%	0,00%
Eigenkapitalquote in %	0,00%	0,00%	0,00%
Verschuldungsgrad (Faktor)	Kein Eigenkapital	Kein Eigenkapital	Kein Eigenkapital

Lagebericht (Auszug)

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 18.02.2014 von den nordhessischen Landkreisen, Waldeck-Frankenberg, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Kassel und Hersfeld-Rotenburg gegründet.

Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den gesamten Kreisgebieten der Gesellschafter mit hochleistungsfähigen NGA-Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen passiven Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung an einen Netzbetreiber.

In der Region Nordhessen mit den fünf Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Kassel wird mittel- bis langfristig eine Breitbandversorgung sowohl der Privathaushalte als auch insbesondere der Gewerbebetriebe auf Basis eines Hochgeschwindigkeitsnetzes genauso essentiell sein wie heute bereits andere unabdingbare Infrastrukturen (vgl. Wasser-, Strom- und Straßennetze).

Ein leistungsfähiges Hochgeschwindigkeitsnetz für die Telekommunikation wird daher eine wesentliche Voraussetzung für das weitere Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der hier ansässigen Unternehmen sein, ebenso wie ein wichtiger Standortfaktor für Familien.

II. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft wurde im Jahr 2014 gegründet. Das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2016 war zu Beginn geprägt durch verschiedenste Vorbereitungsmaßnahmen aus dem Geschäftsjahr 2015 (weiterführende Verhandlungen mit dem Generalunternehmer (GU); Abschluss der Verhandlungen mit der WIBank), aber auch durch konkrete Meilensteine in der Projektumsetzung (Abschluss der europaweiten Ausschreibung für den GU; Darlehensvertrag mit der WIBank).

Die Vertragsverhandlungen mit der WIBank über die Finanzierung der Ausbaumaßnahme dauerten zunächst noch an. Nachdem am 22.06.2015 die ersten Vertragsentwürfe der WIBank erörtert wurden, fand nunmehr am 25.04.2016 die weitere Verhandlungsrunde in den Räumlichkeiten der WIBank in Wiesbaden statt. Am 11.08.2016 wurde der eingereichte Business Case der BNG von der WIBank formell freigegeben und die Vertragsunterlagen strukturell finalisiert. Darüber hinaus wurde die WIBank am 02.09.2016 in Kenntnis gesetzt, dass die Telekom Deutschland im Rahmen des für das Bundesförderprogramm notwendigen Markterkundungsverfahrens weitere Ausbauabsichten im von der BNG geplanten Ausbaugebiet angekündigt hat. In diesem Zuge hat die BNG das Festhalten an ihrer Ausbaustrategie und dem ursprünglichen Ausbaugebiet bekräftigt. Maßgeblich für ihre Erwägungen war dabei, dass die Telekom in den bisherigen Markterkundungen mitgeteilt hat, in den fraglichen Teilgebieten bis Mitte 2017 keinen Eigenausbau durchführen zu wollen. Aus diesem Grunde hatte die Bundesnetzagentur (BNetzA) die betreffenden Kabelverzweiger (KVZ) auch in der Vectoringliste für eine Vectoringerschließung gesperrt. Bis Mitte 2017 wird es so möglich sein, einige der nun nachgemeldeten Teilgebiete durch die BNG zu erschließen.

Die für das geplante Zinsfixing am 22.09.2016 notwendigen Unterlagen (insbesondere Darlehensverträge, Darlehensstruktur und technische Anlage) wurden auf Basis der vertraglichen Einigung mit dem GU final mit der WIBank abgestimmt. Dabei wurde am Ende nun die technische Anlage als Präambel in den Vertrag integriert und somit beide bislang getrennt laufenden Dokumente zusammengeführt.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurde nach Abschluss der Bauausschreibung und nach Inkrafttreten des Darlehensvertrages mit der WIBank der Investitionsstart Ende des Jahres 2016 umgesetzt. Die operative Tätigkeit in Form der Netzvermietung wird die Gesellschaft dann voraussichtlich im April 2017 aufnehmen können.

Zur Beschaffung und Errichtung der notwendigen Multifunktionsgehäuse (MFG) für die aktive Netztechnik wurde eine separate Ausschreibung durchgeführt, mit der ein rechtlich einwandfreier Rahmen für eine Vergabe geschaffen wurde. Am 21. und 26.04.2016 wurden sodann die zehn Bieter, die ein initiales Angebot gelegt hatten, zu Angebotspräsentationen eingeladen. Allen Bietern wurde eine Frist zur Überarbeitung ihrer Angebote von zwei Wochen eingeräumt. Nach Eingang aller überarbeiteten Angebote wurde eine Wertung anhand der im Vorfeld festgelegten Wertungsmatrix vorgenommen.

Mit der Weigand Bau GmbH wurde hieran anschließend als „preferred Bidder“ erfolgreich weiter verhandelt. Ein ausverhandelter Vertrag nebst Vertragsanlagen mit technischem und prozessualem Teil konnte so am 22.09.2016 von beiden Seiten unterzeichnet werden. Wesentliche Eckpunkte des MFG Vertrages bilden dabei:

- Preisstabilität:
  Der Auftragnehmer hat sich verpflichtet, seine angebotenen Preise für die MFGs und DAKOs (Datenkonzentrationsgehäuses) bis zum 30.06.2021 unverändert aufrecht zu erhalten. Für optionale Teile, wie z. B. Kühlaggregate, besteht eine Preisstabilität bis

zum 31.12.2020 bzw. auch noch später, wenn das letzte MFG erst nach diesem Stichtag aufgestellt wird.

- Mindestabnahmemengen:
  Die BNG nimmt bereits bei Beauftragung eine Mindestmenge von 800 MFGs verbindlich ab, um so gerade zu Beginn des Projekts einen reibungslosen Ablauf zu ermöglichen. Nach dem derzeitigen aktualisierten Stand werden ca. 1.300 Multifunktionsgehäuse benötigt.
- Vertragsstrafe:
  Die Leistung des Auftragnehmers ist pönalisiert. Er ist verpflichtet, alle MFGs und DAKOs so rechtzeitig aufzustellen, damit der GU seinen verbindlichen halbjährlichen Bauzeitenplan einhalten und die BNG ihre Verpflichtungen gegenüber dem Betreiber rechtzeitig erbringen kann.
- Abnahme:
  Die Abnahme der MFGs/DAKOs soll soweit möglich und zumutbar zusammen mit der Abnahme der Leistungen des GU erfolgen. Zudem sollen die Abnahmen der MFGs zwischen den Vertragsparteien so koordiniert werden, dass möglichst nicht einzelne MFGs in einer Gemeinde abgenommen werden müssen, sondern immer mehrere Abnahmen in einer Gemeinde zusammenhängend erfolgen. Hierdurch können die Kosten der Abnahme optimiert werden.
- Sicherheit:
  Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine kombinierte Vertragserfüllungs- und Gewährleistungsbürgschaft vorzulegen. Diese entspricht etwa 4 % des derzeit zu erwartenden Auftragsvolumens. Da die Anzahl der MFGs und DAKOs variabel ist und im Gegensatz zum GU-Vertrag das gesamte Auftragsvolumen damit zu Beginn nicht feststeht, war eine Pauschale sinnvoll. Diese wird auch in der Höhe für ausreichend erachtet, da im Falle von Änderungen eher mit einer Reduzierung der Anzahl der MFGs zu rechnen ist. Die Bürgschaft wird halbjährlich angepasst, indem die Vertragserfüllungsbürgschaft entsprechend des jeweiligen Abrechnungswertes in diesem Zeitraum reduziert und die Gewährleistungsbürgschaft entsprechend erhöht wird.

Beim Bau des neuen Breitbandnetzes werden Leerrohre verlegt, in die später Glasfaserkabel eingeblasen werden, die so den schnellen Datentransport überhaupt erst ermöglichen. Sogenannte Multifunktionsgehäuse in den einzelnen Orts- und Stadtteilen dienen dabei als Koppelstationen, in denen die aktive Technik des Netzbetreibers installiert wird. Von dort aus werden die Datensignale des neuen Glasfasernetzes dann mit hoher Bandbreite über die bereits vorhandenen Kupferkabel zu den Haushalten transportiert.

Während der Ausbauarbeiten werden die Glasfaserleitungen in einer Ringstruktur gebaut, um zu gewährleisten, dass es später keinen Dienstausfall bei einem möglichen Leitungsschaden gibt. Geplant sind wöchentliche Bauabschnitte von bis zu 15 Kilometer Trassenlänge, die mit dem umweltschonenden Horizontalbohrverfahren sowie mit Kabelpflug- und Grabenfrästechnik oder in offener Bauweise durchgeführt werden. Einzelne Orts- bzw. Stadtteile werden so in einer Bauzeit von nur wenigen Wochen ausgebaut sein können.

Den Startschuss für den Breitbandnetzausbau übernahm der Landkreis Hersfeld-Rotenburg am Montag den 12. September 2016 in Neuenstein/Salzberg. Der Schwalm-Eder-Kreis hatte seinen ersten Spatenstich am selben Tag in Knüllwald/Remsfeld. Einen Tag später, am 13. September 2016, folgte der Werra-Meißner-Kreis in Großalmerode/Rommerode. Spatenstich in Waldeck-Frankenberg war am 14. September 2016 in Waldeck/Netze, gefolgt vom Landkreis Kassel am 15. September 2016 in der Stadt Naumburg. Am Ende der Bauzeit 2016 (vor der Winterpause) war Weigand Bau mit insgesamt acht Baukolonnen aktiv. In Summe wurde so in 2016 in acht parallel laufenden Bauabschnitten eine Gesamtbauleistung von rund 60 km realisiert. Dabei wurden insgesamt 60 Multifunktionsgehäuse installiert.

Die Bauaktivitäten konnten nach Besserung der Witterungsverhältnisse am 06.02.2017 zum Teil wieder aufgenommen werden.

Die Auftaktveranstaltung Breitbandausbau „NGA-Cluster Nordhessen“ fand am 12.10.2016 vor mehr als 150 kommunalen Vertretern im EKKOs Kultur- und Tagungshotel in Bad Sooden-Allendorf statt. Wesentliche Inhalte waren die Präsentation der Weigand Bau GmbH für die Bauplanung 2016 und die weiterentwickelte Ausführungsplanung für die Folgejahre. Darüber hinaus stellte die Netcom Kassel Gesellschaft für Kommunikation mbH detailliert ihre Produkte und die diesbezüglichen Standardtarife vor.

2. Lage

a) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2016 schließt wie das Vorjahr mit einem geplanten Jahresfehlbetrag infolge von Vorbereitungs- und Anlaufmaßnahmen für den eigentlichen Geschäftszweck. Die Erhöhung des Jahresfehlbetrags um rd. TEUR 265,7 im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 747,1 ist im Wesentlichen durch den geplanten weiteren Aufbau der Organisationsstruktur, die höheren Zinszahlungen für die erfolgten Darlehensaufnahmen und die planmäßig gestiegenen Beratungskosten begründet.

Ein Vergleich der Ertragslage mit dem Wirtschaftsplan des Jahres 2016 zeigt allerdings, dass der im Wirtschaftsplan geplante Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR -1.068,3 unterschritten wurde. Die Gründe hierfür liegen im Wesentlichen in der Verschiebung von Projektereignissen und damit verbunden geringeren Zinsaufwendungen und eigenen Personal- und Administrationskosten.

Im Geschäftsjahr 2016 fielen im Wesentlichen Kosten im Bereich der Projektberatung an, daneben auch Personalkosten, Werbeaufwand für Projektpräsentationen und Internetauftritt sowie Darlehenszinsen.

b) Finanzlage

Die Breitband Nordhessen GmbH hat mit allen Landkreisen Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt geschlossen, um das erforderliche wirtschaftliche Eigenkapital für das bewilligte Breitbanddarlehen einzubringen und um in der Anlaufphase die erforderlichen Betriebsmittel und notwendige externen Ressourcen zu finanzieren.

Um die Zinszahlungen an die Gesellschafter zu verringern, wurde wie im Vorjahr die Einbringung der Gesellschafterdarlehen in zwei Tranchen, abgestimmt auf die Auszahlungstermine des WIBank Darlehens vereinbart.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden entsprechend der Darlehensverträge die beiden vereinbarten Jahrestranchen durch die Gesellschafter eingebracht. Insgesamt wurde der Gesellschaft im Geschäftsjahr ein Darlehensvolumen in Höhe von EUR 3,1 Mio. zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gesichert.

c) Vermögenslage

Im Jahr 2016 wurde die Gesellschaft durch ihre Gesellschafter und durch die Aufnahme eines Darlehens bei der WIBank mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Die Investitionstätigkeit (Netzausbau) startete im September des abgelaufenen Geschäftsjahres. Das Vermögen zum 31.12.2016 besteht im Wesentlichen aus geleisteten Anzahlungen und Teilzahlungen auf technische Anlagen (EUR 17,0 Mio.) und liquiden Mitteln in Form von Bankguthaben (EUR 19,0 Mio.).

Das Eigenkapital betrug bedingt durch den Jahresfehlbetrag sowie den Verlustvortrage der Vorjahre zum 31.12.2016 TEUR -1.343,4. Da seitens der Gesellschafter für die von ihnen ausgereichten Darlehen (Stand zum 31.12.2016: EUR 7,3 Mio.) der Rangrücktritt erklärt wurde, ist nicht von einer Überschuldung der Gesellschaft auszugehen.

d) Finanzielle Leistungsindikatoren

Da die Gesellschaft im abgelaufenen Wirtschaftsjahr bisher noch nicht operativ (Netzvermietung) tätig war, liegen für das Geschäftsjahr keine aussagefähigen finanziellen Leistungsindikatoren vor.

III. Prognosebericht

Nach der für die Kommunen kostenfreien Erschließung der durch die Breitband Nordhessen GmbH ausgebauten Ortsteile werden im Ausbaugebiet für jeden Haushalt bzw. jeden Gewerbetreibenden Bandbreiten im Download von bis zu 50 Mbit/s verfügbar sein. Die genaue individuelle Bandbreite eines jeden Nutzers wird dabei (rein technologiebedingt) mit dem Abstand des Hausanschlusses vom letzten Verteilelement, dem sogenannten Kabelverzweiger, variieren. Unabhängig davon wird die Erschließung der Breitband Nordhessen GmbH aber derart erfolgen, dass flächendeckend für jeden Haushalt und Gewerbetreibenden eine Mindestbandbreite von 30 Mbit/s im Download möglich ist.

Sobald der Einsatz der sogenannten „Vectoring-Technologie“ auch in geförderten Projekten möglich sein wird, wird sich – ohne die Notwendigkeit einer zusätzlichen Aufrüstung – die Bandbreite bei den Endteilnehmern sogar noch auf bis zu 100 Mbit/s erhöhen (vergl. Angebot der Telekom mit Vectoring).

Die Übergabepunkte zum Internetdienst für das neu entstehende Glasfasernetz liegen in Kassel. Insofern müssen die Teilgebiete des NGA Clusters Nordhessen über ein sogenanntes Kernnetz an diese Anbindungspunkte im Landkreis Kassel angeschlossen werden. Alle einzelnen Teilgebiete im NGA Cluster Nordhessen werden dann sukzessive an dieses Kernnetz angeschlossen. Mit Anschluss an das Kernnetz können so die Breitbanddienste von den Endnutzern in den jeweiligen Gebieten genutzt werden. Das bedeutet zwangsläufig aber auch, dass die Anbindung von Teilgebieten (Ausbaureihenfolge) nicht beliebig ist, sondern aus technologischen Notwendigkeiten dem Aufbau des Kernnetzes folgen muss.

In Bezug auf die Mitverlegung von Infrastrukturen bei kommunalen Bauvorhaben gibt es einen vertraglich festgelegten Prozess, wie mit der Prüfung und Umsetzung von Mitverlegungsmöglichkeiten umgegangen wird. Die Prüfung erfolgt dabei durch den GU, der nun auch die Feinnetzplanung übernimmt. Der GU wird sich darum bemühen, zukünftige (kommunale) Baumaßnahmen weitestgehend zu berücksichtigen, allerdings ist hierfür maßgeblich, dass die Baumaßnahmen der Kommunen und die Planungen des GU aufgrund von netztechnischen und wirtschaftlichen Anforderungen übereinzubringen sind. Dies bedeutet, dass nicht zwangsläufig jede kommunale Baumaßnahme zur Mitverlegung von telekommunikationstechnischer Infrastruktur geeignet ist. Bei Anfragen zu Mitverlegungsmaßnahmen werden diese Anfragen von BNG gebündelt und regelmäßig an den GU zu Prüfung weitergegeben.

Ein wesentlicher Punkt für die erfolgreiche Umsetzung des gemeinsamen NGA Projektes ist eine Einbindung gerade auch der kommunalen Seite in die Vermarktungsaktivitäten. Es geht dabei darum, „den guten Draht“ von Ihnen, den kommunal Verantwortlichen, in die einzelnen Stadt- und Ortsteile zu nutzen, um die jeweiligen Netzbetreiber bei deren Vermarktungsaktivitäten zu unterstützen. In diesem Zusammenhang soll es für die kommunale Seite nicht darum gehen, die Rolle eines aktiven Endkundenvertriebs zu übernehmen (diese Rolle kommt klar dem Netzbetreiber und Dienstanbieter zu). Es geht hierbei vielmehr darum, innerhalb der einzelnen Städte und Kommunen aktiv dabei zu unterstützen, dass die Bürger und lokalen Gewerbe ein Verständnis und Bewusstsein für die Akzeptanz und Nutzung des von der Breitband Nordhessen GmbH errichteten Netzes entwickeln.

In Summe wurde im letzten Jahr seit Baustart im 4. Quartal 2016 bis zur Winterpause, wie zuvor erläutert, in acht parallel laufenden Bauabschnitten noch eine Gesamtbauleistung von rund 60 km realisiert. Dabei wurden bereits insgesamt 60 Multifunktionsgehäuse installiert.

Seit 06.02.2017 läuft der Ausbau nach der Winterpause mit nun elf Bauabschnitten weiter, und Kundenanschaltungen werden in den ersten erschlossenen Ortsteilen ab dem zweiten Quartal

2017 möglich sein. Der Netzbetreiber, die Netcom Kassel, hat die Vermarktung gestartet und wird sukzessive in jeder Stadt bzw. Kommune eine zentrale Informationsveranstaltung für Bürger und Gewerbebetriebe abhalten, sobald der Anschluss von Kunden und Gewerben an das neue Netz bevorsteht.

Der Ausbau für alle Ortsteile, die sich im Ausbaugebiet der BNG befinden, ist nun also entweder absehbar oder steht evtl. sogar kurz bevor. Ein effizienter und zügiger Ausbau kann aber nur gewährleistet werden, wenn die Ausbauplanungen, die zwischen BNG, Generalunternehmer und Netzbetreiber nach netztechnischen Gegebenheiten festgelegt wurden, stringent verfolgt werden können. Insofern besteht seitens der BNG und ihrer Projektpartner die dringliche Bitte an alle politisch Verantwortlichen in der Region, diese Ausbauplanungen mitzutragen. Die Projektverantwortlichen verstehen, dass alle Bürger und Gewerbe möglichst sofort am Netz sein wollen. Ein „Vorpreschen“ Einzelner wird am Ende aber den Ausbau leider nicht beschleunigen, sondern in Summe verzögern.

Das bisherige Bau-Reporting des GU basierte im Wesentlichen auf einer Betrachtung auf Bauabschnittsebene, was sich allerdings gerade im Hinblick auf das notwendige Monitoring, die Prüfmöglichkeiten/Abnahmen wie auch die Berichtspflichten als nachteilig und nicht praktikabel herausstellte. Hintergrund ist hierbei, dass die vorgenannten Aktivitäten vertragsgemäß alle auf die Ortsteilebene abstellen. Entsprechend wurde die Darstellung der Gesamtterminplanung überarbeitet:

- Das Reporting erfolgt nun bezogen auf Stadt- bzw. Ortsteile.
- Es wurden die Meilensteine gemäß vertraglicher Vereinbarung mit GU und Netzbetreiber übernommen und als Grundlage für die weitere Terminplanung genommen.
- Für jeden Stadt- bzw. Ortsteil ist nun die Terminierung bezogen auf die vertraglich vereinbarten Meilensteine möglich.

Der neu strukturierte Gesamtterminplan ist nun zentrale Planungsbasis für alle Projektbeteiligten (BNG, GU und NCK) und dient somit als wesentliche Projektsteuerungsinstanz. So wird die NCK hieraus beispielsweise ihre eigenen Ausbauplanungen ableiten und ausgehend von den Terminplanungen ab gemeldeter MFG-Bereitstellung in einer Dreimonatsfrist Informationsveranstaltungen festlegen. Terminänderungen werden so zentral für alle beteiligten Projektpartner ersichtlich erfasst. Zudem dient der neu strukturierte Gesamtterminplan als Basis zur Ermittlung etwaiger Pönaleforderungen.

Der Gesamtterminplan wird wie vertraglich vereinbart ab 2017 derart gepflegt, dass jeweils zum 01.04. und 01.09. eines Jahres die Ortsteile neu gemeldet werden, die in der jeweiligen zweiten Jahreshälfte (Ankündigung ab dem 01.04.) bzw. ersten Jahreshälfte (Ankündigung ab dem 01.09.) eines Ausbaujahres verbindlich ausgebaut werden sollen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Unser Ziel der Risikopolitik als Teil der Unternehmensstrategie ist es in erster Linie, den Bestand der Breitband Nordhessen GmbH zu sichern und die Gesellschaft stetig und systematisch auszubauen und fortzuentwickeln.

Im Bereich der Abwicklung von Fördermitteln (ELER-Mittel) könnte es zu Verzögerungen bei EU-Prüfungen kommen. Eine geringere Liquidität wäre dabei die Folge.

Im Prozess des Bauverlaufs könnten Beschwerden oder Klagen von Dritten, die evtl. zu Schaden gekommen sind, zu einem Terminverzug im Ausbau und den nachfolgenden Aktivitäten (spätere Inbetriebnahmen durch NCK und damit Verminderung der Mieteinnahmen) führen.

Zudem könnten Konditionenänderungen beim Tiefbau, die von den Plankosten abweichen zusätzliche Eigen- bzw. Fremdmittel erforderlich machen. Auch ggfs. mögliche Änderungen im

Ausbaugebiet, durch einen möglichen Ausstieg einzelner Kommunen bzw. durch Ausbauaktivitäten von möglichen Mitbewerbern, würden zusätzliche finanzielle Mittel erfordern und den Amortisationszeitraum verschlechtern.

Ein nicht sach- und vertragsgerechtes Verhalten des GU kann im schlimmsten Fall zu Baustopps bzw. juristischen Klärungen führen, die in entsprechende Bauzeitenverlängerungen enden können.

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft hängt maßgeblich von der Performance des Netzbetreibers Netcom Kassel (Kundenanschlüsse und potenzielle Pachteinnahmen über weitere Dienstangebote oder Vermietung) im Ausbaugebiet und dem Marktverhalten anderer Anbieter ab.

Die vorstehend dargestellten Risiken sind geeignet, die Umsetzung des Geschäftsmodells der Gesellschaft zu erschweren. Dem kann durch eine konsequente Vorgangsanalyse und aktives Gegensteuern begegnet werden. Die Gesellschaft hat die entsprechenden Kontrollen eingerichtet und ist jederzeit in der Lage, eventuellen diesbezüglichen Herausforderungen zu begegnen und resultierenden Handlungsbedarf kurzfristig umzusetzen.

- Die Liquidität der Gesellschaft ist auch für das Geschäftsjahr 2017 gesichert.
- Finanzierungsrisiken sind derzeit nicht vorhanden und auch nicht erkennbar.

Die Breitband Nordhessen GmbH unterliegt aufgrund ihrer derzeitigen finanziellen Ausstattung keinen existenz-gefährdenden Einflüssen. Die Gesellschaft ist auf den Eintritt möglicher Risiken vorbereitet und in der Lage, kurzfristig hierauf zu reagieren.

2. Chancenbericht

Chancen sehen wir vor allem in der Möglichkeit der zusätzlichen Nutzung von Förderprogrammen mit höheren Aufgreifschwellen. Darüber hinaus sind Zusatzeinnahmen über die Vermietung der Netzinfrastruktur und weitere Entwicklungen auf Basis des vorhandenen Kernnetzes z. B. WLAN eine Möglichkeit zusätzlichen Einnahmen zu generieren, die zu einer weiteren Verbesserung der Liquiditätslage sowie einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in Form der Reduzierung von Zinsaufwendungen beitragen könnten.

Ein weiteres Chancenpotenzial wird im Bereich der gemeinsamen Bedarfsstimulierung mit dem Netzbetreiber in Sachen Vermarktungskonzept und Open Access gesehen. Hierdurch erwarten wir eine langfristige Verbesserung der Umsatzsituation.

3. Gesamtaussage

Vor dem Hintergrund der finanziellen Stabilität der Gesellschaft sehen wir uns für die Bewältigung der o. g. Herausforderungen (Risiken) als sehr gut gerüstet an. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht vorhanden und von uns auch nicht erkennbar.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den in der Gesellschaft eingesetzten Finanzinstrumenten zählen im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen Forderungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter sowie zukünftig dann auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten jeglicher Art stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Ziel des eingerichteten Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen etwaige finanzielle Risiken jeglicher Art. Unser diesbezügliches Management verfolgt eine konservative Risikopolitik. Es deuten keine Anhaltspunkte darauf hin, dass die

Effektivität und die Wirksamkeit des Finanz- und Risikomanagements nicht zu jeder Zeit gewährleistet ist.

1.10 Nahverkehr Werra-Meißner Kommunale Organisationsgesellschaft mbH

Nahverkehr Werra-Meißner Kommunale Organisations-
gesellschaft mbH
Bahnhofstraße 15
37269 Eschwege
Telefon: 05651/7457-0, Telefax: 05651/7457-19
E-Mail: info@nwm-esw.de
Internet: www.nwm-esw.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist es, für die Gesellschafter deren Interessen am und deren Aufgaben im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) innerhalb des Werra-Meißner-Kreises wahrzunehmen, soweit nicht öffentlich-rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen. Die Gesellschaft soll im Rahmen ihrer Aufgaben dazu beitragen, dass der öffentliche Personennahverkehr im gemeinsamen Interesse der Gesellschafter und im Interesse der Bevölkerung verbessert wird. Sie soll darauf hinwirken, dass eine bedarfsgerechte Erschließung und Bedienung des Werra-Meißner-Kreises gewährleistet wird, und zwar nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Werra-Meißner-Kreis (50 %)
	kreisangehörige Städte und Gemeinden (50%)
Aufsichtsrat:	Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender)
	Erster Stadtrat Rainer Brill (bis 30.06.2016; Stellvertretender Vorsitzender)
	Bürgermeister Wilhelm Gebhard (seit 01.07.2016 Stellvertretender Vorsitzender)
	Bürgermeister Alexander Heppe (seit 01.07.2016)
	Kreistagsvorsitzender Dieter Franz MdL (bis 30.06.2016)
	Bürgermeisterin Ilona Rhode-Erfurth
	Kreistagsabgeordneter Dirk Landau MdL
	Bürgermeister Jürgen Herwig (bis 30.06.2016)
	Kreistagsabgeordneter Michael Zimmermann (seit 01.07.2016)
	Bürgermeister Thomas Mäurer (seit 01.07.2016)
Geschäftsführer:	Diplom-Verwaltungswirt Horst Pipper

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1994
Stammkapital:	28.080 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 29.05.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG:	ja
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Vergütungen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung

Für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats der Gesellschaft erhielten die Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 1.289,30 €.

Unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angaben der Geschäftsführervergütung zu verzichten.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Gemäß § 10 des Gesellschaftervertrages der „Nahverkehr Werra-Meißner Kommunale Organisationsgesellschaft mbH“ werden die Betriebsmittel von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen, soweit die sachlichen und personellen Kosten nach Ausnutzung aller betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten und staatlichen Zuwendungen nicht durch Einnahmen der Gesellschaft und die Zuführungen Dritter gedeckt sind.

Der Werra-Meißner-Kreis hat der Gesellschaft für 2016 Betriebsmittel in der Höhe von 461.520 € (Vorjahr 2015: 590.000 €) zur Verfügung gestellt.

Im Berichtsjahr wurden der Gesellschaft vom Werra-Meißner-Kreis 138.945,57 € für Personal- und Sachkosten erstattet. 32.614,42 € wurden dem Werra-Meißner-Kreis im Gegenzug für Personalkostenanteile (incl. Umlagen für die Beamtenversorgungskasse) erstattet.

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	12.711	13.495	13.633
Umlaufvermögen	1.651.182	1.508.438	1.047.259
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**1.663.893**	**1.521.933**	**1.060.892**
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	28.080	28.080	28.080
Verlustvortrag	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0
	28.080	28.080	28.080
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
Rückstellungen	277.768	291.967	237.104
Verbindlichkeiten	1.358.045	1.201.886	795.708
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**1.663.893**	**1.521.933**	**1.060.892**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Sonstige betriebliche Erträge	5.490.956	5.274.818	5.019.761
Personalaufwand	278.918	275.018	278.199
Abschreibungen	6.108	6.210	4.792
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.205.779	4.993.528	4.737.354
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0
Zinsergebnis	0	89	736
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**152**	**152**	**152**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	152	152	152
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**0**	**0**	**0**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	6	6	5
Anlagenintensität in %	0,76%	0,89%	1,29%
Eigenkapitalquote in %	1,69%	1,85%	2,65%
Verschuldungsgrad (Faktor)	58,26	53,20	36,78

Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gegenstand der Nahverkehrsgesellschaft (NWM) ist es, für die kommunalen Gesellschafter deren Interessen am und deren Aufgaben im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) innerhalb des Werra-Meißner-Kreises wahrzunehmen, soweit nicht öffentlich rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen.

Die Gesellschaft soll im Rahmen ihrer Aufgaben dazu beitragen, dass der öffentliche Personennahverkehr im gemeinsamen Interesse der Gesellschafter und im Interesse der Bevölkerung verbessert wird. Sie soll darauf hinwirken, dass eine bedarfsgerechte Erschließung und Bedienung des Werra-Meißner-Kreises gewährleistet wird und zwar nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Die besonderen Interessen von Frauen, Behinderten, älteren Menschen und Berufspendlern sind zu wahren.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere tätig in

- der Planung, Koordination und Leistungsbestellung des lokalen öffentlichen Personennahverkehrs, wie insbesondere örtliche und zwischenörtliche Buslinien und Anrufsammelverkehre, im Werra-Meißner-Kreis,
- der Erarbeitung und Abstimmung des ÖPNV-Leistungsumfanges mit dem Kreis sowie den Städten und Gemeinden ,
- der Vereinnahmung von Zuschüssen,
- dem Ausgleich von Defiziten bei Verkehrsunternehmen aufgrund einzelvertraglicher Regelungen,
- Vorgaben an die Verkehrsunternehmen für die Produktion der Beförderungsleistungen,
- der Durchführung von Fahrgastinformation, Marketingaktivitäten, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit,
- der gemeinsamen Interessenwahrung der Gesellschafter im regionalen ÖPNV-Buslinienverkehr und Schienenverkehr,
- der Mitwirkung bei der Planung lokaler ÖPNV-Infrastrukturvorhaben,
- der Mitwirkung bei den Planungen und Maßnahmen des Nordhessischen VerkehrsVerbundes (NVV), insbesondere bei der Gestaltung des Verbundtarifes und der Verwirklichung eines integralen Taktfahrplanes

soweit diese Aufgaben nicht von Dritten mit Zustimmung oder im Auftrag der Gesellschaft wahrgenommen werden.

Die Gesellschaft schließt mit den Verkehrsunternehmen oder deren Zusammenschlüssen und den kommunalen Gebietskörperschaften Verkehrsverträge, Qualitätssicherungsverträge sowie Kooperations-, Leistungs- und Finanzierungsverträge ab.

Die Gesellschaft kann weitere Vereinbarungen oder Verträge mit Verbundgesellschaften, Verkehrsunternehmen, Verkehrs- oder Tarifgemeinschaften oder ähnlichen Institutionen abschließen, in denen eine Aufgabenverteilung zwischen den Gesellschaften und den Verkehrsunternehmen vorgenommen wird.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar dem Gemeinwohl dienende Ziele im Sinne des „Gesetzes zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen“, das den ÖPNV als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge definiert. Die Gesellschaft dient nicht Erwerbszwecken. Etwaige Gewinne dürfen für die vorbezeichneten Zwecke sowie für entstehende Personal- und Sachkosten verwendet werden.

In diesen umfangreichen Themenfeldern war die Nahverkehrsgesellschaft auch im Jahr 2016 intensiv tätig. Details dazu ergeben sich aus dem vorgelegten Geschäftsbericht 2016.

Als wichtige Themen / Bereiche des Jahres 2016 die mit entsprechenden Aktivitäten und Arbeiten untermauert wurden, sind insbesondere hier zu nennen:

- Umfassender Fahrplanwechsel und Tarifanpassung im NVV zum 15. Dez. 2015 mit zahlreichen Veränderungen insbesondere auch im Werra-Meißner-Kreis
- Fahrgast-, Beschwerde- und Öffentlichkeitsmanagement im Zusammenhang mit dem Fahrplanwechsel 2015/2016 vom 15.12.2015
- Fahrplanwechsel per 11.12.2016 und Tarifanpassung zum 01.01.2017
- Vorbereitungen zur Einführung eines hessenweit gültigen Schülertickets
- Vorbereitung einer umfänglichen europaweiten Ausschreibung/Vergabe von freigestellten Schülerverkehren zur Paul-Moor-Schule Wehretal-Reichensachsen
- Abschluss eines erneuten eigenwirtschaftlichen Verkehrsvertrages für das Verkehrsbündel 205 – Eschwege/Wanfried
- Modellprojekt „Mobilfalt“ für den Werra-Meißner-Kreis incl. ergänzender Forschungsprojektanträge sowie weitere alternative ÖPNV-Bedienungsformen, (z. B. Bürgerbusse) sowie Fortsetzung des Modellprojektes Mobilfalt auch über den weiteren landesgeförderten Zeitraum bis Ende 2016 hinaus
- Vorbereitungen zur Neu-Ausschreibung/ Vergabe der StadtBus-Verkehre Bad Sooden-Allendorf und Witzenhausen und damit zusammenhängende Rechtsfragen
- Beitritt der NWM zur ‚Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) für die Gesellschafterkommunen
- Entwicklung des ÖPNV und insbesondere Finanzierungsfragen des hessischen ÖPNV bzw. im NVV-Gebiet vor dem Hintergrund des Regionalisierungsmittelgesetzes mit den Aus-wirkungen auf die lokale Ebene und Abschluss der Finanzierungsvereinbarung zwischen NVV und Land Hessen 2017-2021
- Beschleunigungsmaßnahmen und Finanzierungsfragen der Lossetal-Tram
- Planung, Sanierung, barrierefreier Ausbau und Finanzierung des Bahnhof Eichenberg, Planungen zur Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes Herleshausen und Kauf des Bahnhofs bzw. umliegender Grundstücke in Sontra
- Sanierungsoffensive im Landesstraßenbau und Auswirkungen auf den ÖPNV im Werra-Meißner-Kreis

- Prämierung und Preisverleihung mit dem VCÖ-Mobilitätspreis (Österreich) für den Stadtbahnhof Eschwege und dem Deutschen Mobilitätspreis für das Modellprojekt Mobilfalt
- Einrichtung einer NVV-weiten Dispositionszentrale für AST-Verkehre und eines hessischen Fachzentrums für ‚Alternative Bedienungsformen' durch den NVV
- Abstimmungen mit dem NVV in organisatorischer, verkehrlicher, betrieblicher und finanzieller Hinsicht im Bereich der ÖPNV- und SPNV-Verkehre
- Wirtschaftsplan der NWM für das Jahr 2017
- Erörterung des Geschäftsberichtes und des Jahresabschlusses der NWM für das Jahr 2015 mit anschließender formaler Feststellung und Entlastung der Geschäftsführung
- Beschluss über die Empfehlung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2015 in der Gesellschafterversammlung
- Wirtschaftsprüfung, Bestellung des Abschlussprüfers für das Jahr 2016 nach Ausschreibung für einen 5-Jahreszeitraum 2016-2020.
- Kennzahlen und Ergebnisübersicht 2015 der Linienbündel im Werra-Meißner-Kreis sowie Abrechnungen nach Einnahmeaufteilung bis zum Jahr 2011
- Finanzierung der ungedeckten Betriebskosten in den Linienverkehrsbündeln nach Ausschreibung und Vergabe
- Personalangelegenheiten
- Beteiligung an der Fortschreibung und Weiterentwicklung der Schienenverkehrsfahrpläne
- Arbeiten / Abwicklung im Zusammenhang mit dem „Fifty-Fifty Taxi-Konzept Werra-Meißner"
- Allgemeine Entwicklung der SPNV-Haltepunkte im Werra-Meißner-Kreis
- Begleitung/Durchführung von ÖPNV / SPNV-Marketingmaßnahmen des NVV
- Bearbeitung der Aufgabe „Schülerbeförderung" für den Werra-Meißner-Kreis.

2. Darstellung der Lage

Die Vermögens- und Finanzsituation der NWM ist weiter deutlich durch die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen lokalen, regionalen und gemischten Verkehrsleistungen und deren ungedeckte Betriebskosten in den Verkehrsbündeln in alleiniger Verantwortung der NWM bzw. bei denen in Zusammenarbeit mit dem NVV geprägt. Hinzu kommen die im Rahmen der Geschäftsbesorgung durchlaufenden Finanzmittel des Werra-Meißner-Kreis im Rahmen der Schülerbeförderung, die einen ebenfalls erheblichen Anteil des Budgets ausmachen.

Die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft durch die kommunalen Gesellschafter ist erfolgt, so dass die entstandenen Aufwendungen/Kosten der NWM im laufenden Jahr gedeckt werden konnten. Einen zunehmenden und weit überwiegenden Umfang nimmt dabei die Finanzierung der Verkehrsleistungen ein.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 142,0 auf TEUR 1.663,9 gestiegen, wobei die Erhöhung im Wesentlichen auf den Anstieg der liquiden Mittel zurückzuführen ist.

Die betrieblichen Erträge konnten im Berichtsjahr um TEUR 172,4 auf TEUR 4.271,7 gesteigert werden. Durch den um TEUR 78,7 gestiegenen Betriebsaufwand ergibt sich ein Betriebsergebnis von TEUR -1.033,6 (i.V. TEUR -1.127,3). Die Veränderung des Betriebsaufwandes erklärt sich insbesondere durch die Mehraufwendungen für lokale Verkehrsleistungen von rd. TEUR 56,8.

Das negative Betriebsergebnis konnte mit dem neutralen Ergebnis von TEUR 1.033,6 und dem Finanzergebnis (TEUR 0,0) ausgeglichen werden, sodass zum 31. Dezember 2016 ein

Jah-resüberschuss von TEUR 0,0 ausgewiesen wird. Im neutralen Ergebnis werden im Wesentlichen die Betriebsmittelzahlungen der Gesellschafter erfasst.

Als bilanzielles Eigenkapital wird das Stammkapital in Höhe von TEUR 28,1 ausgewiesen.

Liquiditätspolster sind im Zuge der Einnahmeverantwortung bei den im Wettbewerb vergebenen Verkehrsleistungen grundsätzlich erforderlich, um die Liquidität im laufenden Geschäft zu halten, da gesetzliche Ausgleichsbeträge und Einnahmezuscheidungen des NVV erst verzögert rückwirkend erstattet und kassenwirksam werden. Besonders gilt das vorstehend Ausgeführte für Fahrgeldeinnahmen und Einnahmezuscheidungen des NVV über die von der NWM finanziell verantworteten Bündel. Hier sind die Vorläufigkeit von Abrechnungen und ausstehende Endabrechnungen zu berücksichtigen. Derzeit liegen zwischenzeitlich die Endabrechnungen des NVV bis zum Jahr 2011 – in der Vorausschau auch für 2012 – vollständig vor. Im Zuge der laufenden, vorhergehenden vorläufigen monatlichen bzw. quartalsmäßigen Abrechnungen geht die NWM jedoch weiter davon aus, dass die jeweilige jährliche Endabrechnung - nach abschließender Einnahmeaufteilung durch den NVV – relativ nahe bei – oder sogar über - den vorläufigen Abrechnungen liegt. Ein ggf. bei der NWM verbleibendes Restrisiko aus diesen Endabrechnungen wurde aufgrund von Erfahrungswerten und vorliegenden Abrechnungsgrundlagen geschätzt und in Höhe von insgesamt TEUR 262,0 im Jahresabschluss als Rückstellung berücksichtigt.

Nach Vorlage des jeweiligen Jahresabschlusses entstehende Überschüsse oder Fehlbeträge werden nach den bestehenden Vereinbarungen ins Folgejahr übertragen. Betriebsmittelzuschüsse, die im laufenden Wirtschaftsjahr nicht zur Deckung des Betriebsaufwandes verbraucht sind, werden erfolgsneutral in das folgende Wirtschaftsjahr übertragen und dienen der Liquidität des/r Folgejahre/s. Ein möglicher Rückforderungsanspruch der Gesellschafter bleibt von diesem Beschluss unberührt.

Durchaus beabsichtigt wurde zu den Jahresenden 2015 und 2016 ein höheres Guthaben (Verbindlichkeit gegenüber Gesellschaftern) angesammelt, um damit für spätere Jahre ggf. zu erwarten gewesene besondere Kostensteigerungen im Bereich Verkehrsleistungen (Neuvergaben) ohne eine übermäßige Steigerung der Betriebsmittelanforderungen von den kommunalen Gesellschaftern im Folgejahr hätten abfangen werden können. Dies ist jedoch erfreulicherweise nicht eingetreten. Darüber hinaus war die Kostenentwicklung auch im Jahr 2016 aufgrund des guten Kraftstoffkostenverlaufs und den damit geringeren Preisindex-Anpassungsquoten aus Bestellersicht positiv.

Somit kann aufgrund des positiven Jahresergebnisses 2016 wieder ein deutlicher Betrag aus den überschüssigen Betriebsmitteln 2016 zur Abdeckung der Betriebsmittel 2016 eingesetzt werden, was die Belastung der kommunalen Gesellschafter reduziert.

Bereits für das Jahr 2016 wurden die im Wirtschaftsplan veranschlagten Betriebsmittelzuschüsse der Gesellschafter nur mit 75% (927.143,04 € statt 1.230.000,00 €) in Anspruch genommen und damit eine deutliche Entlastung der kommunalen Gesellschafter erreicht.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und Risiken der künftigen Entwicklung

In wirtschaftlicher Hinsicht bzw. über die Finanzlage der Nahverkehrsgesellschaft ist auszuführen, dass aus Sicht der Geschäftsführung derzeit keine unmittelbaren direkten finanziellen Risiken für die Gesellschafter aufgrund einer in den vergangenen Jahren stets erfolgten Einhaltung der Wirtschaftspläne im Bereich der Verwaltungs- und Betriebskosten im engeren Sinne bestehen. Es ist allerdings bereits seit den Jahren 2007/2008 eine wesentlich stärkere finanzielle Beteiligung der Gesellschafter an der Finanzierung der bestehenden Verkehrsleistungen durch die vollständige Umsetzung des Wettbewerbs im Bereich des ÖPNV nach Neuvergabe durch ein Umlageverfahren auch der zu tragenden Kosten / ungedeckten Betriebskosten der Verkehre im Zuge von ausgeschriebenen Verkehrsleistungen eingetreten. Nach

den Ergebnissen der durchgeführten Ausschreibungen von NVV bzw. NWM fallen systembedingt die kommunalen Finanzierungsanteile an den erforderlichen Linienverkehren gegenüber früher deutlich höher aus. Wesentlicher Hauptgrund ist u. E. die entfallene Quersubventionierung von einnahmestarken und einnahmeschwachen Linien - insbesondere bei den größeren Verkehrsunternehmen - und die Kosten- sowie Preisentwicklung im Nahverkehr allgemein. Aber auch eine deutliche qualitative Verbesserung im ÖPNV-angebot. Bei den ausgeschriebenen Verkehrsbündeln erfolgt eine reine Kalkulation der Aufwendungen und Einnahmen der Linien innerhalb des Bündels. Weiter ist die höhere Kostenbelastung der Kommunen auch vor dem Hintergrund gestiegener Kosten der Verkehre (z. B. Kraftstoffkosten, Lohnkosten), geringer werdender Ausgleichszahlungen des Bundes und des Landes sowie den Auswirkungen aufgrund der Kürzungen / zu geringen Anpassungen im Bereich der Regionalisierungsmittel des Bundes an die Länder und Verbünde zu sehen. Derzeit ist eine gewisse Stabilität der Fahrgeldeinnahmen zu beobachten. Allerdings könnte es auch in den kommenden Jahren zu einem spürbarer Rückgang der Fahrgeldeinnahmen durch die demografische Entwicklung und insbesondere den Rückgang der Schülerzahlen und damit Einnahmen aus den Schülerfahrentgelten kommen. Seitens der hessischen Verkehrsverbünde wurden in Abstimmung mit dem Land Hessen in jüngster Vergangenheit Gutachten zur Einschätzung der künftigen ÖPNV-Finanzierung in Hessen in Auftrag gegeben und zwischenzeitlich auch abgeschlossen. Dies als Grundlage für die zwischenzeitlich positiv abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung zwischen den Verbünden und dem Land Hessen über den Zeitraum der Jahre 2017 bis 2021 hinsichtlich der Zuwendungen aus Bundesmitteln nach dem Regionalisierungsgesetz sowie aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs und nun erstmals auch aus originären Landesmitteln. Damit besteht für die nächsten Jahre im hessischen ÖPNV eine gesicherte finanzielle Grundlage und zunächst befürchtete erforderliche Abbestellungen von Verkehrsleistungen müssen nicht stattfinden. Im Gegenteil, es sind jetzt ggf. finanzielle Spielräume vorhanden, die eine gewisse Ausweitung und beschränkte Verbesserungen im regionalen Bus- und Bahnbereich zulassen. Inwieweit die lokale Ebene, wie die NWM, daran für ihre finanziell verantworteten Leistungen partizipiert, ist bisher nicht endgültig geklärt. Hier sind noch Gespräche mit dem NVV erforderlich, wie die LNG's als lokale Besteller an der positiven finanziellen Gesamtlage beteiligt werden können (z. B. Steigerung/ Anhebung der Infrastrukturkostenhilfe o. ä.).

Die derzeit abzusehende künftige Kostenentwicklung (u. a. auch durch Leistungs- und Preisanpassungen, Kostensteigerungen bei weiteren Neuausschreibungen durch veränderte Marktverhältnisse etc.) ggf. auch die abzusehende Rückentwicklung von Fahrgeldeinnahmen – z. B. insbesondere aufgrund rückgängiger Schülerzahlen und der demografischen Faktoren - lässt allerdings trotzdem u. a. auch in den kommenden Jahren eine steigende Finanzbelastungen für ÖPNV-Leistungen erwarten. Obwohl die deutlichen Bemühungen in der bereits umgesetzten Verkehrsangebotsplanung selbst bei einem stabilen oder auch reduzierten Verkehrsangebot zu Kostensteigerung führen.

Ein mit entscheidender Faktor ist dabei auch die Frage der Entwicklung der Dieselpreise, da sich dies auf die Preisanpassungen auswirkt.

Zuletzt hat sich einschl. 2011/2012 im Zuge der Einnahmeaufteilung ein recht positives Ergebnis für die NWM ergeben. Davon kann aber nicht absolut weiter auch für die Zukunft ausgegangen werden. Daher ist weiter vorsichtig und unter entsprechender Vorsorge bei der NWM für den Bereich der Verkehrsleistungsfinanzierung zu wirtschaften.

Insofern bedarf es bei der Gesellschaft auch weiter eines gewissen Finanzpolsters, um ggf. eintretende Risiken abzufangen.

Es wurde vor den geschilderten Hintergründen kurz- und mittelfristig darauf hin gearbeitet, Verkehrsleistungen im verkehrlich möglichen Rahmen wirtschaftlicher zu gestalten und ggf. durch neue Konzepte auch Kosten einzusparen. Eine weiter deutliche Finanzierungssteigerung wird im Einzelfall gegenüber den Kommunen als Kostenträgern nicht darstellbar sein.

Daher wird auch verstärkt auf kostengünstigere Lösungen (z. B. bedarfsgesteuerte Anrufverkehre oder andere alternative ÖPNV-Bedienungsformen, wie „Mobilfalt“ u.a.) umgestellt, wo dies möglich erscheint. Dazu haben der lokale und regionale Nahverkehrsplan einen Rahmen vorgegeben. Obwohl bei Fahrleistungskürzungen auch Untergrenzen der Wirtschaftlichkeit zu betrachten sind und deutlich werden.

Für das Geschäftsjahr 2017 wird wiederum mit einem zumindest ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

4. Sonstige Angaben

Über das Forderungsausfallrisiko hinausgehende Risiken bestehen aufgrund der besonderen Eigentümerstruktur nicht.

1.11 Werratal Tourismus Marketing GmbH

Werratal Tourismus Marketing GmbH
Niederhoner Straße 54
37269 Eschwege
Telefon: 05651/99233-0, Telefax: 05651/99233-9
E-Mail: info@urlaub-werratal.de
Internet: www.urlaub-werratal.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist

- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihr Angebot im Bereich Tourismus und Erholung,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessensgruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung der touristischen Infrastruktur, von Produkten im Bereich Tourismus und Erholung sowie die Angebotskoordination,
- Erstellung jährlicher und mittelfristiger Marketingpläne einschl. Mediaplan,
- die produkt-, themen-, gebiets- und sachbezogene Öffentlichkeitsarbeit und Werbung,
- die Entwicklung einer Dachmarke Werratal.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Werra-Meißner-Kreis (bis 07.12.2016: 62,33%; seit 08.12.2016: 100%)
	kreisangehörige Städte und Gemeinden (bis 07.12.2016: 35,67%)
	Gemeinde Nentershausen (bis 07.12.2016: 2,00%)
Aufsichtsrat (bis 07.12.2016):	Erster Kreisbeigeordneter Dr. Rainer Wallmann (Vorsitzender)
	Ronald Gundlach (sachkundiges Mitglied)
	Bürgermeister Andreas Nickel
	Bürgermeister Frank Hix
	Bürgermeisterin Angela Fischer
Geschäftsführer:	Claudia Krabbes (bis 07.12.2016)
	Marco Lenarduzzi (seit 08.12.2016)
Beirat:	15 sachkundige, durch den Aufsichtsrat berufene Mitglieder: Vertreter der Tourist-Informationen und kommunale Tourismussachbearbeiter, Vertreter von Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner mbH, Naturpark Meißner-Kaufunger Wald, Industrie- und Handelskammer, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband, sowie Unternehmer des Beherbergungsgewerbes.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2007
Stammkapital:	30.000 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 28.3.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	GBZ Revisions und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Gemäß § 13 a des Gesellschaftervertrages der „Werratal Tourismus Marketing GmbH“ erfolgt die Finanzierung der Gesellschaft durch Zuschüsse der Gesellschafter, mithin über Leistungen auf der Gesellschafterebene. Der Berechnungsmaßstab für die Zuschüsse ist im Gesellschaftsvertrag verankert. Die Gesellschafter haben keinen Anspruch auf Gegenleistung. Im Berichtsjahr hat der Werra-Meißner-Kreis einen Zuschuss von 216.873,07 € (Vorjahr: 243.227,56 €) geleistet.

Im Berichtsjahr wurden dem Werra-Meißner-Kreis 1,3 Tsd. € für Personal- und Sachkosten erstattet.

Vergütungen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung

Für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats der Gesellschaft erhielten die Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 560,00 €.

Die Bezüge für die Geschäftsführerin Frau Claudia Krabbes betrugen im Berichtsjahr 45.560,47 €. Der Geschäftsführer Herr Marco Lenarduzzi erhielt keine Bezüge.

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	12.576	17.493	14.894
Umlaufvermögen	118.253	145.126	188.001
Rechnungsabgrenzungsposten	1.400	499	2.588
Bilanzsumme	**132.228**	**163.117**	**205.483**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	30.000	30.000	30.000
Gewinnrücklage	120.261	120.261	120.261
Gewinnvortrag	24.371	24.371	93.333
Verlustvortrag	30.363	0	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-29.774	-30.363	-68.963
	114.495	144.269	174.632
Rückstellungen	11.258	12.681	11.951
Verbindlichkeiten	6.475	6.167	18.900
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**132.228**	**163.117**	**205.483**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	8.569	26.366	36.171
Sonstige betriebliche Erträge	227.128	266.602	274.784
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	140.154	165.881	174.662
Abschreibungen	4.917	7.928	6.377
Sonstige betriebliche Aufwendungen	120.324	149.439	198.944
Zinsergebnis	124	115	265
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-29.574**	**-30.164**	**-68.763**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	200	198	200
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**-29.774**	**-30.363**	**-68.963**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	4	5	6
Anlagenintensität in %	9,51%	10,72%	7,25%
Eigenkapitalquote in %	86,59%	88,45%	84,99%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,15	0,13	0,18

Lagebericht

A. Überblick über den Geschäftsverlauf

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die Werratal Tourismus Marketing GmbH wurde am 20. Juli 2007, ausgestattet mit einem Stammkapital in Höhe von 30.000,- Euro, gegründet. Zweck der Gesellschaft ist die Tourismusförderung im Werra-Meißner-Kreis.

Die Unterstützung des Wirtschaftsfaktors Tourismus und Erholung durch den Werra-Meißner-Kreis und seine Kommunen ist und bleibt Grundlage für eine erfolgreiche Vermarktung regionaler und kommunaler Angebote.

Deshalb ist die Tourismusförderung eine kommunale Aufgabe und ein wesentlicher Teil der Wirtschaftsförderung. Alle in den letzten Jahren beschlossenen und realisierten, eingeleiteten und geplanten Maßnahmen der Verbesserung und Erhaltung der touristischen Infrastruktur unterstreichen das touristische Engagement im Werra-Meißner-Kreis. Hierdurch wird der Qualitätsstandard der touristischen Infrastruktur geschaffen und entwickelt und bildet die Basis für

das touristische Angebot der Leistungsträger, was gleichermaßen eng mit der Leistungsfähigkeit der Tourismus- und Erholungsbetriebe verknüpft ist. Ohne die durch die in der Region aufgebaute allgemeine wie tourismusspezifische Infrastruktur wären weder die Anbieter touristischer Leistungen noch Reiseveranstalter in der Lage, ein attraktives Reiseangebot zu verkaufen. Nur mit einem wettbewerbsfähigen Beherbergungsangebot kann die Zahl der Übernachtungen gesteigert werden.

In der Regel sind weder einzelne touristische Leistungsträger/Anbieter noch die einzelnen Kommunen alleine in der Lage, ein wirksames Marketing mit nachhaltiger Außenwirkung zu betreiben. Alle Leistungsträger, der Landkreis und die Kommunen sind auf die Bündelung von finanziellen Mitteln und Maßnahmen durch Zusammenarbeit bzw. Zusammenschlüsse mit anderen Marketingpartnern angewiesen. Für die touristische Neuausrichtung und Weiterentwicklung sowie den erfolgreichen Absatz der Produkte im Bereich Tourismus und Erholung sind die konsequente Bewerbung der Region unter einer Dachmarke sowie eine verbesserte Kooperation der regionalen Akteure unerlässlich.

Mit der Umstrukturierung der regionalen Tourismusförderung wurde der Werra-Meißner-Kreis zum Ende des Jahres 2016 alleiniger Gesellschafter und hat die GmbH mit dem Naturpark Meißner-Kaufunger Wald organisatorisch verbunden.

II. Wirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Erstmals seit der Wirtschaftskrise 2009 schrumpfte der deutsche Reisemarkt.[3] Die Tages- und Übernachtungstrips sanken um 0,3 %. Zugleich stiegt die Anzahl der Besuche bei Verwandten und Freunden um 2 %.[4] Zugleich stieg aber die Reiseintensität der Bundesbürger nach der Verunsicherung im vergangenen Jahr wieder auf 57 %, wobei sich die 30- bis 54-Jährigen als besonders reisefreudig erwiesen. Ein Viertel aller Reisenden unternahm sogar zwei Urlaubsreisen von jeweils mehr als 5 Tagen, jeder zehnte war häufiger unterwegs.[5].

Im Werra-Meißner-Kreis hat sich die Aufenthaltsdauer der Gäste verkürzt. Einem leichten Plus an Gästen standen nahezu unverändert viele Übernachtungen gegenüber. Dabei sind kommunal große Unterschiede zu verzeichnen. Aufgrund der frühzeitigen Termine der variablen Frühlings-Feiertage und des späten Frühlingswetters startete die Tourismussaison unbefriedigend. Der lange, beständige Herbst brachte erfreuliche Zuwächse im September und November. Für den ländlichen Raum mit seiner hohen Anzahl nicht meldepflichtiger Betriebe und Privatvermieter haben die Zahlen nur begrenzt Aussagekraft.

III. Wesentliche Entwicklungen im angelaufenen Geschäftsjahr/Informationen zum Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks der Organisation

Das Jahr 2016 stand unter den Vorzeichen der angedachten und zum Jahresende umgesetzten Neuorganisation der Tourismusförderung im Werra-Meißner-Kreis. Mit möglichst gleichen Mitteln soll ein effektiveres Arbeiten erreicht werden. Ausgehend von den Workshops im Jahr 2015 entwickelten sich die Überlegungen dahin gehend, die Arbeiten von WTMG und Naturpark stärker zu verknüpfen. Auch Varianten der organisatorisch verbundenen Zusammenarbeit mit einzelnen Tourist-Informationen wurde geprüft. Zum Jahresende kaufte der Werra-Meißner-Kreis die Anteile der kommunalen Gesellschafter auf und die Geschäftsstellen von Naturpark und WTMG wurden unter der gemeinsamen Geschäftsführung des Naturparkgeschäftsführers Marco Lenarduzzi räumlich und inhaltlich zusammen geführt. Mit den geplanten Namensänderungen Anfang 2017 wird und soll für Außenstehende die rechtliche Trennung beider Rechtspersonen nicht mehr erkennbar sein.

---

[3] IPK International über dpa

[4] Bundesverband des Deutschen Tourismusverbands über dpa. Ursache hierfür sieht der Deutsche Reiseverband in der latenten Terrorgefahr, die Urlauber aus größeren Anlagen lieber in Privatunterkünfte ziehe.

[5] Lt. dwif

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung haben 2016 entsprechend ihrer Aufgaben wiederholt getagt. Die „neue“ GmbH wird keinen Aufsichtsrat mehr haben. Der Kreisausschuss des Werra-Meißner-Kreises tagte am 14. Dezember erstmals in seiner neuen Funktion als Gesellschafterversammlung der WTMG. Die Möglichkeit der Berufung eines Beirats ist auch durch den geänderten Gesellschaftsvertrag möglich. Der bisherige Beirat tagte 2016 nur einmal, da aufgrund der vielen offenen Fragen zu den Rahmenbedingungen zukunftsweisende Entscheidungen noch auf Eis gelegt waren.

Inhaltlich war das Jahr u.a. durch die Realisierung des Projekts „Kirchwege“ geprägt. Eine besondere Herausforderung war die Nominierung zweier Wege für den Publikumspreis „Deutschlands schönste Wanderwege 2016“ durch das Wandermagazin. Hier galt es, möglichst viele Gäste und Einheimische zur Teilnahme zu bewegen. Für die vielfältigen Bemühungen wurden wir mit einem 2. Platz für den „Werra-Burgen-Steig Hessen“ und umfänglichen Dreharbeiten des Hessischen Rundfunks für mehrere Abendsendungen belohnt. Beides hat den Bekanntheitsgrad des Weges spürbar gesteigert.

Erste Vorbereitungen für das Sagenhaft!-Jubiläum 2017 wurden getroffen. Außerdem arbeitete die Geschäftsstelle erstmals ganz intensiv mit der DIPLOMA-Hochschule zusammen. Viel personellen Einsatz erforderte auch die Vielzahl von Pressereisen. Etliche Veröffentlichungen sind noch zu erwarten.

Personell war 2016 ein schwieriges Jahr, da es mit vielen Unsicherheiten und persönlichen Sorgen für die Mitarbeiterinnen verbunden war. Das Ausscheiden der Marketing-Mitarbeiterin, deren Stelle nicht neu besetzt wurde, und ein längerer Krankheitsausfall sorgten für personelle Ausfälle, die sich erstmals auch inhaltlich bemerkbar machten. Durch die mit der Umstrukturierung einher gehenden Verschlankung des Personalstamms mussten wir uns von zwei Mitarbeiterinnen trennen.

B. Darstellung der Lage

I. Darstellung der Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich aufgrund von Abschreibungen 2016 auf TEUR 12,6 (2014: TEUR 17,5) verringert.

Das Vermögen setzt sich aus dem Bankguthaben/Kassenbestand, Sonstigem Vermögen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zusammen.

II. Darstellung der Ertragslage

	2016		2015		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	8,5	80,2	26,3	248,1	-17,8
Sonstige betriebliche Erträge	2,1	19,8	16,6	156,6	-14,5
Gesamtleistung	10,6	100,0	42,9	404,7	-32,3
Personalaufwand	140,0	1.320,8	165,9	1.565,1	-25,9
Planmäßige Abschreibungen	4,9	46,2	7,9	74,5	-3,0
Betriebliche Aufwendungen	120,3	1.134,9	149,4	1.409,4	-29,1
Erfolgsunabhängige Steuern	0,2	1,9	0,2	1,9	0,0
Betriebsaufwand	265,4	2.503,8	323,4	3.050,9	-58,0
Betriebsergebnis	-254,8	-2.403,8	-280,5	-2.646,2	25,7
Finanzerträge	0,1	0,9	0,1	0,9	-25,9
Finanzergebnis	0,1	0,9	0,1	0,9	0,0
Neutrale Erträge	225,0	2.122,6	250,0	2.358,5	-25,0
Neutrale Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Neutrales Ergebnis	225,0	2.122,6	250,0	2.358,5	-25,0
Gesamtergebnis vor Ertragssteuern	-29,7	-280,2	-30,4	-286,8	0,7
Ertragssteuern	0,0	0,0	0,1	0,9	-0,1
Jahresüberschuss/-verlust	-29,7	-280,2	-30,3	-285,9	0,6

Die Gesamtleistung der Gesellschaft hat sich gegenüber 2015 um TEUR 32,3 auf TEUR 10,6 verringert. Die Veränderung resultiert vor allem aus der Entscheidung, kein regionales Gastgeberverzeichnis mehr aufzulegen.

Der Personalaufwand von TEUR 140,0 setzt sich zusammen aus Löhnen und Gehältern in Hohe von TEUR 115,6 sowie sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung in Höhe von TEUR 24,4

Bei den Abschreibungen auf Sachanlagen (TEUR 4,9) handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen.

Die betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 29,1 verringert. Hier war bereits im Wirtschaftsplan eine Reduzierung des Marketing- und Projektvolumens von 30,6 TEUR vorgesehen.

Das neutrale Jahresergebnis 2016 beträgt TEUR 225,0 (i.Vj. TEUR 250,0). Der Jahresfehlbetrag beträgt TEUR 29,7.

		31.12.2016	31.12.2015
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{Gewinn}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100$	-347,45	-115,16
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Gewinn}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$	-26,00	-21,05

III. Darstellung der Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen können allein durch die liquiden Mittel erfüllt werden. Die kurzfristigen Verpflichtungen der Gesellschaft werden in vollem Umfang durch das kurzfristige Vermögen gedeckt.

IV. Erläuterungen von Planabweichungen

Statt dem Jahresverlust von TEUR 29,7 war im Wirtschafsplan ein Gewinn von TEUR 0,5 vorgesehen. Aufgrund der Umstrukturierung wurde seitens der Gesellschafter ein Teilzuschuss in Höhe von TEUR 75,0 nicht ausgezahlt. Durch personelle Veränderungen und Ausfälle blieben die Personalkosten deutlich unter dem Planergebnis. Für 2016 war eine Weiterentwicklung des Corporate Designs verbunden mit mehreren neu konzipierten Printprodukten vorgesehen. Im Zuge des Umstrukturierungsprozesses wurde schnell deutlich, dass sich mit der Umstrukturierung auch neue Vorgaben an das Design ergeben würden, so dass diese Weiterentwicklung auf 2017 ff. zurück gestellt wurde.

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

2017 wird ein arbeitsintensives Jahr. Durch die Vergrößerung des Naturparkgebiets, die geplante Namensänderung der Werratal Tourismus Marketing GmbH und die Anpassung an das Layout der Nationalen Naturlandschaften müssen sämtliche gebietsübergreifenden Print- und Onlineprodukte überarbeitet bzw. neu erstellt werden. Eine Zusammenführung der Internetseiten von Naturpark und WTMG ist ebenfalls erforderlich, auch vor dem Hintergrund, dass die GrimmHeimat NordHessen ihr Microsite-System relauncht und die bisherige Seite abgeschaltet werden wird. Das Sagenhaft!-Jubiläum gilt es umzusetzen. Die Arbeiten am Werratal-Radweg müssen nach Vorliegen des hessischen Radwege-Konzepts intensiviert werden. Erneut wurde eine EntdeckerTour für das Publikumsvoting des Wandermagazins nominiert.

Durch die Pläne, den Naturpark in einen Geo-Naturpark umzuwandeln, ist inhaltlich durch alle Mitarbeitenden die Vielfalt der Region zu erfassen und zu beschreiben sowie die geplante Naturpark-App zu realisieren. Nicht zuletzt gilt es auch die Umsetzung der geplanten Geonaturpark-Infopunkte vorzubereiten.

Auch an den Rahmenbedingungen gilt es weiter zu feilen: Noch sind die Inhalte der Vermarktungsstrategie nicht im Detail geklärt, die Aufgabenverteilung in der Geschäftsstelle spielt sich ein. In welchem Umfang und auf welcher Basis werden wir mit unseren Betrieben, unseren Tourist-Informationen und unseren Dachorganisationen zusammen arbeiten? Wie werden wir nach einen Ausstieg aus dem Micrositesystem der GrimmHeimat in deren Außenmarketing präsent sein? Möchten wir ein eigenes Buchungssystem aufrecht halten? 2017 wird deshalb von wichtigen Entscheidungen für das zukünftige Tourismusmarketing geprägt sein.

II. Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2017

Für 2017 ist ein ausgeglichener Wirtschaftplan verabschiedet worden. Darin enthalten ist ein Gesellschafterzuschuss des Kreises sowie ein Kooperationsbeitrag der Gemeinde Nentershausen in Höhe von insgesamt TEUR 277 enthalten.

D. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Risiken der Werratal Tourismus Marketing GmbH hinsichtlich der künftigen Entwicklung sind zurzeit nicht erkennbar. Die Gesellschaft wird voraussichtlich 2017 ihren Namen ändern.

E. Sonstige Angaben

Keine

2 Eigenbetriebe

2.1 Eigenbetrieb „Volkshochschule, Jugend, Freizeit Werra-Meißner"

Eigenbetrieb „Volkshochschule, Jugend, Freizeit Werra-Meißner"
Walburger Str. 38
37213 Witzenhausen
Telefon: 05542/9336-0
Telefax: 05542/9336-26
E-Mail:
info.witzenhausen@vhs-werra-meissner.de
Internet: www.jugendeinrichtungen-wmk.de
www.vhs-werra-meissner.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Zweck des Betriebsteiles Jugend- und Freizeiteinrichtungen ist es, insbesondere Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen, die Möglichkeit zu Erholungs-, Erziehungs- und Freizeitaufenthalten zu bieten und dafür auch Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Der Betriebsteil Volkshochschule Werra-Meißner gewährleistet ein gleichmäßig und gleichberechtigt versorgendes Bildungsangebot für die Bevölkerung. Sein Angebot der Erwachsenenbildung und Weiterbildung wird nach den Grundsätzen und Regelungen des Hessischen Weiterbildungsgesetzes gestaltet. Ziel der Volkshochschule Werra-Meißner ist, die Entfaltung der Persönlichkeit zu fördern, die Fähigkeit zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens zu stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen zu helfen. Ihr Bildungsangebot umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen, gesundheitlichen und kulturellen Weiterbildung sowie der Weiterbildung im Zusammenhang mit der Ausübung eines Ehrenamtes. Darüber hinaus erfüllt die Volkshochschule Werra-Meißner im Auftrag Dritter ergänzende Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen, unter anderem Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch. Ihre Arbeit ist überparteilich und überkonfessionell. Die beiden Volkshochschulstandorte Eschwege und Witzenhausen werden erhalten.

Der Eigenbetrieb übt keine wirtschaftliche Tätigkeit gem. § 121 Abs. 2 HGO aus.

Organe des Eigenbetriebs

Betriebskommission:

Kreisausschussmitglieder:

- Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender)
- Hans Heckrodt (bis 09.06.2016)
- Friedrich Arnoldt
- Peter Schill

Kreistagsabgeordnete:

- Michael Cracium (ab 10.06.2016)
- Dr. Uwe Heinemann
- Alexander Heppe (ab 10.06.2016)
- Regine Henke
- Dieter Kirschner (bis 09.06.2016)
- Dr. Marita Kroneberger
- Heike Nölke (bis 09.06.2016)

	• Lothar Nöding (ab 10.06.2016) Vertreterin des Personalrates: • Uta Fischer • Jens Hofmeister Wirtschaftlich erfahrene Personen: • Claus Hamp • Jürgen Vogelei
Betriebsleitung:	Matthias Schulze

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Eigenbetrieb
Gründung:	21.03.1991
Gezeichnetes Kapital	50 Tsd. € (100 % Werra-Meißner-Kreis)
Beteiligungen:	EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH (20,53%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 21.07.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	ja
Abschlussprüfer:	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Kassel

Vergütungen der Betriebskommission und der Betriebsleitung

Für die Teilnahme an den Sitzungen der Betriebskommission des Eigenbetriebs erhielten die Mitglieder der Betriebskommission im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 2.772,72 €. Der Vorsitzende der Betriebskommission erhielt keine Aufwandsentschädigung.

Unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angaben der Vergütung der Betriebsleitung zu verzichten.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Der Landkreis hat in der Höhe von 5,0 Tsd. € (brutto) eine Ausschüttung auf der Grundlage der Ergebnisverwendung des Jahresabschlusses 2015 erhalten (Zufluss 2016).

Darüber hinaus erhielt der Landkreis im Berichtsjahr die folgenden Zahlungen vom Eigenbetrieb:

- Zins- und Tilgung -Darlehen mit WMK (REB, FEZ): 103.600,00 €
- Übernahme Steintorschule 96.024,00 €
- Erstattung für verschiedene Dienstleistungen: 25.346,00 €
- Erstattung für Personalrat und Rechnungsprüfungsamt: 7.780,00 €
- Verrechnung von Gebühren und Umlagen: 8.630,00 €

Im Berichtsjahr hat der Landkreis die folgenden Zuschüsse an den Eigenbetrieb gezahlt:

- Zuschuss VHS-Arbeit: 382.500,00 €
- Zuschuss Miete VHS-Gebäude Witzenhausen: 32.000,00 €

Im Berichtsjahr hat der Landkreis die folgenden Zuschüsse oder Vergütungen für Projekte an den Eigenbetrieb gezahlt:

- Projekt Schulsozialarbeit: 380.005,00 €
- Projekt Schulische Erziehungshilfe: 62.612,00 €
- Projekt Kompetenzagentur: 111.072,00 €
- Projekt Bildungsberatung: 35.000,00 €
- Projekt Ganztagesangebot und Mittagsbetreuung Schulen: 682.563,00 €
- Projekt AbU und Anderes: 64.596,00 €
- Diverse Deutsch-Unterrichte (FB 4 und andere): 29.040,00 €
- Projekt Seniorenbetreuung: 6.900,00 €

Darüber hinaus wurden die Restmittel aus der Liquidation der beiden Volkshochschulvereine in Höhe von 282.827,00 € vom Werra-Meißner-Kreis an den Eigenbetrieb weitergeleitet.

Bilanz

Aktiva	**2016**	**2015**	**2014**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	16.366.610	15.512.283	15.437.918
Umlaufvermögen	7.899.767	7.372.837	7.404.662
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.400	2.800
Bilanzsumme	**24.266.376**	**22.886.520**	**22.845.381**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	50.000	50.000	50.000
Rücklagen	21.253.665	20.733.296	20.611.178
Jahresüberschuss	496.535	243.481	128.059
	21.800.201	21.026.778	20.789.236
Sonderposten aus Zuwendungen	1.295.794	751.724	808.907
Rückstellungen	130.550	79.950	84.740
Verbindlichkeiten	1.033.502	1.020.528	1.153.778
Rechnungsabgrenzungsposten	6.330	7.540	8.719
Bilanzsumme	**24.266.376**	**22.886.520**	**22.845.381**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	3.956.664	3.234.416	3.320.073
Sonstige betriebliche Erträge	51.428	80.731	65.351
Materialaufwand	942.826	796.790	185.456
Personalaufwand	2.333.338	2.073.318	2.313.198
Abschreibungen	185.434	188.472	178.517
Sonstige betriebliche Aufwendungen	684.502	638.853	1.207.296
Erträge aus Beteiligungen	461.532	461.532	462.507
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
Zinsergebnis	173.556	164.779	165.086
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**497.080**	**244.026**	**128.549**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	545	545	490
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**496.535**	**243.481**	**128.059**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	64	59	63
Anlagenintensität in %	67,45%	67,78%	67,58%
Eigenkapitalquote in %	89,84%	91,87%	91,00%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,11	0,09	0,10

Lagebericht

Allgemein

Der „Eigenbetrieb Jugend-Freizeit-Bildung“ wurde zum 01. Januar 1991 gegründet. Zum 01. Januar 2014 wurden die beiden Volkshochschulen „Volkshochschule Eschwege e.V.“ und „Volkshochschule Witzenhausen e.V.“ in den Eigenbetrieb integriert. Der Eigenbetrieb besteht aus zwei Betriebsteilen; Zweck des Betriebsteiles „Jugend- und Freizeiteinrichtungen“ ist es, insbesondere Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit zu Erholungs-, Erziehungs- und Freizeitaufenthalten zu bieten und dafür Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Der Betriebsteil „Volkshochschule Werra-Meißner“ hat den Zweck/Aufgabe ein gleichmäßig und gleichberechtigt versorgendes Bildungsangebot im Werra-Meißner-Kreis zu gewährleisten. Sein Angebot der Erwachsenenbildung und Weiterbildung wird nach den Grundsätzen und Regelungen des Hessischen Weiterbildungs-gesetzes gestaltet. Das Bildungsangebot

umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen, gesundheitlichen und kulturellen Weiterbildung. Darüber hinaus erfüllt die Volkshochschule Werra-Meißner im Auftrag Dritter ergänzende Aufgaben, der Eigenbetrieb kann alle den Betriebszweck fördernde und ihn wirtschaftlich berührende Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben. Weiterer Betriebszweck ist die Beteiligung an der „EAM“ über die EAM Sammel-und Vorschalt 3 GmbH Kassel.

Der Eigenbetrieb wird durch die Betriebsleitung mit folgenden Leistungsindikatoren geführt:

- Jahresergebnis pro Betriebsteil,
- - Auslastung der Jugendeinrichtungen,
- - Auslastung der originären Bildungsangebote,
- - Plan/Ist Vergleiche der befristeten „Drittmittel-Projekte“.

Wirtschaftliche Entwicklung 2016 (Geschäftsverlauf)

Erträge:

Die Erträge resultieren mit T€ 3.956,7 (Vorjahr: T€ 3.258,0) aus Erlösen für die Unterbringung, Verpflegung der Jugend- und Erwachsenengruppen, Pachteinnahmen, Kursgebühren für Volkshochschulkurse, Erlöse für Auftragsmaßnahmen und Zuschüsse für Projekte. Die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten betragen T€ 51,4 (Vorjahr T€ 57,2). Weitere Erträge werden in Höhe von T€ 461,5 aus der Dividende der „EAM“ erzielt; die Zinserträge betragen T€ 206,0.

Die Erlöse in dem Betriebsteil „Jugend-Freizeit“ für die Unterbringung, Verpflegung und Verpachtung der Jugendeinrichtungen sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 4,1 auf T€ 401,8 gestiegen. Die Erträge aus der Dividende sind gegenüber den letzten drei Jahren konstant geblieben (T€ 461,5), die Zinserträge haben sich gegenüber 2015 um T€ 5,3 auf T€ 206,0 erhöht. In dem Betriebsteil Volkshochschule Werra-Meißner „Originär“ wurden Erlöse und Zuschüsse in Höhe von T€ 1.419,7 (Vorjahr: T€ 1.040,9) erzielt, in dem Betriebsteil „Drittmittel und Auftragsmaßnahmen“ betragen die Erlöse T€ 2.168,5 (Vorjahr T€ 1.832,2).

Diese Angaben und die folgenden Erläuterungen beziehen sich auf die Gesamtübersichten zu den einzelnen Betriebsteilen dieses Lageberichtes. Die Daten resultieren aus der Kosten-Leistungsrechnung und orientieren sich an der Gliederung im Wirtschaftsplan 2016.

Jahresüberschuss, Entwicklung der Aufwendungen

Der Jahresgewinn beträgt T€ 496,5 (Vorjahr T€ 243,5), er gliedert sich nach den Betriebsteilen wie folgt auf: Jugend-Freizeit + T€ 243,0; VHS-Originär + T€ 138,4 und VHS-Drittmittel + T€ 115,1. Das betriebswirtschaftliche Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt inklusiv der Zinsaufwendungen T€ -171,0 (Vorjahr T€ -418,8); die Zins- und Beteiligungserträge betragen T€ 635,1 (Vorjahr: T€ 626,3). Die Personalaufwendungen betragen insgesamt T€ 2.333,3 und haben sich um T€ 260,0 gegenüber dem Vorjahr erhöht, wesentlicher Grund hierfür ist die Beschäftigung von zusätzlichen Mitarbeitern bei den Deutsch-Integrationskursen und dem Ausbau der Drittmittelmaßnahmen. Der Aufwand für Waren und bezogene Leistungen (Honorare, Lehrmittel, Material, Ausstattung) beträgt T€ 1.091,7 (Vj. T€ 944,7). Die Aufwendungen für Gebäude (Mieten, Betriebskosten, Reinigung, Instandhaltung) betragen T€ 291,8 (Vj. T€ 282,7), die Aufwendungen für Repräsentation, Verwaltung, Beratung und Sachmittel betragen T€ 104,6 (Vj. T€ 110,1), die Sonstigen Aufwendungen und Zinsen betragen T€ 143,1 (Vj. T€ 112,3). Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen T€ 185,4 (Vorjahr T€ 188,4).

Das geplante Jahresergebnis für 2016 in Höhe von T€ 32,4 erhöht sich aufgrund der sehr positiven Entwicklung in dem Betriebsteil Volkshochschule und den konstanten Rahmenbedingungen in dem Betriebsteil Jugend-Freizeit um T€ 464,1 auf insgesamt T€ 496,5. Insbesondere durch den vielfältigen Deutsch-Unterricht mit schutzbedürftigen Flüchtlingen sind die

Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um ca. T€ 638,6 gestiegen. Der Gesamtgewinn 2016 in Höhe von T€ 496,5 kann einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt werden. Wie im Vorjahr ist eine Ausschüttung in Höhe von netto T€ 5,0 geplant, die als Art Eigenkapitalverzinsung (10 % von T€ 50,0) an den Werra-Meißner-Kreis gezahlt wird.

In 2016 wurden insgesamt T€ 1.039,8 investiert, die Zugänge teilen sich in die Eingliederung der Steintorschule (T€ 691,6) und die Investitionen in Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von T€ 348,2 (Vj. T€ 262,8) auf. Die wesentliche Investition wurde im Haus der Jugend in Reichenbach realisiert: - barrierefreien Anbau und Einrichtung im Haus der Jugend mit T€ 211,0. Im Jugenddorf Hoher Meißner wurden T€ 37,3 in die Erweiterung des Spielplatzes und T€ 4,6 in die Erweiterung des Barfußpfades investiert. Für die Betriebs- und Geschäftsausstattung und EDV-Ausstattung der Volkshochschule Werra-Meißner wurden T€ 49,1 investiert. Die Sanierung der Steintorschule und der barrierefreie Ausbau wurde im September 2016 begonnen, bis zum 31.12.2016 wurden T€ 129,5 investiert. Die Eingliederung der Steintorschule in das Betriebsvermögen des Eigenbetriebes erfolgte zum 01.01.2016 zu Buchwerten (Grund und Boden T€ 101,5, Gebäude T€ 590,0). Die Abschreibungen basieren auf den steuerrechtlichen Vorschriften und betragen T€ 185,4.

Die Beteiligung an der „EAM“ über die Vorschalt-GmbH 3 mit Sitz in Kassel ist mit T€ 11.126,5 bilanziert.

Forderungen bestehen in Höhe von T€ 1.253,1 (Vj. T€ 1.157,9), der wesentliche Teil in Höhe von T€ 553,4 (Vj. T€ 692,8) sind Forderungen aus den Ratenkaufverträgen „Freizeitzentrum Meinhardsee“ und „Jugendseeheim Pellworm“. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 270,2 und die Forderungen aus Kapitalertragsteuer in Höhe von T€ 168,8 wurden im Laufe des Jahres 2017 ausgeglichen. Die Kassen- und Bankbestände betragen T€ 6.646,6 (Vj. T€ 6.214,9); davon sind T€ 6.061,2 zum 31. Dezember 2016 in Festgeldern angelegt, weitere T€ 2.000,0 sind langfristig angelegt und als Wertpapiere des Anlagevermögens bilanziert.

Die Allgemeine Rücklage kann um den Gewinn 2016 in Höhe von T€ 496,5 und die Rücklage aus der Auflösung der beiden Volkshochschulvereine (T€ 282,8) auf insgesamt T€ 21.800,2 erhöht werden, die geplante Ausschüttung beträgt wie im Vorjahr brutto T€ 5,9. Das Eigenkapital hat sich in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt:

Entwicklung des Eigenkapitals

Jahr	gez. Kapital	Gewinn lfd. Jahr	Rücklagen	Gesamt	Ausschüttung
	T€	T€	T€	T€	T€
2012	50,0	234,6	13.164,6	13.449,2	-5,8
2013	50,0	296,8			-5,8
2013	50,0	6.926,8	13.393,4	20.667,0	
2014	50,0	128,1	20.611,2	20.789,2	-5,9
2015	50,0	243,5	20.733,3	21.026,8	-5,9
2016	Zugang Rücklage aus Vereinsvermögen vhs		282,8		
2016	50,0	496,5	21.253,6	21.800,2	-5,9 (geplant 2017)

Investitionszuschüsse wurden in 2016 nicht vereinnahmt, die Sonderposten betragen zum 31.12.2016 T€ 1.295,8 (Vj. T€ 751,7). Im Zuge der Eingliederung der Steintorschule Witzenhausen in den Eigenbetrieb zu Buchwerten wurden die erhaltenen Investitionszuschüsse für die energetische Sanierung aus 2011 ebenfalls übertragen. Die Auflösung der gesamten Sonderposten beträgt T€ 51,4 (Vj T€ 57,1). Die Verbindlichkeiten betragen insgesamt T€ 1.033,5

(Vj. T€ 1.020,5), davon bestehen gegenüber dem Werra-Meißner Kreis T€ 673,2 (Vj. T€ 738,9), die im Wesentlichen auf Darlehen durch die Übernahme von Anlagevermögen beruhen; sie werden auf Basis bestehender Darlehensverträge planmäßig zurückgezahlt. Rückstellungen für Urlaub, Arbeitszeit-guthaben, Jahresabschluss und ausstehende Rechnungen sind in Höhe von T€ 130,5 eingestellt.

Der Eigenbetrieb beschäftigte Ende 2016 insgesamt achtundsechzig Angestellte und einen Auszubildenden. In dem Betriebsteil Jugend, Freizeit sind 8 Angestellte und 1 Auszubildender, im Betriebsteil VHS-Originär 17 Angestellte, im Drittmittelbereich 43 Angestellte beschäftigt, insgesamt haben 11 Angestellte eine Vollzeitstelle. Die Personalkosten in Höhe von T€ 2.333,3 haben einen Anteil von 55,8 % (Vj. 55,5%) der Gesamtaufwendungen in Höhe von T€ 4.179,1 (Vj. T€ 3.733,9). Die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 260,1 gestiegen, dies ist im Wesentlichen auf die zusätzlichen Mitarbeiter im Bereich Deutsch-Integrationskurse und im Projekt „Ganztages-Angebot von 18 Schulen WMK“ zurückzuführen. Die Materialaufwendungen und Fremdleistungen (T€ 437,4) haben einen Anteil von 10,5%, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, d.h. Honorare für Kursleiter, Fahrtkosten, Instandhaltung, Mieten, Betriebskosten, Reinigung, Verwaltungskosten, Beratung und Marketing (T€ 1.190,5) haben einen Anteil von 28,5 %, die Abschreibungen (T€ 185,4) einen Anteil von 4,4 % die Zinsaufwendungen für Darlehen (T€ 32,4) einen Anteil von 0,8 %.

Geschäftsverlauf in den einzelnen Betriebsteilen

I Betriebsteil Jugend, Freizeit:

Die Entwicklung der Belegung ist in beiden Jugendeinrichtungen gestiegen: Jugenddorf Hoher Meißner + 450 ÜN (8,2 %); Haus der Jugend Reichenbach + 607 ÜN (+10,0 %). Die Auslastung während der Sommerferien 2016 war gegenüber den Vorjahren deutlich besser und hat im Wesentlichen zu den Steigerungen beigetragen. Insgesamt hat sich in den vergangenen Jahren die Gruppengröße und die Aufenthaltsdauer der Gruppen reduziert. Das Ergebnis in beiden Häusern hat sich gegenüber den Planansätzen leicht verbessert. Das Jahresergebnis für den Betriebsteil Jugend, Freizeit beträgt T€ 243,0 (Vorjahr T€ 222,0). Der Jahresüberschuss hat sich gegenüber dem geplanten Ergebnis in Höhe von T€ 127,7 um T€ 115,3 erhöht.

Wesentliche Ursache sind gesunkene Aufwendungen insbesondere bei der Abschreibung und leicht steigende Erlöse bei der Belegung in den Jugendeinrichtungen (+T€ 9,4), sowie die konstanten Einnahmen aus der Dividende der EAM und den Zinseinnahmen aus Festgeldern.

II Betriebsteil Volkshochschule, Drittmittel Projekte:

Zum 01. Januar 2014 wurden die beiden Volkshochschulen Eschwege und Witzenhausen gemäß Kreistagbeschluss vom 27. September 2013 zusammengeführt und in den Eigenbetrieb Jugend-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen integriert. Hierdurch werden einheitliche Strukturen in allen Bereichen geschaffen und Abläufe optimiert. Die notwendigen organisatorischen Änderungen wurden im Laufe des Jahres 2014 bis 2016 realisiert. Der neue Betriebsteil gliedert sich in die Sparten „Originärer Bereich“ und „Drittmittelbereich“.

Im Originären Bereich wurden Erlöse in Höhe von T€ 1.419,7 (Vorjahr T€ 1.040,9) erzielt. Die Aufwendungen betragen T€ 1.281,2 (Vorjahr T€ 1.008,4). Das Ergebnis im originären Bereich hat sich positiv entwickelt, es beträgt T€ 138,4 gegenüber T€ 32,4 des Vorjahres. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Erlöse im Bereich der Deutsch- Integrationskurse um T€ 355,6 auf T€ 543,8 erhöht, die Erlöse durch Teilnehmergebühren sind um T€ 14,2 auf T€ 299,1 gestiegen, die sonstigen Erlöse und die Erlöse durch Vermietung und Verpachtung haben sich um T€ 8,5 gegenüber dem Vorjahr vermindert.

In der Sparte Drittmittel haben sich die Einnahmen und Ausgaben gegenüber der Planung für 2016 positiv entwickelt. Gemäß der Planung für 2016 wurde ein Verlust in Höhe von T€ -98,7 kalkuliert, hierauf entfielen auf die „Deutsch-Grundlagen-Kurse für neue aufgenommene

Flüchtlinge“ T€ -51,1. Aufgrund anderer finanzierter Angebote in diesem Bereich, wurden weniger Deutsch-Grundlagen Kurse durchgeführt als geplant, der tatsächliche Verlust für die Deutsch-Grundlagenkurse beträgt in 2016 T€ -36,1 und kann aus dem positiven Jahresergebnis 2016 finanziert werden. Eine Finanzierung aus den Rücklagen des Eigenbetriebes wird nicht notwendig. Ohne dieses zusätzliche freiwillige Angebot beträgt das Ergebnis im Drittmittelbereich + T€ 151,2 gegenüber einem Verlust im Vorjahr in Höhe von T€ -11,0.

Insgesamt wurden fünfzehn Drittmittel-Projekte mit unterschiedlichem Umfang durchgeführt, zusätzlich wurde das Projekt „AGH-2Klang“ (Deutschunterricht und Beschäftigung) begonnen und einmalig dreizehn Deutsch-Grundlagenkurse mit 220 Unterrichtseinheiten für Flüchtlinge im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Die Erlöse steigen gegenüber dem Vorjahr im Drittmittelbereich um T€ 336,4 auf T€ 2.168,5. Die Aufwendungen haben sich um T€ 210,3 auf T€ 2.053,4 erhöht und basieren im Wesentlichen auf den zusätzlichen Projekten. Alle Projekte sind zeitlich befristet und tragen zur Deckung der Fixkosten für Gebäude und Verwaltung in den beiden Volkshochschulstandorten bei.

Das Gesamtergebnis des Betriebsteiles Volkshochschule Werra-Meißner beträgt insgesamt T€ + 253,5 (Vj. T€ + 21,4) und hat sich gegenüber dem Planansatz um T€ 348,9 verbessert. Die Entwicklung der Ist-Jahresergebnisse von 2013 bis 2016 hat sich folgendermaßen entwickelt: 2013 = T€ -174,3, 2014 = T€ - 84,4, 2015 = T€ + 21,4; 2016 = T€ +253,5. Die Vorgaben aus dem Eckpunktepapier gem. Kreistagbeschluss vom September 2013 zur Zusammenführung der beiden Volkshochschulvereine in den Eigenbetrieb wurden bis zum 31.12.2016 erfüllt.

Die Auslastung der Kurse in der Bildungsarbeit stellt sich wie folgt dar und ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, die Auslastung im Bereich der Deutsch-Integrationskurse hat sich gegenüber dem Vorjahr nahezu verdreifacht.

Der Schwerpunkt der realisierten Kurse liegt im Programmbereich (PB) Gesundheit gefolgt vom Programmbereich Sprachen mit den dazugehörigen Deutsch-Integrationskursen und Alphabetisierungskursen. An dritter Stelle liegt der Programmbereich Kultur-Gestalten, dicht gefolgt vom Programmbereich Arbeit- Beruf-EDV. Der Programmbereich Gesellschaft-Politik-Umwelt umfasst einen Anteil von ca. 10%. Insgesamt wurden 756 Kurse mit 8.412 Teilnehmern realisiert, in den Kursen wurden den Teilnehmern 19.814 Unterrichtseinheiten angeboten.

Weitere Entwicklung / Chancen- und Risikobericht

Der operative Verlust in dem Betriebsteil Jugend, Freizeit, d.h. insbesondere in den Freizeiteinrichtungen hat sich, gegenüber dem Vorjahr erneut verbessert (T€ + 15,7) und beträgt T€ - 424,6, er wird wie in den Vorjahren durch Beteiligungserträge und Zinseinnahmen ausgeglichen. Weiterhin wird über eine moderate Anpassung der Übernachtungs-Preise mit einhergehendem Ausbau der Qualität in beiden Einrichtungen das Ziel verfolgt, die bestehende Auslastung zu festigen und auszubauen. Eine steigende Belegung bzw. Auslastung führt aufgrund der moderaten Preisgestaltung im Jugenddorf Meißner und im Haus der Jugend in Reichenbach nur bedingt zu einer nachhaltigen Verbesserung des jeweiligen Betriebsergebnisses.

Das positive Jahresergebnis in dem Betriebsteil „Volkshochschule Werra-Meißner“ mit den beiden Sparten „Vhs-Originär“ und „Drittmittel“ in Höhe von T€ 253,5 (Vj: T€ 21,4) basiert im Wesentlichen auf der Durchführung zusätzlicher Deutsch-Integrationskurse, der Durchführung zusätzlicher Drittmittelprojekte und der damit verbundenen Verbesserung der Erlös-Situation sowie der Reduzierung von Kosten in beiden Sparten. Die Steigerung der Erlöse in 2016 hat zum Teil einmaligen Charakter und ist von der Neuzuwanderung von Flüchtlingen im Werra-Meißner-Kreis geprägt. In 2017 wird der Umfang der Deutsch-Integrationskurse zurückgehen, zusätzliche Projekte im Bereich der Qualifizierung von Flüchtlingen zeichnen sich ab und können die Ergebnis-Entwicklung für 2017 positiv beeinflussen. Ob dieser Trend in 2018 anhält, ist zurzeit nicht sicher. Weiterhin besteht die Aufgabe darin, den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Angebotes im Originären Vhs-Bereich fort zu führen und zusätzliche kostendeckende

Drittmittel-Projekte zu akquirieren. Generelle Voraussetzung sind kostendeckende Kursangebote und Projekte, die die bestehenden Fixkosten zusätzlich mindern. Die bisher erreichten Kosteneinsparungen durch Synergien bei der Zusammenführung beider Volkshochschulen müssen verstetigt werden, die Nutzung der ehemaligen Steintorschule als neuer Vhs-Standort in Witzenhausen soll ab Mai 2017 mit dazu beitragen.

In dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 ist ein Gesamtergebnis von + T€ 98,9 geplant, für den Betriebsteil Jugend, Freizeit ein Überschuss in Höhe von T€ 98,3, für den Betriebsteil Volkshochschule Werra-Meißner ein Überschuss in Höhe von T€ 0,6. Dabei entfallen auf die „Deutsch-Grundlagenkurse“ für aufgenommene schutz-bedürftige Flüchtlinge T€ -22,2, die über eine Entnahme aus den Rücklagen finanziert werden können.

Aufgrund der vom Werra-Meißner-Kreis übertragenen Aufgabenstellung des Eigenbetriebs ergeben sich im Grunde keine bestandsgefährdenden Risiken. Als Frühwarnsignale wurden die Belegungszahlen der Einrichtungen, die Auslastung der Volkshochschulkurse sowie der Umfang der Auftragsmaßnahmen/Projekte definiert, die auch laufend überwacht werden. Des Weiteren erfolgen Kontrollen im Rahmen der Erstellung des Wirtschaftsplans.

Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken wurden Versicherungen abgeschlossen, die sicherstellen, dass sich mögliche finanzielle Folgen eintretender Risiken in Grenzen halten bzw. ganz ausgeschlossen werden. Darüber hinaus sind auch aufgrund der vorliegenden Planung (Wirtschaftsplan 2017) keine Risiken zu erkennen, über die zu berichten wäre.

3 Zweckverbände

3.1 Zweckverband Naturpark Meißner - Kaufunger Wald

Zweckverband Naturpark Meißner - Kaufunger Wald
Niederhoner Str. 54
37269 Eschwege
Telefon: 05651-99233-0
Telefax: 05651-99233-9
E-Mail: info@naturparkfrauholle.land
Internet: www.naturparkfrauholle.land

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Naturpark Meißner-Kaufunger Wald mit dem Ziele zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raume die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen und durch geeignete Maßnahmen einen sanften Tourismus zu ermöglichen.

Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Der Zweckverband übt keine wirtschaftliche Tätigkeit gem. § 121 Abs. 2 HGO aus.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:
(12 Mitglieder)

<u>bis 07.11.2016:</u>

4 Vertreter des Landkreises Kassel:

- Edgar Paul (Vorsitzender)
- Uta Erdmann
- Frank Williges
- Bernd Brede

8 Vertreter des Werra-Meißner-Kreises:

- Peter Hieronimus
- Martina Oehl
- Fritz Schindewolf (1. Stellvertretender Vorsitzender)
- Ulrike Zindel
- Armin Jung
- Dirk Landau
- Frank Fiedler (2. Stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Lutz Bergner

<u>seit 08.11.2016:</u>

4 Vertreter des Landkreises Kassel:

- Edgar Paul (Vorsitzender)
- Doris Bischoff
- Marianne Freitag-Thiele
- Frank Williges

	8 Vertreter des Werra-Meißner-Kreises: • Karina Fissmann (2. Stellvertretende Vorsitzende) • Maria Oehl (1. Stellvertretende Vorsitzende) • Ulrike Zindel • Helena Pfingst • Jürgen Vogelei • Dirk Landau • Dieter Kirschner • Michael Stein
Verbandsvorstand:	• Landrat Stefan Reuß (Verbandsvorsitzender) • Landrat Uwe Schmidt (1. stellvertretender Verbandsvorsitzender) • Erster Kreisbeigeordneter Dr. Rainer Wallmann (2. stellvertretender Verbandsvorsitzender)
Beirat:	Fachkundige Personen entsandt von verschiedenen Organisationen und Behörden

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Zweckverband	
Gründungsjahr:	1961	
Mitglieder/ Beteiligungsquote:	Landkreis Kassel	33,33 %
	Werra-Meißner-Kreis	66,67 %
geprüfter Jahresabschluss:	Jahresabschluss 2016 erstellt, Prüfung noch nicht abgeschlossen	
Abschlussprüfer:	Revision des Werra-Meißner-Kreises	

Der Zweckverband Naturpark Meißner-Kaufunger Wald hat zum 01.01.2009 auf die doppelte Buchführung umgestellt. Folgende wesentliche wirtschaftliche Daten haben sich ergeben:

	2016 €	2015 €	2014 €
Gesamterträge	584.716	537.308	509.950
Gesamtaufwendungen	576.142	557.147	553.957
Aufwendungen Vermögensplan	8.168	8.277	28.828
Jahresergebnis	**+8.573**	**-19.839**	**-44.007**
Eigenkapital	188.180	168.199	188.038
Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern	0	0	0
Zahlung durch Werra-Meißner-Kreis (Zweckverbandsumlage):	80.000	75.000	75.000

Lagebericht (Auszug)

Allgemein

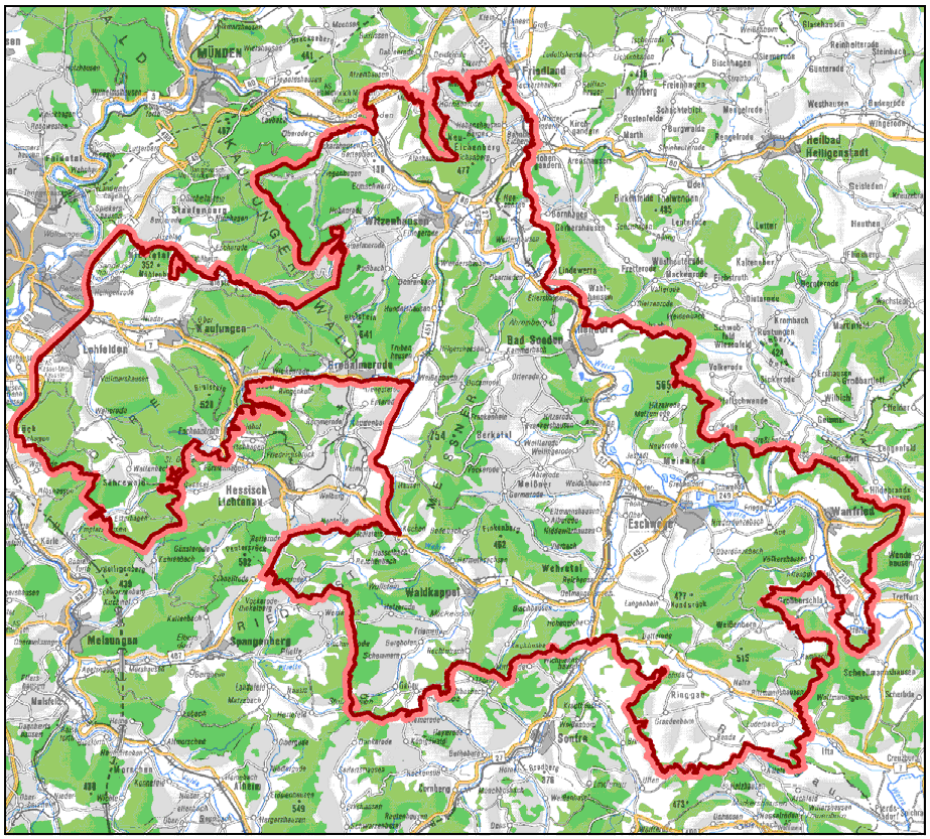
Der Zweckverband Naturpark Meißner-Kaufunger Wald wurde 1961 gegründet. Die satzungsgemäßen Ziele des Naturparks sind nach § 3 der aktuellen Satzung:

(2) Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Naturpark Meißner-Kaufunger Wald mit dem Ziele zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen und durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen.

(3) Der Erfüllung dieser Aufgaben dient insbesondere eine bewusste Steuerung der Besucherströme im Naturpark. Dies geschieht durch die Förderung aller dem Wandern und der Erholung dienenden Maßnahmen. Dazu gehören u. a. das Anlegen von Wanderwegen und Parkplätzen, die sinnvolle Aufstellung von Tischen und Bänken sowie deren Pflege und Erhaltung.

Der Naturpark umfasste zum Zeitpunkt seiner Gründung im Jahre 1961 eine Fläche von 42.058 Hektar. Eine Erweiterung auf eine Gesamtfläche von 92.528 ha in den Landkreisen Kassel und Werra-Meißner erfolgte im Jahr 2007.

Hinweis: Das Hess. Umweltministerium hat in 2015 die Naturparkfläche wieder auf 42.058 ha reduziert.



Grafik 1: Ausdehnung des Naturparks bis 2015

Wirtschaftliche Entwicklung 2016 (Geschäftsverlauf)

Einnahmen

Die Erträge beliefen sich in 2016 auf rund 584.716 Euro und sind im Vergleich zu 2015 um rund 47.407 Euro gestiegen.

Bei den Umsatzerlösen konnten rund 252.956 Euro erzielt werden. Hauptposten bei den Umsatzerlösen sind das Umsetzen von Arbeiten in Naturschutzgebieten sowie die Herstellung und Einrichtung von touristischer Infrastruktur für Gemeinden.

Zuschüsse wurden in 2016 insgesamt rund 144.264 Euro eingenommen. Hauptanteil an den Zuschüssen bildet die institutionelle Förderung des Landes Hessen mit 61.281 Euro, gefolgt von Zuschüssen der Kommunen in Höhe von 37.997 Euro und der Naturparkstiftung in Höhe von 32.664 Euro.

Die Umlagen der Mitgliedskreise lagen bei 130.000 Euro, wobei der Werra-Meißner-Kreis mit dem größeren Flächenanteil am Naturpark den größeren Betrag für die Verbandsarbeit zuschießt.

Die Personalkostenerstattungen beliefen sich in 2016 auf rund 24.600 Euro. Diese Kostenerstattungen resultieren aus Zahlungen des Jobcenters Werra-Meißner für die Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Programmen (AGH, AGH-E, BEZ, EGZ) im Naturpark. Die Abnahme gegenüber 2015 beträgt rund 19.668 Euro. Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen in 2016 rund 32.895 Euro, Hauptanteil bilden hier die Spenden für die Arbeit des Naturparks in Höhe von rund 29.382 Euro. Die Spenden stammen zum größten Teil von den Nutzern der Langlaufloipe und des Barfußpfades Hoher Meißner.

Aufwendungen

Die Aufwendungen beliefen sich in 2016 auf rund 576.142 Euro und sind im Vergleich zu 2015 um rund 30.403 Euro gestiegen.

Die unter 68600 gebuchten Materialaufwendungen in Höhe von rund 32.266 Euro sind Materialien und Dienstleistungen, welche im Rahmen der Erstellung von zum Beispiel Premiumwanderwegen und Infotafeln für öffentliche Institutionen aufgewendet und in Form von Produkten (Ertragseite: 45002) mit den Kunden abgerechnet wurden.

Die Kosten für Personalaufwendungen beliefen sich in 2016 auf rund 415.652 Euro. Der Hauptanteil der Personalaufwendungen entfiel dabei auf Löhne und Gehälter mit Sozialabgaben mit rund 402.853 Euro, gefolgt von der Aufwandsentschädigung für den Geschäftsführer, Honoraren, sowie Fort- und Weiterbildungskosten.

Abschreibungen mindern 2016 in Höhe von rund 24.929 Euro das Sachanlagenvermögen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in 2016 beliefen sich auf rund 102.856 Euro. Hauptposten bei den betrieblichen Aufwendungen waren mit rund 17.932 Euro der Verwaltungs- und Geschäftsbedarf (6900), die Instandsetzungskosten (69001) mit rund 16.814 Euro, die Öffentlichkeitsarbeit (69007) mit rund 14.836 Euro gefolgt von den Aufwendungen für Werkzeuge, Geräte und Betriebsmittel (69006) mit rund 14.727 Euro und der Kfz-Unterhaltung (69005) mit rund 12.495 Euro. Bei den Instandsetzungskosten für die bestehenden Naturparkeinrichtungen handelt es sich um Materialkosten und Dienstleistungen ohne Personalkosten.

Die im Bereich Öffentlichkeitsarbeit verausgabten Mittel wurden in erster Linie für den Druck von Prospekten und Werbemitteln sowie deren Gestaltung (Grafikerleistungen) verausgabt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für 2016 einen Gewinn von 8.573,16 Euro (2015: -8.431,33 Euro) aus.

Übersicht über ausgewählte Projekte und Entwicklungen im Naturpark 2016

1. Premiumwanderwege: In 2016 konnte der Premiumweg P 17 Waldkappeler Berge und P20 Ulfener Karst fertig gestellt werden. In 2016 wurde mit den Planungsarbeiten zu folgenden Premiumwegen begonnen bzw. die Planungsarbeit wurde fortgesetzt: P 21 Point India (Lüderbach), P 22 St. Ottilien, P 24 Söhrewald, Umbau P 2 Meißnerland in zwei Wege (P 2 Frankershäuser Karst, P 23 Höllental).

2. Energieweg Söhre: In Ergänzung zu dem bereits am Hohen Meißner bestehenden Lernweg zum Thema Trinkwasser konnte am Windpark Söhrewald im Landkreis Kassel in 2016 dieser Lernweg rund um das Thema Erneuerbare Energien eingerichtet werden. In Verbindung mit diesem Rundwanderweg wurde ein umfassendes Begleitprogramm zur Umweltbildung rund um das Thema Klimawandel/Klimaschutz entwickelt, welches insbesondere an Schulen im Bereich Kassel angeboten wird.

3. Barfußpfad Hoher Meißner: Die Besucherzahlen auf dem Barfußpfad liegen weiterhin bei über 20.000/Jahr. Die Mittel zur Unterhaltung des Pfades stammen aus der Spendensammelbüchse am Start des Pfades.

4. Mohnblüte Meißner

   2016 wurden im Rahmen des Projekts 17 ha Mohn angebaut (2011, 1 ha). Die Besucherzahlen auf dem Mohnrundweg lagen zwischen 15.000-20.000, in 2016 waren 92 Busgruppen zu Gast. Das Projekt entwickelt sich überdurchschnittlich erfolgreich. Der besondere Wert der Mohnblüte liegt in der überregionalen Werbewirksamkeit für die gesamte Naturparkregion. Es hat sich ein Alleinstellungsmerkmal entwickelt, das noch vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten birgt.

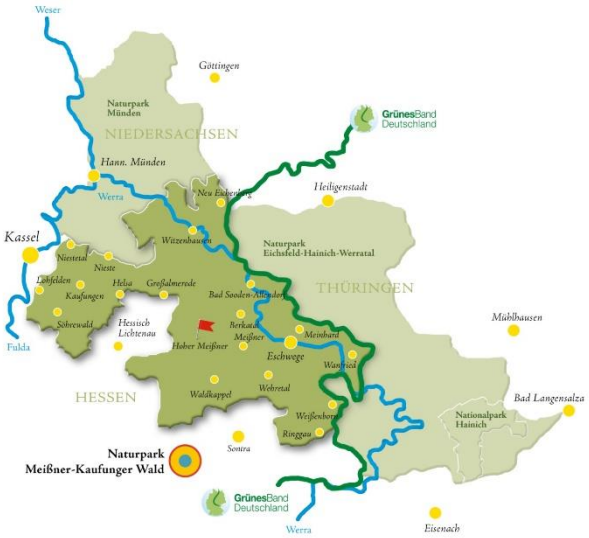
5. Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktagentur (ARGE) und dem Bundesvermögensamt

   Der Naturpark arbeitet seit Jahren mit der ARGE zusammen. Die ARGE vermittelt Arbeitskräfte im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Programmen an den Naturpark. Dadurch stehen dem Naturpark kostengünstige Arbeitskräfte für zusätzliche, öffentliche Aufträge zur Verfügung. Gleichzeitig dient der Naturpark der ARGE zur Qualifizierung der Maßnahmenteilnehmer für den ersten Arbeitsmarkt. In 2010 hat sich allerdings bereits abgezeichnet, dass die Arbeitsmarktprogramme auf Grund der besseren Konjunktur heruntergefahren werden. Gleichzeitig ist bei den Teilnehmern ein abfallendes Niveau bezüglich Ausbildung und Motivation feststellbar. Die rückläufigen Zuweisungen haben sich in der Folge weiter verschärft, die Konjunkturlage führt zu einer weiteren erfreulichen Belebung des Arbeitsmarktes, dadurch werden immer weniger Arbeitskräfte an den Naturpark zugewiesen. Die im Rahmen der AGH (Arbeitsgelegenheit) in 2015 zugewiesene Arbeitskräfte haben ihre Arbeit entweder nicht angetreten, oder frühzeitig abgebrochen.

   2011 konnten in Zusammenarbeit mit dem Bundesvermögensamt vier Bürgerarbeitsplätze eingerichtet werden, die sich zu einer guten Hilfe bei der Umsetzung der Naturparkziele erwiesen haben. Die Bürgerarbeitsplätze sind im Juli 2014 ausgelaufen. In 2016 verfügte der Naturpark nur noch über einen geförderten Arbeitsplatz.

6. Zusammenarbeit mit den angrenzenden Parks

   Der Naturpark Meißner-Kaufunger Wald grenzt an den Naturpark Eichsfeld-Hainich-Werratal mit dem Nationalpark Hainich und den Naturpark Münden. Die durch das Grüne Band verbundenen Parke bilden eine Gesamtfläche von rund 230.000 ha. 2010 wurde die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft besprochen, die aber nicht realisiert werden konnte.

   Die Zusammenarbeit mit Thüringen und Niedersachsen im naturgebundenen Tourismus ist ein wichtiges

Ziel für die regionale Entwicklung. Leider gibt es hier zurzeit keinerlei Impulse.

7. Geführte Wanderungen

   Bei den in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb angebotenen geführten Wanderungen/Angeboten des Naturparks konnten die Teilnehmerzahlen erneut gesteigert werden und erreichten in 2016 rund 17.578 Teilnehmer. Davon waren 4968 Teilnehmer Kinder.

8. Naturpark-Mobil mit Rangerinnen

   Im Jahr 2016 fuhr das Mobil zu 136 Einsätzen (2015: 101) überwiegend im Werra-Meißner-Kreis. Dabei gab es 121 Einsätze an Schulen, 15 Einsätze an Kindergärten. Teilnehmerzahlen Naturpark-Mobil 2016: 2517 (2015: 2183)

   Darüber hinaus wurden weitere 12 Veranstaltungen durchgeführt (Open flair, WWF-Feriencamp, Ferienspiele BSA, usw.).

   Um auf aktuelle Bedürfnisse, gesellschaftliche Entwicklungen einzugehen, wurden gezielt zwei neue Themenkreise in das Naturparkmobil-Angebot aufgenommen:

   a) Angebote für Flüchtlinge: Vielfältige naturpädagogische Angebote für Intensivklassen an Grundschulen und weiterführenden Schulen; finanziell unterstützt aus dem Programm "Region hat Zukunft" des WMK

   b): Lernwerkstatt Klimawandel in Hessen: Bau von zwei vollständigen Kistensätzen mit dem Materialien der Lernwerkstatt und Durchführung des Projekttages zum Klimawandel/Klimaschutz an Grundschulen und weiterf. Schulen; finanziell unterstützt mit Leadermitteln

9. Ausweitung der Naturparkfläche

   Die Gemeinden Sontra, Herleshausen, Nentershausen, Hess. Lichtenau und Großalmerode sind 2014 schriftlich an den Zweckverband herangetreten und haben um Aufnahme der Gemeindeflächen, bzw. der bisher noch nicht im Naturpark gelegenen Gemeindeflächen, gebeten.

Grafik 2: Lage der Gemeinden, die dem Naturpark beitreten möchten

Das Anliegen der Gemeinden wurde in den Gremien des Naturparks besprochen und als sinnvoll bewertet. Die Gemeinden möchten eine Fläche von rund 25.000 ha in den Naturpark einbringen.

Die geplanten Ausweitungsflächen liegen im Werra-Meißner-Kreis. Der Werra-Meißner-Kreis und der fast flächengleiche Naturpark Meißner-Kaufunger Wald beherbergen ein sehr bedeutendes Naturerbe. Das spiegelt sich in der hohen Dichte von FFH- und Vogelschutzgebieten wieder, die durch die Europäische Union entsprechend der Flora-Fauna-Habitatrichtlinie und der Vogelschutzrichtlinie ausgewiesen wurden. Durch die EU-Richtlinien sind 35,2 Prozent der Kreisfläche, also rund 35.000 Hektar unter Schutz gestellt. Kein anderer Landkreis in Hessen hat einen solchen Anteil Europäischer Schutzgebiete vorzuweisen. Auch das größte FFH-Gebiet Hessens mit rund 24.000 ha befindet sich im Werra-Meißner-Kreis. Darüber hinaus ist die Region Werratal, Meißner und Kaufunger Wald erst kürzlich vom Bundesamt für Naturschutz zu einer Hotspotregion der biologischen Vielfalt ausgewiesen worden. Dabei bildet das Naturschutzgroßprojekt Grünes Band das Bindeglied zu den Nachbarparks.

Bei der Verbandsversammlung der Naturparks 2014 hat die Verbandsversammlung einstimmig den Wunsch auf Ausweitung des Naturparks verabschiedet.

Auch die Kreistage des Werra-Meißner-Kreises und des Landkreises Kassel haben sich für die geplante Ausweitung der Naturparkfläche ausgesprochen.

Mit Schreiben vom 15.12.2014 hat der Naturpark die Ausweitung der Naturparkfläche beim zuständigen Ministerium beantragt.

Bei der Prüfung des Antrags auf eine weitere Ausweitung des Naturparks wurde durch das Ministerium festgestellt, dass die erste Ausweitung des Naturparks in 2007 nicht rechtskräftig geworden ist. Der Grund dafür lag in der fehlerhaften Bearbeitung im Ministerium, es wurde vergessen die Ausweitung im Staatsanzeiger zu erklären. Das Ministerium hat in der Folge die Förderung an den Naturpark, auf Grund der verringerten Größe, um 19.316 Euro in 2015 gekürzt auf 41.965 Euro.

Die beantragte zweite Ausweitung des Naturparks konnte in 2015 durch das Ministerium nicht vollzogen werden. Der Grund lag in der fehlenden Rechtsgrundlage zur Ausweitung nach Hess. Naturschutzgesetz. Die Rechtsgrundlage wurde durch die Auflösung der großen Landschaftsschutzgebiete in Hessen entzogen. Die Voraussetzungen zur Anpassung des Gesetzes wurden in 2015 durch das Ministerium vorbereitet. Eine Ausweitung des Naturparks war für 2016 geplant. Auf Grund weiterer Verzögerungen soll die Ausweitung über die Flächengröße von 2007 hinaus in 2017 erfolgen.

Weitere Entwicklung/Chancen und Risikobericht

Die in Netzwerken gefestigte Aufbauarbeit des Naturparks zeigt gute bis sehr gute Erfolge. Ziel ist die Fortführung der erfolgreichen Arbeit im Bereich Wandertourismus, Umweltbildung, Schaffung von regionalen Wertschöpfungsketten sowie die Verknüpfung von Zielen des Naturschutzes und des Tourismus. Die fehlenden Segmente Radfahren und Wasserwandern sowie Städtetourismus sind zu ergänzen.

Die Mohnblüte ist als Alleinstellungsmerkmal weiter zu entwickeln.

Die Nutzung der Chancen ist abhängig von:

a. Der ausreichenden Ausstattung des Naturparks mit Personal- und Finanzmitteln.

b. Der weiteren Entwicklung der Arbeiten in Netzwerken.

c. Der übergeordneten Optimierung der touristischen Vermarktung im Naturparkgebiet

Risiken:

Zu a: Im Bereich der angestellten Arbeitskräfte ist die Kapazitätsgrenze erreicht, ein Ausbau der bestehenden Arbeitsfelder und die Weiterentwicklung von Projekten ist unter den aktuellen Bedingungen nicht möglich. Bei den Arbeitern führt der Wegfall arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen unterschiedliche Förderpraxis zu einem Verlust an günstigen Arbeitskräften.

Die geschlossenen Arbeitsverträge wurden bereits mehrfach verlängert und bedürfen einer Entfristung. Die nachhaltige Pflege der Premiumwanderwege durch die Gemeinden ist nicht durchgehend gesichert.

Die Umsatzerlöse des Naturparks + Spenden (2016: rund 282.338 Euro) sind annähernd so hoch wie die Zuschüsse, Umlagen und Personalkostenerstattungen (2016: rund 298.864 Euro).

Zu b: Die Vernetzung der Arbeit des Naturparks ist gut vorangeschritten, es entstehen zunehmend Synergien. Begrenzender Faktor für weitere Verknüpfungen ist das Erreichen der Kapazitätsgrenzen beim Personal.

Zu. c: Die touristische Vermarktung im Naturparkgebiet ist zu kleinteilig und von außen (und teilweise auch von innen) nur schwer verständlich und uneffektiv. Die touristischen Produkte des Naturparks können nicht ihrer Wertigkeit entsprechend vermarktet werden.

Eine Bündelung der touristischen Aktivitäten und ein einheitliches Auftreten nach innen und außen sind dringend geboten. Ende 2016 wurde eine Zusammenführung von Naturpark und Werratal Tourismus Marketing GmbH auf Kreisebene beschlossen. Dadurch wird sich in 2017 die Situation bezüglich der Bündelung von Herstellung touristischer Produkte und deren Vermarktung stark verbessern.

Vorfälle von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres:

Es waren keine Vorfälle von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres bekannt.

3.2 Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord

Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord
Parkstraße 6
34576 Homberg
Telefon: 0 56 81- 775-205
Telefax: 0 56 81- 775-207

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Aufgabe des Zweckverbandes ist die unschädliche Beseitigung der im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse gemäß den Bestimmungen des TierNebG und den dazu ergangenen Vorschriften sowie die Erfüllung der den Landkreisen gem. § 8 Abs. 2 Hess. Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz obliegenden Zahlungspflicht (Drittellösung). Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann sich der Zweckverband eines privaten Unternehmers bedienen.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:
(18 Mitglieder)
Die Stellvertreter der Mitglieder sind in eckigen Klammern aufgeführt.

<u>bis 14.12.2016:</u>

Schwalm-Eder-Kreis

- Werner Lange [Hermann Häusling]
- Willi Werner (Vorsitzender) [Lothar Kothe]
- Reinhard Otto [Stefan Völker]

Landkreis Waldeck-Frankenberg

- Dieter Schaake [Heinz-Jürgen Hammer]
- Daniel May [Caroline Tönges]
- Eckhard Köster [Christof Dietzel]

Landkreis Hersfeld-Rotenburg

- Helmut Opfer [Manfred Koch]
- Petra Wiesenberg [Manfred Fehr]
- Horst Taube [Heinz Schlegel]

Werra–Meissner-Kreis

- Wolfgang Fischer [Ilona Rohde-Erfurth]
- Erwin Knies [Heike Nölke]
- Michael Stein [Erich Möller]

Stadt Kassel

- Monika Sprafke [Judith Boczkowski]
- Stefan Kortmann [Bernd Peter Doose]
- Karl–Jörg Schöberl [Kerstin Linne]

Landkreis Kassel

- Jürgen Noll [Sebastian Keese]
- Helga Heinemann [Thorsten Krohne]
- Erich Schaumburg (Stellvertretender Vorsitzender) [Hartmut Lind]

	<u>seit 15.12.2016:</u> Schwalm-Eder-Kreis • Gerd Höfer [Hermann Häusling] • Willi Werner (Vorsitzender) [Lothar Kothe] • Reinhard Otto [Stefan Völker] Landkreis Waldeck-Frankenberg • Dr. Hendrik Sommer [Dr. Harald Schaaf] • Ulrike Tönepöhl [Tobias Scherf] • Dieter Schütz [Friedrich Wilke] Landkreis Hersfeld-Rotenburg • Helmut Opfer [Petra Wiesenberg] • Horst Taube [Markus Becker] • Stefan Wild [Ina Uhlig] Werra–Meißner-Kreis • Peter Hieronimus [Lothar Nöding] • Friedel Lenze sen. [Friedel Lenze jun.] • Peter Freiherr von Diersburg [Michael Stein] Stadt Kassel • Petra Ullrich [Johannes Geerken] • Stefan Kortmann [Valentino Lipardi] • Steffen Müller [Dorothee Köpp] Landkreis Kassel • Jürgen Noll [Walter Brück] • Erich Schaumburg (Stellvertretender Vorsitzender) [Frank Hellwig] • Thorsten Krohne [Helga Pfleger]
Verbandsvorstand: (6 Mitglieder)	• Winfried Becker (Vorsitzender) • Dr. Rainer Wallmann (Stellv. Vorsitzender) • Jens Deutschendorf • Dr. Michael H. Koch • Anne Janz • Burghard Schneider von Lepel
Geschäftsführer:	Robert Hollstein

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Zweckverband
Gründungsjahr:	1979
Mitglieder/Beteiligungsquote:	• Schwalm-Eder-Kreis 16,67 % • Landkreis Waldeck-Frankenberg 16,67 % • Werra-Meißner-Kreis 16,67 % • Landkreis Hersfeld-Rotenburg 16,67 % • Stadt Kassel 16,67 % • Landkreis Kassel 16,67 %

geprüfter Jahresabschluss:	Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 wurde erstellt, die Prüfung wurde noch nicht abgeschlossen.
Abschlussprüfer:	Fachdienst Rechnungsprüfung des Landkreises Hersfeld-Rotenburg

Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord hat zum 01.01.2009 auf die doppelte Buchführung umgestellt. Folgende wesentliche wirtschaftliche Daten haben sich ergeben:

	2016 €	2015 €	2014 €
ordentliche Erträge + Finanzerträge	614.000	535.886	489.517
ordentliche Aufwendungen	614.000	535.886	489.517
Jahresergebnis	**0**	**0**	**0**
Eigenkapital	0	0	0
Forderungen gegenüber Mitgliedern	0	0	811
Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern	11.094	17.659	28.147
Zahlung durch Werra-Meißner-Kreis (Zweckverbandsumlage):	65.000	54.000	50.000

3.3 Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Sontra - Herleshausen - Nentershausen

Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Sontra
- Herleshausen - Nentershausen
Markplatz 6
36205 Sontra

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit sollen verschiedene Teilbereiche (u. a. Entwicklung, Erschließung und Unterhaltung eines interkommunalen Gewerbegebiets) gemeinsam umgesetzt werden.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung (16 Vertreter):	7 Vertreter Stadt Sontra, 3 Vertreter Gemeinde Herleshausen, 3 Vertreter Gemeinde Nentershausen, 2 Vertreter Werra-Meißner-Kreis, 1 Vertreter Landkreis Hersfeld-Rotenburg
Verbandsvorstand (5 Mitglieder):	3 Bürgermeister/in der Mitgliedsstädte und -gemeinden, Landräte Hersfeld - Rotenburg und Werra-Meißner-Kreis
Geschäftsführung:	Frau Ermisch-Huj

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Zweckverband
Gründungsjahr:	2006
Mitglieder/Beteiligungsquote:	Stadt Sontra (43,75 %), Gemeinde Herleshausen (18,75 %), Gemeinde Nentershausen (18,75 %), Landkreis Hersfeld-Rotenburg (6,25 %) und Werra-Meißner-Kreis (12,50 %)
geprüfter Jahresabschluss:	Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 wurde erstellt, die Prüfung wurde noch nicht abgeschlossen.
Abschlussprüfer:	Revision des Werra-Meißner-Kreises

Der Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Sontra - Herleshausen - Nentershausen hat zum 01.01.2009 auf die doppelte Buchführung umgestellt. Folgende wesentliche wirtschaftliche Daten (Plandaten) haben sich ergeben:

	2016 Plan	2015 Plan	2014
	€	€	€
Ordentliche Gesamterträge	220.900	180.800	148.902
Ordentliche Gesamtaufwendungen	220.900	180.800	147.818
Saldo im ordentlichen Ergebnis	**0**	**0**	**1.084**
Saldo im außerordentliches Ergebnis	**0**	**0**	**0**
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	689.000	1.350.000	900.410
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	966.800	1.350.000	1.381.944
Saldo aus Investitionstätigkeit	**- 277.800**	**0**	**- 481.534**
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	277.800	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	- 51.400	0	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	**226.400**	**0**	**0**
Zahlung durch Werra-Meißner-Kreis (Zweckverbandsumlage):	32.680	0	4.000

3.4 Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis

Zweckverband Abfallwirtschaft
Werra-Meißner-Kreis
Am Breitenberg 1
37290 Meißner-Weidenhausen
Tel.: 05657/9892-0
www.zva-wmk.de

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Einsammlung von Abfällen (Aufgabe durch die 13 Mitgliedsstädte und -gemeinden übertragen) sowie der Abfalltransport und die Verwertung von Bioabfall und Altpapier (durch den Werra-Meißner-Kreis übertragene Aufgabe).

Der Zweckverband Abfallwirtschaft ist ausschließlich hoheitlich tätig und übt keine wirtschaftliche Tätigkeit aus (§ 121 Abs. 2 Nr. 2HGO). Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:
(26 Mitglieder)
Die Stellvertreter der Mitglieder sind in eckigen Klammern aufgeführt.

<u>bis 05.06.2016:</u>

Werra–Meissner-Kreis

- Ludger Arnold [Sigrid Erfurth]
- Dieter Franz [Helga Först]
- Hans-Jürgen Gerlach [Christa Schein]
- Lothar Nöding [Peter Hieronimus]
- Fritz Schindewolf [Hans-Peter Biehl]
- Lothar Seeger [Lothar Hellwig]
- Armin Jung [Norbert Lennartz]
- Dr. Ulrich Fiege [Corinna Bartholomäus]
- Dirk Landau [Frank Fiedler]
- Friedrich Arnoldt [Erich Möller]
- Heinz-Otto Brandau [Dorothea Henkelmann]
- Peter Freiherr Roeder von Diersburg [Lena Arnoldt]
- Andreas Hölzel [Dieter Kirschner]

Bad Sooden-Allendorf

- Holger Logemann [Walter Rammenstein]

Berkatal

- Matthias Dix [Michael Putschkow]

Großalmerode

- Axel Schäfer [Magnus Alt]

Herleshausen

- Dr. Eberhard Seitz [Sigrid Eisenberg]

Hessisch Lichtenau

- Birgit Osigus-Koch [Jörg Probstmeier]

Meinhard

- Dirk Funke [Harald Küstner]

Meißner

- Matthias Schulze [Helga Först]

Neu Eichenberg

- Norbert Brendler [Lorenz Große]

Ringgau

- Thomas Schmidt [Markus Sennhenn]

Waldkappel

- Matthias Gesang [Corinna Müller]

Wanfried

- Ilse von Scharfenberg [Willi Herwig]

Wehretal

- Sabine Schomerus [Markus Apel]

Weißenborn

- Michael Hartmann [Reiner Dietrich]

ab 06.06.2016:

Werra–Meissner-Kreis

- Peter Freiherr Roeder von Diersburg [Uwe Brückmann]
- Dieter Franz [Ludger Arnold]
- Andreas Heine [Heidi Rettberg]
- Armin Jung [Corinna Bartholomäus]
- Dieter Kirschner [Andreas Hölzel]
- Dirk Landau [Frank Fiedler]
- Friedel Lenze sen. [Peter Hieronimus]
- Ute Lorenz-Roth [Jürgen Vogelei]
- Jutta Niklass [Michael Dölle]
- Lothar Nöding [Elisabeth Mangold]
- Stefan Schneider [Michael Craciun]
- Frank Susebach [Heike Nölke]
- Peter Wennemuth [Michael Zimmermann]

Bad Sooden-Allendorf

- Mario Babacz [Monika Dewath-Timmerberg]

Berkatal

- Matthias Dix [Elfi Schreiber]

Großalmerode

- Uwe Range [Uwe Fischer]

Herleshausen

- Helmut Wetterau [Udo Helmerich]

Hessisch Lichtenau

- Birgit Osigus-Koch [Ralf Pfaffenbach]

Meinhard

- Gerhard Pippert [Bernd Appel]

Meißner

- Matthias Schulze [Matthias Bodenstein]

Neu Eichenberg
- Klaus Hildebrand [Elisabeth Haag-Wollers]

Ringgau
- Thomas Schmidt [Manfred Ebeling]

Waldkappel
- Thomas Leutebrand [Heinz-Otto Brandau]

Wanfried
- Ilse von Scharfenberg [Gisbert Wandt]

Wehretal
- Sabine Schomerus [Hartmut Henkelmann]

Weißenborn
- Michael Hartmann [Reiner Dietrich]

Verbandsvorstand: (14 Mitglieder)	Landrat sowie Bürgermeister der Städte und Gemeinden bzw. von ihnen bestimmte Vertreter
Geschäftsführer:	Herr Wenderoth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Zweckverband
Gründungsjahr:	1992
Beteiligungen	keine
geprüfter Jahresabschluss:	Jahresabschlüsse 2009 bis 2016 wurden erstellt, die Prüfung aber noch nicht abgeschlossen
Mitglieder/ Beteiligungsquote:	Werra-Meißner-Kreis 50,00 % Städte und Gemeinden 50,00 %
Abschlussprüfer:	Revision des Werra-Meißner-Kreises

Der Zweckverband hat zum 01.01.2008 auf die doppelte Buchführung umgestellt. Die Eröffnungsbilanz wurde geprüft und festgestellt. Folgende wirtschaftliche Daten (Plandaten) haben sich ergeben:

	2016 Plan €	2015 Plan €	2014 Plan €
Ordentliche Gesamterträge	4.847.850	4.885.900	4.963.350
Ordentliche Gesamtaufwendungen	5.430.740	5.334.200	5.422.900
Saldo im ordentlichen Ergebnis	**- 575.690**	**- 448.300**	**-459.550**
Zahlung durch Werra-Meißner-Kreis (Zweckverbandsumlage):	0	0	0

Lagebericht

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis hat sein Rechnungswesen zum 01.01.2008 auf die Doppik umgestellt. Die Eröffnungsbilanz ist geprüft und mit dem Prüfungsbericht durch die Verbandsversammlung beschlossen worden.

Der Jahresabschluss 2008 ist geprüft, die Jahresabschlüsse 2009 bis 2016 sind vorbereitet und werden der Verbandsversammlung nach Fertigstellung und Prüfung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan – Doppik – für 2016 wurde von der Verbandsversammlung am 07.12.2015 beschlossen. Folgendes Haushaltsvolumen wird ausgewiesen:

Ergebnishaushalt

ordentliches Ergebnis

Erträge:	4.868.850 EUR
Aufwendungen:	5.444.540 EUR

Außerordentliches Ergebnis

Erträge	0 EUR
Aufwendungen	0 EUR

Fehlbedarf 575.690 EUR

Der Fehlbedarf wird planmäßig aus der Gebührenausgleichsrücklage gedeckt.

Finanzhaushalt aus laufender Verwaltungstätigkeit

1) Saldo der Ein- und Auszahlungen: - 433.740 EUR

Finanzhaushalt aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Saldo aus Investitionstätigkeit:	- 19.000 EUR
Saldo aus Finanzierungstätigkeit:	- 69.000 EUR
Finanzmittelfehlbedarf 2016:	- 521.740 EUR.

Kredite

Eine Kreditaufnahme für das Jahr 2016 ist nicht veranschlagt.

Stellenplan

Im Stellenplan 2016 wurde eine zusätzliche Stelle für eine/n Auszubildende/n für den Beruf einer/s Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement oder einer/s Verwaltungsfachangestellten eingerichtet sowie eine neue Stelle für den Behälteränderungsdienst und weitere Außendiensttätigkeiten.

Neben einem Carport für den Dienst-PKW am angemieteten Verwaltungscontainer in Meißner-Weidenhausen verfügt der Zweckverband darüber hinaus ausschließlich über bewegliche Sachen des Anlagevermögens (PKW, EDV, Büro- und Geschäftsausstattung, Abfallbehälter).

Zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben der Abfallentsorgung bedient sich der Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis privater Dritter. Der Vertrag über die Einsammlung und den Transport von Restmüll und Bioabfall sowie die Verträge über die Ein-

sammlung von Sperrmüll und Elektroaltgeräten und über Altpapier wurden 2015 EU-weit öffentlich ausgeschrieben und zum 01.01.2016 neu vergeben. Die Aufträge wurde an die Firma Johannes Fehr GmbH & Co. KG vergeben.

Über die Verwertung von Bioabfällen hat der Zweckverband Abfallwirtschaft mit Zustimmung des Werra-Meißner-Kreises zum 01.04.2015 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis Kassel geschlossen. Danach werden seit 01.04.2015 alle Bioabfälle aus dem Werra-Meißner-Kreis in der Vergärungs- und Kompostierungsanlage des Landkreises Kassel in Lohfelden verwertet.

Risikobewertung 2016

Eine Verbandsumlage oder sonstige finanzielle Belastungen für den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises oder anderer Verbandsmitglieder sind 2016 nicht erhoben und sind auch für die Folgejahre nicht geplant. Der Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis bewirtschaftet seinen gesamten Haushalt nach den Vorgaben des Kommunalabgabenrechtes und seiner Satzung als Gebührenhaushalt. Deshalb kann es keine Überschüsse o.ä. geben, die an den Werra-Meißner-Kreis oder andere Verbandsmitglieder ausgezahlt werden können.

Der Stand der Gebührenausgleichsrücklage zeigt anhand der vorläufigen Ergebnisrechnungen folgende Entwicklung:

Haushaltsjahr	**Stand zu Beginn des Jahres** **EUR**	**Zuführungen** **EUR**	**Entnahmen** **EUR**	**Stand am Ende des Jahres** **EUR**
2008	1.129.618	180.997		1.310.614
2009	1.310.614		87.610	1.223.004
2010	1.223.004	82.151		1.305.155
2011	1.305.155	314.673		1.619.828
2012	1.619.828	369.801		1.989.629
2013	1.989.629	312.915		2.302.544
2014	2.302.544		525.187*	1.777.357
2015	1.777.354		617.906*	1.159.451
2016	1.159.451		20.461	1.138.990
2017	1.138.990		545.670	593.320

Hinweis zu den Tabellen:

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 und die Jahresrechnung 2008 sind geprüft.

Bis zum Jahr 2016 handelt es sich um vorläufige Ergebnisse, für das Jahr 2017 handelt es sich um die Planzahlen aus dem Haushalt.

** In der Entnahme für 2014 sind 400.000 € und für 2015 sind 500.000 € für anteilige Investitionen (Behälterbeschaffung) enthalten. Die endgültigen Beträge werden mit den jeweiligen Jahresabschlüssen festgelegt.*

Neben der Gebührenausgleichsrücklage hat sich die Rücklage aus den außerordentlichen Ergebnissen wie folgt entwickelt:

Haushaltsjahr	Stand zu Beginn des Jahres EUR	Fehlbetrag EUR	Überschuss EUR	Stand am Ende des Jahres EUR
2008	0	64.403		- 64.403
2009	- 64.403		166	- 64.237
2010	- 64.237		87.657	23.420
2011	23.420		43.108	66.528
2012	66.528		2.686	69.214
2013	69.214		2.535	71.749
2014	71.749		877	72.626
2015	72.626		917	73.543
2016	73.543	0	0	73.543
2017	73.543	0	0	73.543

Unabhängig von diesen Rücklagen sind **Rückstellungen** gebildet worden, die sich zum 31.12.2016 wie folgt darstellen:

Pensionen	355.436 Euro
Beihilfen	65.026 Euro
Altersteilzeit	1.157 Euro
Leistungsentgelt	25.092 Euro
Prüfungsleistungen	81.261 Euro
Gesamt	**527.972 Euro**

Der Bestand auf den Bankkonten der Verbandskasse belief sich am 31.12.2016 auf **1.237.269 Euro.**

Am 07.12.2015 hat die Verbandsversammlung eine Neufassung der Abfall- und Gebührensatzung zum 01.01.2016 beschlossen. Dieser liegt eine Neukalkulation der Gebühren für die Jahre 2016 und 2017 zugrunde. Dabei ist für beide Kalkulationsjahre zur Deckung der Aufwendungen eine Rücklagenentnahme vorgesehen.

3.5 ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (KGRZ)

ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Carlo-Mierendorff-Straße 11
35398 Gießen
Tel.: 0641-9830-0
Internet: www.ekom21.de

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Bereitstellung von informations- und kommunikationstechnischen Anlagen und Sicherstellung von landeseinheitlichen Verfahren sowie Programmentwicklungen

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:	Vertreter von Gemeinden, Gemeindeverbänden und juristischen Personen des öffentlichen Rechts
Verbandsvorstand (15 Mitglieder):	5 Mitglieder des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, 3 Mitglieder des Hessischen Städtetages, 3 Mitglieder des Hessischen Landkreistages, 1 Mitglied des Landes Hessen, 3 Mitglieder der Personalvertretung der ekom21
Geschäftsführung:	Bertram Huke Ulrich Künkel

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsjahr:	2008
Stammkapital:	11.600.000 €
Beteiligungen:	ekom21 GmbH (100%) KIV Thüringen GmbH (48,8%) KOPIT eG (25%)
Mitglieder:	Landkreise, Städte und Gemeinden des Landes Hessen sowie sonstige Mitglieder (Zweckverbände u.a.)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 28.04.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	18.390.301	19.715.776	17.261.411
Umlaufvermögen	64.973.068	60.597.619	59.399.701
Rechnungsabgrenzungsposten	1.287.075	1.094.341	1.152.278
Bilanzsumme	**84.650.444**	**81.407.736**	**77.813.390**
Passiva			
Eigenkapital	36.235.350	35.984.942	35.894.597
Rückstellungen	35.710.812	34.109.924	29.240.969
Verbindlichkeiten	12.700.432	10.995.737	12.347.918
Rechnungsabgrenzungsposten	3.850	317.134	329.905
Bilanzsumme	**84.650.444**	**81.407.736**	**77.813.390**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Rohergebnis	50.835.789	47.056.801	44.969.141
Personalaufwand	36.654.897	34.267.611	32.078.817
Abschreibungen	3.610.248	3.394.153	3.320.802
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.981.329	8.141.053	8.327.427
Ergebnis aus Finanzanlagen	25.727	35.774	46.787
Zinsergebnis	-324.595	-360.781	-226.421
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**290.446**	**928.978**	**1.062.460**
Außerordentliches Ergebnis	0	-492.637	-885.907
Steuern	40.038	345.996	17.747
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**250.408**	**90.345**	**158.806**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	425	423	416
Anlagenintensität in %	21,72%	24,22%	22,18%
Eigenkapitalquote in %	42,81%	44,20%	46,13%
Verschuldungsgrad (Faktor)	1,34	1,26	1,17

4 Stiftungen

4.1 Naturparkstiftung des Werra-Meißner-Kreises

Naturparkstiftung
des Werra-Meißner-Kreises
Schloßplatz 1
37269 Eschwege
Telefon 05651 / 302-0
Telefax 05651 / 302-1999
Internet: http://www.werra-meissner-kreis.de/naturparkstiftung

Naturparkstiftung
des Werra-Meißner-Kreises
- rechtsfähige Stiftung des
bürgerlichen Rechts -

Gegenstand und Zweck der Stiftung

Zweck der Stiftung ist

- die Ermöglichung naturnaher Erholung im Bereich des Naturparks Meißner-Kaufunger Wald,
- die Besucherlenkung im Naturpark Meißner-Kaufunger Wald,
- die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Natur und Umweltbildung,
- die Natur- und Landschaftspflege,
- die Unterstützung der Regionalentwicklung.

Grundstockvermögen

Stiftungskapital: 1.000 Tsd. €

Organe der Stiftung

Stiftungsvorstand:	13 Mitglieder des Kreisausschusses, davon kraft Amtes der Landrat und der Erste Kreisbeigeordnete
Vorsitzender des Vorstands:	Landrat Stefan G. Reuß

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Errichtung:	04.06.2008
Beteiligungen:	Keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 14.02.2017 zum 31.12.2016
Abschlussprüfer:	Revision des Werra-Meißner-Kreises

	2016	2015	2014
	€	€	€
Stiftungskapital	1.024.824	1.024.824	1.024.824
Ergebnisvortrag und Rücklage	99.957	92.210	90.511
Ausgaben für Stiftungszweck	32.400	38.300	24.900

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Unmittelbare Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises haben sich im Berichtsjahr und den vorangegangen Jahren nicht ergeben.

Tätigkeitsbericht

1 Einleitung

Die Errichtung der Naturparkstiftung des Werra-Meißner-Kreises (kurz: Naturparkstiftung) mit Sitz in Eschwege ist als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts anerkannt.

Nach § 8 Nr. 1.4 der Stiftungsverfassung muss der Vorstand einen jährlichen Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr erstellen. Der Bericht für das Geschäftsjahr 2016 gibt Informationen über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Förderung des Stiftungszwecks.

2 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Verhältnisse

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 konnte wie im Vorjahr ein Zinsertrag von 40.000,00 € und Einnahmen aus Gerichtsauflagen von 150,00 € erwirtschaftet werden. Die Auszahlungen für den Stiftungszweck betragen 32.400,00 €. Der Schuldposten weist zum 31.12.2016 einen Bestand von 22.380,00 € auf.

Das Reinvermögen beläuft sich zum 31.12.2016 auf 1.102.401,17 € und setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

• Stiftungskapital lt. Verfassung	1.000.000,00 €
• Hinzustiftung (§ 62 Abs. 4 AO)	24.824,15 €
	1.024.824,15 €
• Ergebnisvortrag	78.447,00 €
• Rücklagen nach § 62 Abs.1 Nr. 3 AO	21.510,02 €
	1.124.781,17 €
• abzgl. Schuldposten	- 22.380,00 €
	1.102.401,17 €

Die Stiftung ist mit Freistellungsbescheid vom 27.11.2014 für 2011 – 2013 als steuerbegünstigte gemeinnützige Körperschaft von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Die Einrichtung erfüllt mit der Satzung vom 04.06.2008 die satzungsmäßigen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 Abgabenordnung.

Weitere Einzelheiten können der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2016 entnommen werden.

3 Förderung des Stiftungszwecks

Auf der Grundlage der Vorstandssitzung vom 14.12.2016 wurde dem Antrag des Zweckverbands Naturpark Meißner - Kaufunger Wald auf finanzielle Unterstützung der folgenden Ersatzbeschaffungen i. S. des Förderungszwecks der Stiftung in der Höhe von 22.380,00 € zugestimmt:

1) Fahrzeugersatzbeschaffung des Naturparks-Mobil	10.900,00 €
2) PKW-Ersatzbeschaffung für den Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege	11.480,00 €

Die Auszahlung erfolgte zu Beginn des Jahres 2017.

Weitere Förderungen wurden in 2016 nicht beschlossen.

4 Sonstiges

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 haben sich keine Ereignisse von besonderer bzw. grundsätzlicher Bedeutung ergeben.

4.2 Sozial- und Familienstiftung des Werra-Meißner-Kreises

Sozial- und Familienstiftung des Werra-Meißner-Kreises
Schloßplatz 1
37269 Eschwege
Telefon 05651 / 302-0
Telefax 05651 / 302-1999
Internet: http://www.werra-meissner-kreis.de/sozialstiftung

Sozial- und Familienstiftung des Werra-Meißner-Kreises
- rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts -

Gegenstand und Zweck der Stiftung

Zweck der Stiftung ist

- die soziale Unterstützung benachteiligter Gruppen und Einzelpersonen im Werra-Meißner-Kreis,
- die Familienarbeit im Rahmen des Lokalen Bündnisses für Familie im Werra-Meißner-Kreis,
- die Bildungsarbeit für alle Altersgruppen im Werra-Meißner-Kreis,
- die kulturelle Arbeit im Werra-Meißner-Kreis,
- das ehrenamtliche Bürgerengagement im Werra-Meißner-Kreis.

Grundstockvermögen

Stiftungskapital: 1.000 Tsd. €

Organe der Stiftung

Stiftungsvorstand:	13 Mitglieder des Kreisausschusses, davon kraft Amtes der Landrat und der Erste Kreisbeigeordnete
Vorsitzender des Vorstands:	Landrat Stefan G. Reuß

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Errichtung:	04.06.2008
Beteiligungen:	Keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 14.02.2017 zum 31.12.2016
Abschlussprüfer:	Revision des Werra-Meißner-Kreises

	2016	2015	2014
	€	€	€
Stiftungskapital	1.039.296	1.039.296	1.039.296
Ergebnisvortrag und Rücklage	97.873	105.674	95.375
Ausgaben für Stiftungszweck	47.800	29.700	43.000

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

In den vergangenen Jahren hat der Werra-Meißner-Kreis folgende Erträge bzw. Zahlungsmittelzuflüsse realisiert:

2016	2015	2014	2013
42.800	29.700	40.000	0

Tätigkeitsbericht (Auszug)

1 Einleitung

Die Sozial- und Familienstiftung des Werra-Meißner-Kreises (kurz: Sozial- und Familienstiftung) mit Sitz in Eschwege ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

Nach § 8 Nr. 1.4 der Stiftungsverfassung muss der Vorstand einen jährlichen Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr erstellen. Der Bericht für das Geschäftsjahr 2016 gibt Informationen über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Förderung des Stiftungszwecks.

2 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Verhältnisse

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 konnte wie im Vorjahr ein Zinsertrag von 40.000,00 € erwirtschaftet werden. Die Auszahlungen für den Stiftungszweck betragen in 2016 47.800,00 € (Vorjahr: 29.700,00 €). Schuldposten liegen zum 31.12.2016 nicht vor.

Die Jahresrechnung 2016 weist zum Ende des Geschäftsjahrs ein Reinvermögen von 1.137.169,50 € aus und setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

• Stiftungskapital lt. Verfassung	1.000.000,00 €
• Hinzustiftung (§ 62 Abs. 4 AO)	39.296,05 €
	1.039.296,05 €
• Ergebnisvortrag	80.097,45 €
• Rücklagen nach § 62 Abs.1 Nr. 3 AO	17.776,00 €
	1.137.169,50 €

Die Stiftung ist mit Freistellungsbescheid vom 03.06.2015 für 2014 – 2015 als steuerbegünstigte gemeinnützige Körperschaft von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Die Einrichtung erfüllt mit der Satzung vom 04.06.2008 die satzungsmäßigen Voraussetzungen nach den §§ 51, 59, 60 und 61 Abgabenordnung.

Weitere Einzelheiten können der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2016 entnommen werden.

3 Förderung des Stiftungszwecks

Im Geschäftsjahr 2016 wurde dem Werra-Meißner-Kreis, Fachdienst 4.5 Jugendförderung/Jugendarbeit mit Beschluss vom 09.11.2015 eine Zuwendung von 40.000,00 € zur Finanzierung der „Projektorientierten Schulsozialarbeit an Grundschulen“ für 2016 geleistet. Die Auszahlung erfolgte in 2016.

Daneben wurde der Ev. Familienbildungsstätte Mehrgenerationenhaus zur Durchführung des Projekts Freiwilliges Soziales SchulJahr (14 plus) ein zweckgebundener Zuschuss für 2017 von 5.000,00 € gewährt.

Der Stiftungsvorstand gewährt in 2016 dem Werra-Meißner-Kreis (FB 4 Fachbereich Jugend, Familie, Senioren und Soziales) zur Herstellung und Verteilung einer Broschüre zum 10-jährigen Jubiläum des „Lokalen Bündnisses für Familien im Werra-Meißner-Kreis“ einen zweckgebunden Zuschuss von 2.800 €.

4 Sonstiges

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016 haben sich keine Ereignisse von besonderer bzw. grundsätzlicher Bedeutung ergeben.

5 Sonstige Beteiligungen

5.1 NVV Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH

Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH
Rainer-Dierichs-Platz 1 (Hauptbahnhof)
34117 Kassel
E-Mail: info@nvv.de
Internet: www.nvv.de

Gegenstand der Gesellschaft und öffentlicher Zweck

Im Geschäftsbereich Verkehrsverbund dient die Gesellschaft dem Zwecke der gemeinsamen Erfüllung der Aufgabe öffentlicher Personennahverkehr im Gebiet der kommunalen Gesellschafter.

Im Geschäftsbereich Fördergesellschaft fördert die Gesellschaft alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen

Die Gesellschaft übt keine wirtschaftliche Tätigkeit gem. § 121 Abs. 2 HGO aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Werra-Meißner-Kreis (14,29 %)
	Landkreis Hersfeld-Rotenburg (14,29 %)
	Schwalm-Eder-Kreis (14,29 %)
	Landkreis Waldeck-Frankenberg (14,29 %)
	Landkreis Kassel (14,29 %)
	Stadt Kassel (14,29 %)
	Land Hessen (14,29 %)
Aufsichtsrat:	Landrat Uwe Schmidt (Vorsitzender)
	Staatssekretär Matthias Samson
	Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland
	Oberbürgermeister Bertram Hilgen
	Landrat Dr. Michael Koch
	Landrat Winfried Becker
	Landrat Dr. Reinhart Kubat
	Landrat Stefan G. Reuß
Beirat:	Im Beirat sollen die für Nordhessen zuständigen Organisationen und Institutionen der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wissenschaft, der Fahrgäste und Verkehrsverbände vertreten sein. Der Beirat soll die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat unterstützen und beraten.
	Der Beirat ruht zurzeit.
Geschäftsführer:	Wolfgang Rausch
	Christian Geselle

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	29.4.1992

Stammkapital:	35.790,43 € (entspricht 70 Tsd. DM)
Beteiligungen:	Regionalmanagement Nordhessen GmbH (50%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 31.05.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG:	ja
Abschlussprüfer:	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

	2016	2015	2014
	€	€	€
Zahlungen durch den Werra-Meißner-Kreis:	244.547	289.050	207.237
Davon für den Geschäftsbereich:			
Fördergesellschaft	74.547	75.550	85.390
Verkehrsverbund	170.000	213.500	121.847

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Anlagevermögen	0,9	0,9	1,0
Umlaufvermögen	49,7	49,0	49,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,1	0,0
Bilanzsumme	**50,7**	**50,0**	**50,0**
Passiva			
Eigenkapital	0,1	0,1	0,1
Sonderposten	18,0	17,6	19,5
Rückstellungen	16,9	16,4	13,4
Verbindlichkeiten	15,6	15,9	17,1
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	**50,7**	**50,0**	**50,0**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 Tsd. €	2015 Tsd. €	2014 Tsd. €
Rohergebnis	5.531,4	4.944,7	4.467,9
Personalaufwand	3.924,6	3.704,5	3.346,3
Abschreibungen	198,4	171,2	172,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	724,4	683,5	691,4
Aufwand aus Verlustübernahmen	781,2	580,0	554,7
Erträge aus der Auflösung des Sonderposten	198,4	171,2	172,1
Zinsergebnis	-101,2	23,3	124,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0
Steuern	0,0	0,0	0,0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	84	73	68
Anlagenintensität in %	1,76%	1,89%	2,05%
Eigenkapitalquote in %	0,23%	0,23%	0,23%
Verschuldungsgrad (Faktor)	433,47	427,35	427,75

5.2 Regionalmanagement Nordhessen GmbH

Regionalmanagement Nordhessen GmbH
Ständeplatz 13
34117 Kassel
Tel.: 0561/9706200
Fax: 05651/9706222
E-Mail: info@regionnordhessen.de
Internet: www.regionnordhessen.de

Gegenstand der Gesellschaft und öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft koordiniert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (50,00 %) Industrie- und Handelskammer Kassel (30,00 %) Handwerkskammer Kassel (15,00 %) Pro Nordhessen e.V. (5,00 %)
Aufsichtsrat:	Stimmberechtigte Mitglieder: • Heinrich Gringel (Vorsitzender) • Winfried Becker • Eberhard Bierschenk • Bertram Hilgen • Dr. Michael Koch • Dr. Reinhart Kubat • Stefan Lange • Georg von Meibom • Landrat Stefan G. Reuß • Landrat Uwe Schmidt • Sybille von Obernitz (ab 20.04.2016) • Ulrich Spengler (bis 20.04.2016) • Jörg Ludwig Jordan (ab 14.07.2016) • Prof. Dr. Martin Viessmann (bis 14.07.2016) Nicht stimmberechtigte Mitglieder: • Tarek Al-Wazir • Dr. Thorsten Ebert • Martin Schmitt • Prof. Dr. Karim Khakzar • Prof. Dr. Katharina Krause • Dr. Walter Lübcke • Frank Nickel • Prof. Dr. Reiner Finkeldey • Christian Geselle

- Daniela Ullrich
- Harold Grönke (ab 20.04.2016)
- Jürgen Kümpel (ab 20.04.2016)
- Bernd Rudoph (bis 20.04.2016)
- Rainer Geisel (ab 20.04.2016)
- Michael Rudolph

Geschäftsführer: Holger Schach

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2002
Stammkapital:	50.000,- €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 28.03.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG:	ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker . Berger + Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	57.969	63.410	61.553
Umlaufvermögen	833.874	1.348.203	783.875
Rechnungsabgrenzungsposten	27.549	10.276	16.708
Bilanzsumme	**919.392**	**1.421.889**	**862.136**
Passiva			
Eigenkapital	50.000	50.000	50.000
Rückstellungen	81.000	78.750	68.685
Verbindlichkeiten	766.367	1.289.339	725.298
Rechnungsabgrenzungsposten	22.026	3.800	18.153
Bilanzsumme	**919.392**	**1.421.889**	**862.136**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Rohergebnis	2.171.428	3.339.785	2.470.651
Personalaufwand	1.753.299	1.632.233	1.407.000
Abschreibungen	20.071	29.467	21.018
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.854.860	2.764.326	2.087.647
Zinsergebnis	-11.730	-7.621	-2.237
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.468.533**	**-1.093.862**	**-1.047.251**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	345	338	321
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**-1.468.878**	**-1.094.200**	**-1.047.573**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	52	49	43
Anlagenintensität in %	6,31%	4,46%	7,14%
Eigenkapitalquote in %	5,44%	3,52%	5,80%
Verschuldungsgrad (Faktor)	17,39	27,44	16,24

5.3 Hessische Landgesellschaft mbH

Hessische Landgesellschaft mbH
Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung
Wilhelmshöher Allee 157 - 159
34121 Kassel
E-Mail: info@hlg.org
Internet: www.hlg.org

Hessische Landgesellschaft mbH
Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung

Gegenstand der Gesellschaft und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung von Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter:	• Land Hessen (61,92 %) • Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (37,11 %) • Werra-Meißner-Kreis (0,05 %) • Weitere 14 Gesellschafter
Aufsichtsrat: (8 Mitglieder)	• Staatssekretär Mathias Samson (Vorsitzender) • Gisela Kemper (Stellvertretende Vorsitzende) • Ministerialdirigent Elmar Damm • Landrätin Kirsten Fründt • Stellvertretender Generalsekretär Dr. Hans Herman Harpain • Geschäftsleiter Eckhard Hassebrock • Abteilungsleiter Dr. Harald Schlee • Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser
Geschäftsführer**:**	Prof. Dr. Harald Müller Prof. Dr. Martina Klärle (seit 01.10.2016)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1971
geprüfter Jahresabschluss:	vom 20.05.2016 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker . Berger + Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Bilanz

Aktiva	2016	2015	2014
	€	€	€
Anlagevermögen	1.324.498	1.397.028	1.506.445
Umlaufvermögen	249.228.159	248.242.296	234.771.315
Rechnungsabgrenzungsposten	32.457	58.103	74.475
Bilanzsumme	**250.585.114**	**249.697.427**	**236.352.234**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	3.544.148	3.544.148	3.544.148
Gewinnrücklage	61.411.680	57.927.625	54.433.609
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	5.150.500	3.484.055	3.494.016
	70.106.328	64.955.828	61.471.773
Rückstellungen	28.310.577	24.216.796	25.659.547
Verbindlichkeiten	151.804.908	160.521.923	149.182.912
Rechnungsabgrenzungsposten	363.302	2.881	38.002
Bilanzsumme	**250.585.114**	**249.697.427**	**236.352.234**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Umsatzerlöse	66.708.748	64.983.776	53.067.331
Bestandsveränderungen	7.208.545	9.891.318	-3.308.179
Sonstige betriebliche Erträge	152.378	791.753	580.492
Materialaufwand	56.036.251	60.498.531	33.979.425
Personalaufwand	7.294.041	7.107.218	6.532.461
Abschreibungen	247.020	236.986	271.019
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.202.227	1.641.323	1.917.622
Ergebnis aus Beteiligungen	502	569	518
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlage-vermögens	8	8	8
Zinsergebnis	-3.164.486	-2.699.375	-3.399.886
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**5.126.154**	**3.483.990**	**4.239.755**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	-674.000
Steuern	-24.346	-64	71.739
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**5.150.500**	**3.484.055**	**3.494.016**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	123	120	114
Anlagenintensität in %	0,53%	0,56%	0,64%
Eigenkapitalquote in %	27,98%	26,01%	26,01%
Verschuldungsgrad (Faktor)	2,57	2,84	2,84

5.4 Sparkasse Werra-Meißner

Sparkasse Werra-Meißner
Friedrich-Wilhelm-Str. 40-42
37269 Eschwege
Telefon 05651 / 306-0 Telefax 05651 / 306-50000
Internet: www.sparkasse-werra-meissner.de

Gegenstand der Anstalt und öffentlicher Zweck

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat:

- Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender)

Sachkundige Mitglieder:

- Lothar Quanz (Stellvertretender Vorsitzender)
- Landesdirektor Uwe Brückmann
- Dieter Franz
- Hans-Jürgen Germerodt
- Claus Hamp
- Patricia Hölzel
- Uwe Liedebrand (seit 20.06.2016)
- Bürgermeisterin Ilona Rohde-Erfurt
- Andrea Stöber
- Dr. Rita Weber-Wied (bis 19.06.2016)

Bedienstete der Sparkasse:

- Susanne Achterling
- Hartmut Beck
- Martina Brunow (seit 20.06.2016)
- Wolfgang Huth
- Gerd Rautenkranz (bis 19.06.2016)
- Volker Troll (seit 20.06.2016)
- Tanja Wreschniok (bis 19.06.2016)

Vorstand:

- Frank Nickel (Vorsitzender)
- Marc Semmel

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründungsjahr:	1844
Träger:	Werra-Meißner-Kreis

Beteiligungen (nur Anteilsbesitz von 20% oder mehr):	• S-WM Finanzberatungs GmbH (100%) • Verwaltungsgesellschaft der Sparkasse Werra-Meißner mbH i.L. (100%) • Erneuerbare Energien Eschwege Komplementär GmbH (33,3%) • F & W Projektgesellschaft mbH (50%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 17.05.2017 zum 31.12.2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Abschlussprüfer:	Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr wurde aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2015 eine Ausschüttung in Höhe von 891 Tsd. € (brutto) an den Werra-Meißner-Kreis als Träger vorgenommen.

Bilanz

Aktiva	**2016**	**2015**	**2014**
	€	**€**	**€**
Barreserve	20.095.744	20.816.047	19.440.406
Forderungen an Kreditinstitute	119.398.968	105.501.971	128.656.549
Forderungen an Kunden	1.016.354.449	1.002.758.973	994.702.966
Finanzanlagen	581.551.161	564.569.524	554.598.241
Immaterielle Anlagewerte	41.739	61.044	55.346
Sachanlagen	25.974.188	27.503.881	29.325.701
Sonstige Aktiva	13.387.785	15.573.878	18.643.785
Bilanzsumme	**1.776.804.033**	**1.736.785.318**	**1.745.422.992**
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	464.780.664	413.143.957	414.370.252
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.021.625.727	1.019.846.084	1.012.725.858
Verbriefte Verbindlichkeiten	38.844.018	64.759.629	89.976.438
Rückstellungen	12.926.634	14.121.692	12.722.379
Sonstige Passiva	12.633.210	14.451.277	15.587.087
Nachrangige Verbindlichkeiten	36.075.297	37.290.495	39.089.613
Genussrechtskapital	0	0	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	84.000.000	69.500.000	59.500.000
Eigenkapital	105.918.483	103.672.185	101.451.366
Bilanzsumme	**1.776.804.033**	**1.736.785.318**	**1.745.422.992**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016	2015	2014
	€	€	€
Zinsüberschuss	23.533.530	24.519.249	26.892.363
Laufende Erträge	11.428.047	10.646.398	9.399.989
Provisionsüberschuss	9.397.495	9.582.319	9.187.083
Restliche betriebliche Erträge	1.782.420	2.412.344	2.141.863
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-30.152.729	-29.900.084	-28.508.499
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-1.887.907	-2.205.009	-2.038.503
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-997.434	-1.322.303	-1.588.410
Bewertungsergebnis von Forderungen und bestimmten Wertpapieren	7.750.784	1.726.637	505.216
Bewertungsergebnis von Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und Wertpapieren des Anlagevermögens	-135.409	863.496	1.099.616
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-14.500.000	-10.000.000	-10.000.000
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**6.218.796**	**6.323.047**	**7.090.719**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	-3.081.497	-3.211.227	-4.526.348
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**3.137.299**	**3.111.820**	**2.564.371**

Kennzahlen

	2016	2015	2014
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	362	375	376
Eigenkapitalquote in % (im engeren Sinne)	5,96%	5,97%	5,81%
Verschuldungsgrad (Faktor)	15,78	15,75	16,20
Eigenmittel gemäß Art. 72 CRR	196,7 Mio. €	188,8 Mio. €	180,1 Mio. €

6 Gewährte Bürgschaften des Werra-Meißner-Kreises

6.1 EAM GmbH & Co. KG

Gläubiger:	Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Landesbank Baden-Württemberg, Deutsche Kreditbank AG, WIBank, Kasseler Sparkasse, Stadtsparkasse Borken, Sparkasse Battenberg, Sparkasse Laubach-Hungen, Sparkasse Dillenburg, Sparkasse Fulda, Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg, Sparkasse Werra-Meißner, Sparkasse Wetzlar, Sparkasse Marburg-Biedenkopf, Kreissparkasse Schwalm-Eder, Sparkasse Hanau, Kreissparkasse Gelnhausen, Kreissparkasse Schlüchtern, Sparkasse Einbeck, Kreis-Sparkasse Northeim, Sparkasse Göttingen, Kreis- und Stadtsparkasse Münden, Sparkasse Duderstadt, Sparkasse Osterode am Harz, Kreissparkasse Altenkirchen (Stadt Wissen), Kreissparkasse Eichsfeld, Leinefelde-Worbis
Zweck:	Finanzierung des Erwerbs sämtlicher Anteile an der E.ON Mitte AG (nun: EAM Beteiligungen GmbH) von der E.ON Beteiligungen GmbH mittels Aktienkaufs
Bürgschaftserklärung:	27.11.2015
Höhe der Bürgschaft:	Hauptforderung: 7.589.428,88 € (Stand per 31.12.2016: 6.798.718,45 €) Nebenforderungen: 1.442.726,34 € (Stand per 31.12.2016: 1.442.726,34 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 8.12.2015 mit folgenden Auflagen: • Bedingungen der Bürgschaftserklärung vom 27.11.2015, • Änderungen der Bürgschaftserklärung bedürfen der Genehmigung des Regierungspräsidiums, • es gelten die Bedingungen des Darlehensvertrages vom 13.12.2013.

6.2 Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH

Gläubiger:	Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel
Zweck:	Die Bürgschaft erstreckt sich auf alle künftigen, auch bedingten Forderungen der Zusatzversorgungskasse gegen die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH aus der Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse.
Bürgschaftserklärung:	03.01.2011
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 mit folgenden Auflagen: • Bedingungen der Bürgschaftserklärung vom 03.01.2011, • Beschränkung auf den tatsächlichen Anteil des Landkreises an der Gesellschaft, • Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

6.3 Klinikum Werra-Meißner GmbH

a)

Gläubiger:	Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel
Zweck:	Die Bürgschaft erstreckt sich auf alle künftigen, auch bedingten Forderungen der Zusatzversorgungskasse gegen das Klinikum Werra-Meißner GmbH aus der Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse.
Bürgschaftserklärung:	03.01.2011
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 mit folgenden Auflagen: • Bedingungen der Bürgschaftserklärung vom 03.01.2011, • Beschränkung auf den tatsächlichen Anteil des Landkreises an der Gesellschaft, • Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

b)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 61070098)
Zweck:	Anteilsfinanzierung des Erweiterungsbaus
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	1.915.569,20 € (Stand per 31.12.2016: 1.437.662,33 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehensvertrags: • Darlehenszinssatz: 4,57 % p. a., • Zinsfestschreibung für den Zeitraum vom 30.04.2004 bis 30.12.2028, • vierteljährliche Tilgungsraten, • Rückzahlung mit 1,58 % p. a. des ursp. Darlehens von 2.556.459,40 € zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen (Annuitätendarlehen), • Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

c)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 610014680)
Zweck:	Anteilsfinanzierung zur Sanierung des Altbaus/Pflegetraktes
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	1.800.341,86 € (Stand per 31.12.2016: 1.493.856,22)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehens: • Darlehenszinssatz: 4,70 % p. a., • Zinsfestschreibung bis 30.10.2017, • vierteljährliche Tilgungsraten, • Rückzahlung mit 1,00 % p. a. des ursp. Darlehens von 3.300.000,00 € zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen (Annuitätendarlehen), • Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

d)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 610024085)
Zweck:	Refinanzierung von nicht geförderten Investitionsmaßnahmen
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	1.785.219,50 € (Stand per 31.12.2016: 1.116.763,53 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehensvertrags:

- Darlehenszinssatz: 1,15 % p. a.,
- Zinsfestschreibung bis zum 28.2.2025,
- Zinszahlung in Teilbeträgen jeweils am Monatsende,
- monatliche Leistungsraten (Zinsen und Tilgung) von 12.000,00 €, erstmalig am 30.01.2011,
- Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

e)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 610026619)
Zweck:	temporäre Liquiditätssicherung und perspektivische Investitionsförderung
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	610.258,20 € (Stand per 31.12.2016: 0,00 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehensvertrags:

- Darlehenszinssatz: 4,37 % p. a.,
- Zinsfestschreibung bis zum 30.06.2016,
- Vierteljährliche Leistungsraten (Zinsen und Tilgung) von 31.629,99 €,
- Zins- und Tilgungsbeträge erstmalig am 30.12.2006,
- Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

f)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 610026627)
Zweck:	temporäre Liquiditätssicherung und perspektivische Investitionsförderung
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	610.258,20 € (Stand per 31.12.2016: 0,00 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehensvertrags:

- Darlehenszinssatz: 4,37 % p. a.,
- Zinsfestschreibung bis zum 30.03.2016,
- Vierteljährliche Leistungsraten (Zinsen und Tilgung) von 31.629,99 €,
- Zins- und Tilgungsbeträge erstmalig am 30.03.2011,
- Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

g)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner
Zweck:	Verschiedene Investitionskredite (siehe Aufstellung unten)
Bürgschaftserklärung:	19.10.2015
Höhe der Bürgschaft:	4.500.000,00 € (Stand per 31.12.2016: 4.455.189,73 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 5.11.2015 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen der Darlehensverträge. Änderungen zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedürfen der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

Darlehen 1:	Nr. 610094328
Zweck:	Finanzierung Blockheizkraftwerke
Darlehenshöhe:	1.000.000,00 € (Stand per 31.12.2016: 772.410,02 €)
Darlehensbedingungen:	• Darlehenszinssatz: 1,30 % p. a., • Zinsfestschreibung bis zum 30.10.2020 • Monatliche Leistungsraten (Zins und Tilgung) von 17.223,00 € • Zins- und Tilgungsbeträge erstmals am 30.11.2015

Darlehen 2:	Nr. 610094336
Zweck:	Finanzierung Eigenanteil Neubau Küche
Darlehenshöhe:	1.400.000,00 € (Stand per 31.12.2016: 1.081.376,86 €)
Darlehensbedingungen:	• Darlehenszinssatz: 1,30 % p. a., • Zinsfestschreibung bis zum 30.10.2020 • Monatliche Leistungsraten (Zins und Tilgung) von 24.112,00 € • Zins- und Tilgungsbeträge erstmals am 30.11.2015

Darlehen 3:	Nr. 610094351
Zweck:	Eigenanteil Umbau Krankenhaus Witzenhausen
Darlehenshöhe:	2.200.000,00 € (Stand per 31.12.2016: 2.001.402,85 €)
Darlehensbedingungen:	• Darlehenszinssatz: 1,690 % p. a., • Zinsfestschreibung bis zum 30.10.2022 • Monatliche Leistungsraten (Zins und Tilgung) von 17.147,00 € • Zins- und Tilgungsbeträge erstmals am 30.11.2015

Darlehen 4:	Nr. 610094377
Zweck:	Eigenanteil Neubau Funktionstrakt Krankenhaus Eschwege
Darlehenshöhe:	4.500.000,00 € (Stand per 31.12.2016: 600.000,00 €)
Darlehensbedingungen:	• Darlehenszinssatz: 1,500 % p. a., • Zinsfestschreibung bis zum 30.03.2026 • Monatliche Leistungsraten (Zins und Tilgung) von 21.951,00 € • Zins- und Tilgungsbeträge erstmals am 30.04.2017

h)

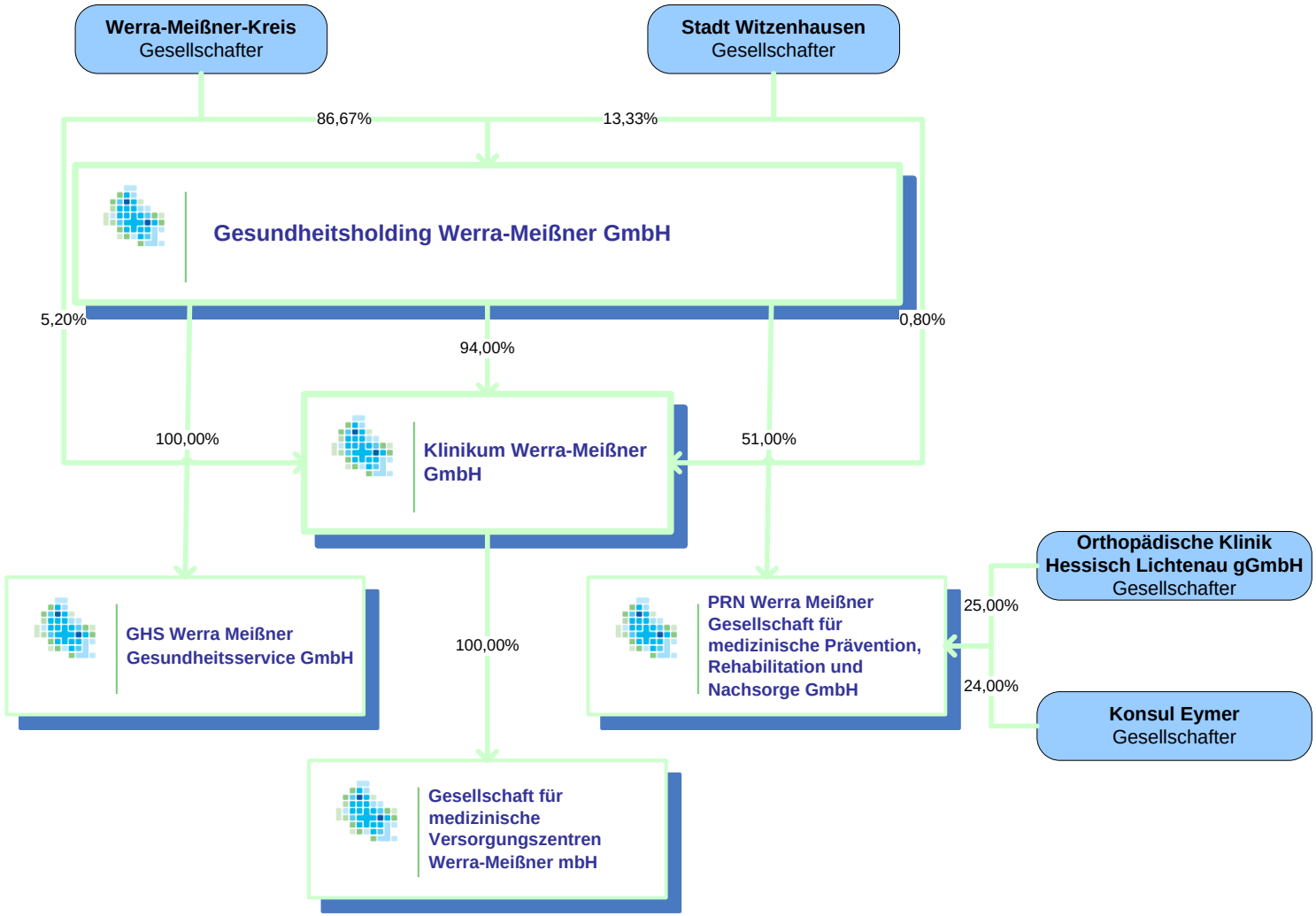
Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner
Zweck:	Sicherstellung der Liquidität laut Wirtschaftsplan (Kontokorrentkredit)
Bürgschaftserklärung:	19.10.2015
Höhe der Bürgschaft:	3.500.000,00 € (Stand per 31.12.2016: 0,00 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 05.11.2015 mit folgenden Bedingungen des Darlehensvertrags: • Darlehenszinssatz: 1,21% • Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

6.4 Regionalbahn Kassel GmbH

Gläubiger:	Bremer Landesbank, Kreditanstalt Oldenburg
Zweck:	Bürgschaft vom 11.03.2004 zur Finanzierung von 28 Regio-Tram-Fahrzeugen über ein Annuitätendarlehen (Laufzeit: 30.04.2006 bis 31.01.2025)
Bürgschaftserklärung:	30.04.2004
Höhe der Bürgschaft:	3.579.000,00 € (Stand per 31.12.2016: 1.446.512,50 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 26.03.2004 mit folgenden Bedingungen: • Darlehenszinssatz: 4,45 % p. a. (Änderung ab 01.05.2014: 1,90 % bis 31.10.2022), • Zinsfestschreibung für den Zeitraum vom 30.04.2004 bis 30.04.2014, • nachschüssige Tilgungsbeträge von 14.912,50 € pro Monat beginnend ab dem 28.02.2005.
Sicherungsübereignung:	Die Risiken der Bürgschaftsübernahme sind durch eine Sicherungsübereignung von zwei Regio-Tram-Fahrzeugen vermindert.

Anlage 1: Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises

Stand: 31.12.2016

Anlage 2: Übersicht der mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises für den Bereich der Gesundheitsversorgung

Stand: 31.12.2016